

Hans-Jürgen Hansen

**REGIONALISMUS UND
WELTGESELLSCHAFT**

Diplom- und Seminararbeiten

Hamburg 1984

Mit Neueinleitung Dezember 1993

REGIONALISMUS UND WELTGESELLSCHAFT

Diplom und Seminararbeiten 1984

Universität Hamburg

I. REGIONALISMUS UND WELTGESELLSCHAFT

Diplomarbeit für das Fach Politikwissenschaft

wurde am 4. Okt. 1984 vom Verfasser dem Prüfungsamt
der Universität Hamburg vorgelegt

Hauptgutachter: Prof. Dr. Klaus Jürgen Gantzel

Zweitgutachter: Prof. Dr. Günter Trautmann

Überarbeitete und korrigierte Fassung: Februar 1993

Neu durchgesehen und korrigiert: Januar 2018

II. DER NATIONALISMUS

Teil einer Seminararbeit, die Juni 1984 entstanden ist.

Überarbeitete und korrigierte Fassung: Februar 1993

Neu durchgesehen und korrigiert: Januar 2018

III. STAAT, BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT UND RÄTEDEMOKRATIE

Teil einer Seminararbeit, die Juni 1984 entstanden ist.

Überarbeitete und korrigierte Fassung: Februar 1993

Neu durchgesehen und korrigiert: Januar 2018

Inhaltsverzeichnis

Neueinleitung	S. 4
Weltgesellschaft und Globalisierungstendenzen	S. 5
Wiederkehr des Nationalismus	S. 6
Region als Müllhalde	S. 8
Das Besondere an Nordfriesland	S. 12
Literatur	S. 13
I. Einleitung	S. 15
II. Modernisierung	S. 18
1. Traditionelle Gesellschaften	S. 20
2. Moderne Gesellschaften	S. 31
A. Integration und Weltgesellschaft	S. 38
a) Das Weltwirtschaftssystem	S. 41
b) Das internationale politische System	S. 44
B. Differenzierung und Regionalismus	S. 49
a) Regionalismus und soziale Bewegungen	S. 52
b) Zur Entstehung von Regionalkulturen	S. 58
c) Europäische Regionalbewegungen	S. 64
d) Regionale Wirtschaftsentwicklung	S. 68
e) Alternative Regionalpolitik	S. 73
III. Nordfriesland	S. 79
a) Zur Geschichte Nordfrieslands	S. 82
b) Zur Sprache Nordfrieslands	S. 84
IV. Schlußbemerkungen	S. 88
V. Literaturverzeichnis	S. 90
VI. Anhang	S. 96
A. Der Nationalismus	S. 96
B. Staat, bürgerliche Gesellschaft und Rätedemokratie	S. 107

Neueinleitung

Seit ich mich vor etwa 15 Jahren zum erstenmal mit dem Thema "Regionalismus und Weltgesellschaft" beschäftigte und ich es daraufhin auch zum Thema meiner Diplomarbeit machte, ist viel geschehen. Die nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch auf Weltebene einschneidenden Veränderungen veranlaßten mich zu dieser neuen Einleitung, um in ihr neuere Entwicklungen mit aufzunehmen. Der Versuchung jedoch, die Arbeit bei der Gelegenheit gründlich durcharbeiten, hielt ich stand, es wäre sonst etwas völlig anderes entstanden. Ich begnügte mich also mit einer kritischen Durchsicht. Die Arbeit selbst blieb bis auf die Tilgung offensichtlicher Fehler und stilistischer Änderungen unverändert. Hinzugefügt wurden jedoch zwei weitere Arbeiten aus dieser Zeit. Es ist dennoch wichtig darauf hinzuweisen, daß meine damaligen Gedankengänge bis heute im wesentlichen unverändert geblieben sind, ja sogar noch verstärkt wurden, da manches, was ich damals unkonkret empfand, durch viele Welt- und Regionalereignisse seitdem bestätigt gefunden habe.

Die Euphorie des Regionalismus ist angesichts des zur Zeit kälteren neoliberalen Klimas in der Bundesrepublik jedoch längst verflogen. Sich für den Regionalismus einzusetzen, ist etwas in Verruf gekommen und "linke Kreise" geraten dabei leicht in den Verdacht, mit den "Neuen Rechten" zu paktieren, weil deren Protagonisten sich ebenfalls gerne mit den Signen von "Heimat" und "Volkstum" schmücken. Auf der anderen Seite entstand vor einigen Jahren eine Debatte über "Kommunitarismus" und "Zivilgesellschaft", die in die Bresche des in Verruf geratenen Regionalismus zu springen vermochte. Es hat heute jedoch den Anschein, daß die Regionen die Durchlauferhitzer für die Zentren geworden sind und es schwindet die Hoffnung, daß auch sie von Europa profitieren könnten.

Die angesichts des Golfkrieges von 1991 aufkeimende Hoffnung auf eine "Neue Weltordnung", die von der us-amerikanischen Regierung nach Beendigung des Irak-Kriegs geweckt worden war, versandete schnell angesichts der schneller folgenden Kriege in Jugoslawien oder Somalia. Nachdem der Irak-Krieg schon einige Jahre zurückliegt, ist es um diese "neue Weltordnung" sehr still geworden. Dafür wurde die Debatte um die Globalisierung der Welt mit ihren globalen Märkten, vor allem im Multimediabereich, zum Wortschöpfungsrenner Nummer Eins.

Dennoch scheinen mir sowohl der Begriff "Regionalismus" als auch der Begriff der "Weltgesellschaft" weiterhin geeignete Analyseinstrumente zu sein, einerseits weltweite Einflußfaktoren herauszuarbeiten und andererseits die aus den unmittelbaren Nahbereichen stammenden endogenen Faktoren einer wissenschaftlichen Analyse zugänglich zu machen.

Die bis heute anhaltenden finanziellen Probleme der Kommunen und Landkreise, aber auch der politische, ökonomische, soziale und kulturelle Zusammenbruch der "Zugewinnländer" in der alten DDR nach der Wende 1989 beweisen sehr gut, daß ein progressiver Regionalismus, verbunden mit einer gut durchdachten Regionalpolitik, dringender und erforderlicher denn je ist. Dennoch ist jedoch die dabei entstehende Gefahr eines allgemeinen Trends zum Rechtspopulismus mit seinen Mob-Ausläufern nicht zu übersehen.

Im folgenden werde ich mich zunächst mit der Weltgesellschaft im Zusammenhang der Bestrebungen um eine "Neue Weltordnung" befassen (1). Ihm folgt ein Abschnitt über einen an sich "überholten" Nationalismus (2), dem eine Betrachtung darüber folgt, ob man die Region nun "zum Abstellplatz oder zur Müllhalde" verkommen sollte oder ob es in den nächsten 20 Jahren auch eine angemessene Entwicklungsalternative geben kann (3). Den Abschluß bildet ein Überblick über die Situation und die Entwicklungsaussichten der Region Nordfriesland (4).

Weltgesellschaft und Globalisierungstendenzen

(1) Die moderne Industriegesellschaft hat ohne Zweifel die globale Vernetzung vorangetrieben. Es entstand die uns bekannte "One World", in der bislang weltweit alle disparaten oder isolierten Lebenszusammenhänge zur wechselseitigen Abhängigkeit und Einheit zusammengeschweißt werden. Wenn sich auch die Politikwissenschaft, insbesondere die, die sich mit "Internationaler Politik" befaßt, dem Begriff "Weltgesellschaft" keinen prägnanten Erklärungswert begeben mochten, so tragen doch "die wachsende ökonomische Verflechtung, die gesteigerte Interdependenz weltpolitischer Handlungsfelder, die Globalisierung militärischer Sicherheitskalküle, die sprunghafte Ausbreitung des Informationsaustausches oder die brisante Intensivierung ökologischer Abhängigkeitsverhältnisse" zur gleichbleibenden Popularität des Begriffes bei. (Richter 1990, 275 f.)

Um aber mit dem sich eindeutigen Definitionen entziehenden, aber unentbehrlich gewordenen Begriff "Weltgesellschaft" doch noch fruchtbringend zu arbeiten, schließe ich mich wie beim Begriff "Regionalgesellschaft" der Auffassung an, ihn als räumliche Kategorie im Sinne weltübergreifender menschlicher Beziehungen zu denken. Auch Weltgesellschaft unterliegt typischerweise denselben sozialen Beziehungen wie bei der Regionalgesellschaft. Klaus Jürgen Gantzel zufolge ist die räumliche Ausdehnung der Weltgesellschaft praktisch identisch mit der der Weltbevölkerung. (Tudyka 1989, 503 ff.)

Mit dieser Definition wird aber noch keine Aussage über die Weltgesellschaft gemacht, die politikwissenschaftlichen Ansprüchen standhält. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß hier Staat und Gesellschaft in Nationalstaaten auseinanderfallen und es von daher auch keine Identität von "Staat" und "Gesellschaft" geben kann. In der "Gesellschaft" eines "Staates" sind die einzelnen Subjekte innerhalb eines von nationalstaatlichen Grenzen bestimmten Bereichs zusammengefaßt. Der Unterschied zwischen "Staat" und "Gesellschaft" besteht darin, daß der Staat einen Zwangszusammenhang der in ihr lebenden Subjekte bildet, während für die "Gesellschaft" ein freiwilliger Zusammenschluß der Subjekte kennzeichnend ist, die gemeinsam bestimmte Ziele verfolgen.

Krippendorf begreift die internationale Entwicklung der Weltgesellschaft als einen Prozeß der sukzessiven Durchsetzung des Kapitalismus im Weltmaßstab. Danach hat die kapitalistische Revolution des 15./16. Jahrhunderts über die Expansionsstufen des Kolonialismus und Imperialismus hinaus das heutige internationale System hervorgebracht und über die Integration sukzessiver historischer Erfahrungen den Boden bereitet "für die menschlich-gattungsgeschichtliche gemeinsame Erkenntnis des Zieles dieser Entwicklung in der Weltgesellschaft." Damit sind konkurrierende Alternativen zur kapitalistischen Produktionsweise ebenso verdrängt worden wie sich andererseits die prinzipielle Interdependenz der auf Überwindung und Aufhebung kapitalistischer Widersprüche zielenden Bewegungen in allen Teilen des Weltsystems abzeichnet. Die wissenschaftliche Analyse internationaler Beziehungen muß daher in einer politikökonomischen Gesellschaftsanalyse verankert sein, die sich wiederum rückbezieht auf "Gesetzmäßigkeiten, die den Produktions- und Reproduktionsprozeß in der Epoche des Kapitalismus bestimmen". (Krippendorf)

In neueren Ansätzen der Lehre internationaler Beziehungen gilt z. B. in den Vereinigten Staaten vornehmlich ein Verständnis internationaler Politik als eines zwischen staatlichen Akteuren ausgetragenen nullsummenspielartigen Machtkonfliktes (Realismus/Neorealismus). Als erkenntnisleitendes wissenschaftliches Weltbild werden hier Internationale Beziehungen als eines der weltgesellschaftlichen, die Ebene der staatlichen Akteure zugleich übergreifenden

und unterlaufenden, nicht konflikthaften, sondern kooperativen Phänomen im Kontext welt-politischer Interdependenz (Idealismus/Globalismus) begriffen.

In Großbritannien entstand im Anschluß an die Arbeiten von John Burton eine weltgesell-schaftlich-systemische Perspektive internationaler Beziehungen, "die die Interaktionsmuster analytisch zu fassen sucht, ohne die intergesellschaftlichen Beziehungen den zwischenstaatli-chen nach- oder unterzuordnen bzw. den Blickwinkel der Untersuchung zu ausschließlich auf staatlich-gouvernementale Handlungsträger zu zentrieren." In beiden Bereichen der Lehre entwickelte sich eine an Hume, Smith und Ricardo anknüpfende Internationale Politische Ökonomie, "deren Erkenntnisinteressen und Fragestellungen über den traditionellen Ansatz der Lehre von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen weit hinausfassen und im Sinne einer Abwandlung der Frage Lasswells 'Wer bekommt was, wann und warum?' den tatsächli-chen Auswirkungen von in einem Teilbereich der Weltgesellschaft getroffenen politischen und/oder ökonomischen Entscheidungen über die Allokation und Verwendung von Ressour-zen auf (oder in) andere(n) Teile(n) der Weltgesellschaft nachspüren." (Das Parlament, 25. 7./1. 8. 87)

Die Ebene der Weltorganisationen sollte in diesem Zusammenhang ebensowenig vernachläs-sigt werden wie die freiwilligen länderübergreifenden Zusammenschlüsse der Staaten, die auf Weltebene etwas von ihrer Souveränität zugunsten übernationaler politischer Einheiten abgegeben haben. Daß es trotz der UNO nicht gelungen ist, die Welt friedlicher zu machen, gar einen einheitlichen Weltstaat mit Weltregierung und entsprechender nachfolgender Or-gane zu begründen, ist nicht weiter verwunderlich und eigentlich auch nicht ihre Aufgabe. Nach der Aufhebung des Kalten Kriegs etwa im Jahre 1989 und angesichts des letzten Golf-krieges in Kuwait und im Irak und vor dem Hintergrund des Krieges und der Konflikte in Jugo-slawien und Somalia zeichneten sich dennoch zeitweise neue und interessante Entwicklun-gen innerhalb der UNO ab. Ob diese allerdings in Richtung besserer Verhältnisse auf Weltebene verlaufen wären, muß offenbleiben. Der Ost-West-Gegensatz hat sich in den letz-ten Jahren zwar verringert, aber die unruhigen und undurchsichtigen Verhältnisse in Osteu-ropa sorgen immer noch für Überraschungen.

Es scheint, daß die Ideologie des "Kapitalismus" bis auf geringe Reste sich weltweit durchge-setzt gegenüber der Ideologie des "Sozialismus", die für das Scheitern aller realsozialisti-schen Ansätze verantwortlich gemacht wird. Der Begriff der "Neuen Weltordnung" tauchte dann naheliegend erst in den Schlagzeilen der Weltpresse auf, als erkennbar wurde, daß die Sowjetunion als Weltmacht ruhmlos abtreten mußte. Der zweite Golfkrieg kann zu Recht als Geburtsstunde der Ideologie der "Neuen Weltordnung" gelten. George Bush erklärte z. B. am 29. 1. 1991 in seiner Rede zur Lage der Nation:

"Seit zwei Jahrhunderten haben wir für die Freiheit hart gearbeitet. Und heute führen wir die Welt im Kampf gegen eine Bedrohung der Anständigkeit und Menschlichkeit. Es geht um mehr als ein kleines Land <Kuwait>, es geht um eine große Idee: um eine neue Weltordnung, in der verschiedene Nationen sich um gemeinsame Angelegen-heiten kümmern, um die Verwirklichung der universellen Hoffnungen der Mensch-heit: Frieden und Sicherheit, Freiheit und Gesetzlichkeit. Eine solche Welt ist unseres Kampfes würdig und der Zukunft unserer Kinder." (Hippler 1991, 86)

Wiederkehr des Nationalismus

(2) "Nationen" oder der "Nationalismus" sind relativ späte Erscheinungen der Neuzeit. Dabei zeichneten sich zwei unterschiedliche Gebilde ab, einmal die Staatsnation, die auf einem be-stimmten Territorium alle in ihr lebenden Menschen umfaßte. Die Abstammung oder Her-

kunft spielte nur eine unwesentliche Rolle. Zum anderen entstand die Kulturnation. In ihr wurde versucht, ein bestimmtes Volk oder Nationalität als Träger eines Staatswesens zu bestimmen.

Da die Nation zwischen Regionalgesellschaft und Weltgesellschaft angesiedelt ist, muß ihre Rolle eingegangen werden, die sie in übernationaler oder regionalspezifischer Hinsicht einnimmt. Die Betrachtung dieses Aspekts ist auch deswegen notwendig, weil der Nationalismus seit einigen Jahren in Osteuropa, aber auch in Deutschland besonders angeder Wiedervereinigung eine überraschende Wiederkehr erfuhr:

"Die neuen Nationalismen resultieren nicht aus verspäteten Übergangskrisen agrarischer in industrielle Gesellschaften, sie reagieren auf spezifisch 'moderne' Problemlkomplexe. Die Sowjetunion war nicht das 'letzte Imperium', sondern zerbrach letztlich an einem Umverteilungsmechanismus zwischen den Republiken, als dieser nicht länger Wachstum, sondern die Übergangskosten zur Marktwirtschaft aufteilen sollte. Im neuen westeuropäischen Nationalismus rächt sich, daß die Herstellung des gemeinsamen Marktes ohne ausreichende sozialpolitische Absicherung verläuft und damit die Risiken auf jene Gruppen abgewälzt werden, die ihnen am wenigsten gewachsen sind. Die rassistische Phantasien freisetzende Einwanderung ist nicht zuletzt Folge unerfüllter Entwicklungsversprechen an die Länder der Dritten Welt." (Prokla 1992, 165)

Nach Günter Jacob sind die bürgerlichen Staaten auf dem Weltmarkt "so etwas wie Communities, die gegeneinander konkurrieren, aber auch miteinander auskommen müssen, weil sie sich gegenseitig benutzen wollen. Der Weltzusammenhang einer "Nation" wird von der Staatsmacht hergestellt, um das Geschäft ihrer Bürger von den Schranken ihres Herrschaftsbereichs zu befreien. Dabei stößt sie auf die Schranke, die die Existenz auswärtiger Souveräne darstellt. Mit ihnen muß sie sich irgendwie ins Einvernehmen setzen. Es ist ein Geschäft gegenseitiger Erpressung mit diplomatischen Tricks und ökonomischen Mitteln, mit militärischer Drohung und manchmal auch mit richtigem Krieg." (Jacob (1993, 51). Innerhalb der einzelnen Staaten fand historisch und aktuell ein Prozeß der Homogenisierung statt, in dessen Verlauf diese imaginäre Gemeinschaft "Nation" sozial konstruiert wurde,

"etwa durch den einheitlichen Namen ('Deutsche/r'), die relativ stabilen staatlichen (Ab-)Grenz(ung)en, die relative Kontinuität eines Staates (und damit einhergehend: das kollektive Gedächtnis als Resultat der Verflechtung der individuellen Existenz in das Geflecht einer kollektiven Geschichte), die Sprachnormierung zur angeblichen 'Muttersprache', das einheitliche Recht, daß die Spuren der internen Auseinandersetzungen dieser Nation trägt (als abgeschlossenes Terrain sozialer Kämpfe), die einheitlichen Zahlungsmittel, die hierarchische soziale und politische Ordnung, vom Regierungsapparat über die Armee und Verwaltung bis zu den sozialen Normen und Codes." (Jacob 1993, 51)

Der bürgerliche "Nationalstaat" konnte in der Vergangenheit nur durch zwei ernsthafte Gegner bedroht werden: "den separatistischen Regionalismus (der dem Nationalismus symmetrisch ist) und den Inter-Nationalismus des radikalen Flügels der alten Arbeiterbewegung". Beides stellt nach Jacob aber zumindest in Deutschland keine Gefahr mehr da. (Jacob 1993, 53 f.)

Im Vergleich zwischen Europa und den USA glaubte Jean Baudrillard, daß die europäische Kultur in ihrer Universalität unterzugehen droht. Als universell bezeichnete er die Ausbreitung des Marktes, des Austausches von Waren und Geld ebenso wie die Idee der Kultur. Al-

ledings muß der Universalität der westlichen Kultur mißtraut werden, denn sie beruht auf Zentralisierung (die zu den angeglichenen Elitekulturen der jeweiligen europäischen Nationalstaaten geführt haben) und auf abstrakte Formalisierbarkeit. Das führt nach Baudrillard zu der doppelten Unmöglichkeit, "sich föderativ zu größeren Einheiten zusammenzuschließen. Eine Kulturnation, die in einem kohärenten historischen Prozeß zentralisiert worden ist, stößt auf (...) Schwierigkeiten (...), sowohl selbständige Untereinheiten zuzulassen, als auch sich in ein übergreifendes System zu integrieren. Jeder Prozeß der Zentralisation enthält eine fatale Unumkehrbarkeit". (Baudrillard 1984)

Nach Baudrillard ist in Amerika eher gelungen, was an Selbstverständnis den Europäern fehlt. Der föderative Zusammenschluß war für Amerika von Anfang an kein Problem. So herrscht dort eine Kultur oder Unkultur der Promiskuität, der Völker- und Rassenmischung, der Rivalität und der Heterogenität vor. Die Kehrseite allerdings, "der naive Glaube der Amerikaner, Mittelpunkt der Welt zu sein, größte Macht und absolutes Vorbild" (Baudrillard 1984) ist nicht einmal falsch:

"Dieser Glaube beruht nicht primär auf technische Ressourcen oder Waffen (über die Europa ebenso überreichlich verfügt), er beruht auf dem angenommenen Wunder einer Wirklichkeit gewordenen Utopie, d. h. einer Gesellschaft, die, mit manchmal unerträglicher Aufdringlichkeit von der Annahme ausgeht, daß sie all das verwirklicht hat, wovon andere Völker träumen: Gerechtigkeit, Reichtum, Überfluß, Ordnung und Freiheit. (...) Man mag über die Arroganz der Multis und des Dollars denken, wie man will, es ist und bleibt genau jene Kultur, die selbst die fasziniert, die weltweit unter ihr leiden". (Baudrillard 1984)

Genau dieser Sachstand zeichnet die in US-Amerika seit einigen Jahren geführte Kommunitarismus-Debatte aus, die auch im Hinblick um die Diskussion des Regionalismus immer wichtiger wird.

Region als Müllhalde

(3) Der Begriff der "Region" läßt sich durch eine Reihe homogener Kriterien charakterisieren, die historischer, kultureller, geographischer und ökonomischer Art sind. Der Regionsbegriff setzt sich, indem er sich auf eine bestimmte historische Landschaft bezieht, gegen eine Methode der Regionalisierung ab, die die "Region" rein instrumentell oder funktional auffaßt. (Martens 1980, 268). Soll aber eine bestimmte Region in ihrer historischen Entwicklung untersucht werden, ergibt sich für ein weiteres Vorgehen zunächst die Schwierigkeit der Abgrenzung, da hier von einer anderen als der derzeitigen politischen Einheit auszugehen ist. Das Kriterium der Homogenität allein oder des Zusammengehörigkeitsbewußtsein der Bewohner einer Region ist ebenfalls, weil zu schwammig, für eine Regionsbestimmung ungeeignet. Die "Region" eignet sich ebensowenig zum "historischen Subjekt" wie sie auch nicht einfach der Träger einer eigenständigen regionalen Entwicklung sein kann. Bestenfalls gibt die "Region" einen empirisch evidenten Ort, einen in seiner Komplexität überschaubaren Rahmen menschlichen Zusammenlebens an. (Steinbach 1983, 316)

Wenn die "Region" auch nicht als eindeutig abgrenzbare Einheit festzulegen ist, sollte dennoch nicht voreilig der Schluß gezogen werden, daß sie selbst keinen entscheidenden Anstoß zur modernen Entwicklung oder Industrialisierung geben könnte. "Region" stellt jedoch nur einen Faktor dieser Entwicklung dar neben vielen anderen wie Bildung, Arbeitskräftepotential, Verkehr, Markt, Nachfrage usw. In dem Zusammenhang läßt sich die "Region" gut als Bezugsraum für bestimmte Tätigkeiten, insbesondere als Objekt staatlichen und wirtschaftlichen Handelns begreifen. (Steinbach 1983, 315f.)

Im günstigsten Fall zeichnet sich die "Region" als Raum mit relativ hoher Homogenität im Bewußtsein der Zugehörigkeit oder auch nur der gegenseitigen Abhängigkeit der in ihr lebenden wirtschaftenden Individuen aus. In diesem Fall ist historisch so etwas wie ein "Gemeinschaftsgefühl" der in der Region lebenden Bewohner entstanden. Gerade bedingt durch die zivilisatorischen Tendenzen des Spätkapitalismus, daß die Menschen zunehmend sich selber und ihrer Umwelt zu entfremden, gewinnen kulturelle Momente an Bedeutung. Deshalb verlangen Regionalplaner - angesichts der "Renaissance des Regionalismus", der "Wiederentdeckung alter, schon fast verdrängter Sprachen", des zunehmenden Dialektgebrauchs, der "Aufwertung des Landlebens und der Mundartliteratur", des Auftauchens von verschiedenen Formen der Gegenkultur, des Bedürfnisses nach "Unmittelbarkeit und Überschaubarkeit", der Relativierung des Fortschrittsbegriffs - nach einer Neubestimmung der "engeren Heimat", der Region. (Martens 1980, 268)

Folgenden Weg könnte die politisch orientierte Regionalforschung gehen:

"Ihr erster Schritt ist der Versuch, ein möglichst komplexes Bild der Situation einer Region, ihrer Vergangenheit und ihrer absehbaren Zukunft zu erstellen. Dazu gehören die Analyse der sozioökonomischen Entwicklungsbedingungen gleichermaßen wie das verstehende Nachvollziehen der Wahrnehmungs- und Wertmuster, Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungsfindungen der regionalen Eliten und Bevölkerung. Das so entstandene Untersuchungsergebnis ist zunächst einmal als eine Interpretationsmöglichkeit zu verstehen, deren Plausibilität, Güte und mögliche Überlegenheit gegenüber anderen sich nicht nur im fachlichen Diskurs, sondern auch in der Diskussion mit der regionalen Bevölkerung erweisen muß. In diesem 'Spiegelbild-Effekt' liegt die aufklärende Wirkung einer Regionalforschung, die der Bevölkerung ein Verständnis für ihre historischen Verstrickungen, für ihre sozialen und räumlichen Bezüge ermöglicht und zur kritischen Auseinandersetzung befähigt." (Danielzyk/Wiegandt 1987, 447)

Die regionale Situation und die regionale Politik muß zweitens in demokratischen Gesellschaften als selbstverständliche Kriterien unter folgendem gesehen werden:

1. Inwieweit werden politische und wirtschaftliche Entscheidungen über die regionale Zukunft im Rahmen eines offenen Diskurses getroffen, in dem ernsthaft Alternativen entwickelt werden könnten. Es stellt sich also die Frage der regionalen politischen Kultur und der wirtschaftlichen Entscheidungsstrukturen.
2. Unter den Bedingungen zunehmender ökonomischer und ökologischer Vernetzung wäre die regionale Entwicklung in ihren Folgen, hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf andere Regionen oder andere Staaten, für die natürliche Umwelt oder der innergesellschaftlichen Disparitäten zu bewerten. Eine realisierte oder beabsichtigte Regionalentwicklung wäre nur dann zustimmungsfähig, wenn negative Effekte in allen drei Dimensionen nicht zu erwarten sind. (Danielzyk/Wiegandt 1987, 447)

Das Empfinden von Gemeinsamkeiten oder das Bewußtsein gemeinsamer und geschichtlicher Vergangenheiten kann so stark werden und so weit gehen, daß diese sich von den Bedingungen ihrer Entstehung lösen und verselbständigen können. Ein solches geschichtlich geprägtes Regionalbewußtsein ist dann offen für eine Revitalisierung regionalen Sonderbewußtseins. Ein sich hier formierender "Regionalismus" kann im Extremfall bis zur Forderung nach einzelstaatlicher Autonomie gehen. (Steinbach 1983, 316).

In der Bundesrepublik, besonders seit Einschluß der neuen Länder der ehemaligen DDR, entwickelten sich die Regionen und die Kommunen in den letzten Jahren zu besonderen zentralen Konfliktfeldern. Wenn durch die Konfrontierung mit den sinnlich erfahrbaren Entwicklungen, die die unmittelbare Lebenssituation betreffen, sich im Politisierungsprozeß der Bevölkerung in Form zahlreicher Bürgerinitiativen auch ökologistische und regionalistische Bewegungen entstanden sind (Martens 1980, 269), so liegt inzwischen auf lokaler und regionaler Ebene doch eine Situation vor, daß die Städte und Kreise in sozialer und kultureller Hinsicht stark gefordert und damit finanziell übermäßig belastet werden, was ihre Spielräume sehr einschränkt.

Ein Regionalismus ist also zeittypischen Verläufen unterworfen. Mal

"dominieren Akkulturationsprozesse (Übernahme exogener Einstellungen und Verhaltensweisen) in der Zeit, in der bedingt durch hohes ökonomisches Wachstum und hohe regionale Wachstumsdifferenziale die persönlichen beruflichen Chancen eher als Ergebnis nationaler bzw. außerregionaler Prozesse gesehen werden. Enkulturationsprozesse (Hineinwachsen in vorgefundene Einstellungen und Verhaltensweisen) nehmen dann an Gewicht zu, wenn das persönliche künftige Schicksal eher in Dimensionen der Entwicklung der Wohnregion verstanden wird. Es ist dabei typisch für die Übergangsphase, daß das Pendel zugunsten der Enkulturationsprozesse ausschlägt. Dies bedeutet in einem hochintegrierten Land der Bundesrepublik nicht Provinzialismus, sondern eine Intensivierung einer politischen Kultur des Selbsthelfertums. 'Regionalismus' als politisch-kulturelle Idee wird vor diesem Hintergrund begründbar. Es kann an Beispielen aus der Bundesrepublik Deutschland und auch aus anderen europäischen Ländern gezeigt werden, daß daraus Initiativenreichtum und eine 'Innovationsbreite' aus lokalen und regionalen Bezügen heraus entstanden sind, die als eine instrumentelle Größe der Entwicklungspolitik wirksam gemacht werden können." (Derenbach 1984, 887)

Die vielgepriesenen Ansätze einer "Regionalentwicklung von unten" entstammen ursprünglich neueren Dritte-Welt-Entwicklungstheorien. Die Ansätze der endogenen Regionalentwicklung haben große Ähnlichkeit mit den Selfreliance- und autozentrierten Entwicklungsansätzen in den Dritte-Welt-Ländern. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Zentren-Peripherie-Problematik in entwickelten Volkswirtschaften ähnlichen Wirkungsmechanismen wie die im globalen Maßstab analysierte unterworfen ist. Es handelt sich um Beziehungen ungleichen Tausches oder verzerrte "terms of trade". Als Therapie wird angeboten, daß die bislang praktizierten Entwicklungsstrategien quasi auf den Kopf gestellt werden müßten: "Für die Entwicklung von peripheren Regionen wird eine selektive Autonomie dieser Regionen vorausgesetzt." Das bedeutet, daß für diesen Regionstyp

- "eine relative ökonomische Eigenständigkeit - entgegen der allgemeinen markt- und wettbewerbswirtschaftlichen Doktrin - zuerkannt wird: eine Art 'Schutz Zollpolitik', um eine Intensivierung regionaler ökonomischer Kreisläufe zu bewerkstelligen, die einzig in der Lage sein sollen, eine selbsttragende ökonomische Entwicklung zu initiieren;
- ein hohes Maß an sozialer und kultureller Selbstbestimmung eingeräumt wird, nicht zuletzt zwecks Förderung des 'Regionalbewußtseins' und - damit verbunden - eines regionalen Behauptungswillens, mit denen der Apathie-Problematik und fortgesetzten Wanderungsverlusten entgegengesetzt werden soll." (Erne 1984, 159)

Was die "eigenständige" oder "endogene Regionalentwicklung" leisten kann, soll mit folgenden ökologischen, soziokulturellen, politischen und ökonomischen Ansätzen auf nationaler, interregionaler und regional lokaler Ebene hier noch einmal hervorgehoben werden:

- In ökonomischer Hinsicht könnte eine innovationsorientierte Regionalpolitik die Wettbewerbsfähigkeit von regionalansässigen Betrieben bewahren und entwickeln helfen und eine entsprechend selektive Betriebsansiedlungspolitik betreiben; Stärkung der unternehmerischen Entscheidungsfunktion in der Region durch Förderung regional verankerter Betriebe und einer hohen regionalen Identität wirtschaftlicher Kader; Steigerung des regionalen Wertschöpfungsanteils durch Intensivierung innerregionaler Vorwärts- und Rückwärtskopplung und insbesondere durch die ökologische Verwertung eigener Ressourcen; für ein Angebot zukunftssträchtiger Dienstleistungen, Förderung eines regionalen Zentrums, das ein genügendes Marktpotential mit hinreichenden Fühlungsvorteilen kombinieren kann; evtl. noch Förderung von Kooperationen auf genossenschaftlicher Basis.
- Die ökonomischen Ansätze müßten mit außerökonomischen Maßkombiniert werden. Im soziokulturellen Bereich geht es z. B. 1. um die Förderung regionaler Vielfalt und Identität; 2. um die Intensivierung regionaler Kommunikationsnetze, z. B. durch Regionalzeitungen, regionale Veranstaltungen, Lokalradios usw.; 3. verbesserte interregionale Koordination zwischen Akteursgruppen; 4. in der Aus- und Weiterbildung regionale Bedürfnisse und Lehrinhalte verdeutlichen; 5. stärkere regionale Animation im "sehr weiten soziokulturellen Bereich".
- Ökologisch müßte die Strategie endogener Entwicklung auf die Nachin der Ressourcennutzung ausgerichtet sein, d. h. frühzeitige Identifizierung von ökologischen Belastungsgrenzen, die in der Planung und Realisierung auch respektiert werden müssen. Die Kenntnisse über die Zusammenhänge von Wirtschaft und Naturhaushalt sind noch wenig entwickelt. Daher ist ein regionales Diskussionsforum notwendig, "welches dieses Wissen praxisnah entwickelt und konkret in Verhaltensweisen umsetzt."
- In politischer Hinsicht müssen föderalistische Strukturen effektiver gestärkt werden als bisher. Ohne eine dezentrale politische Kompetenz und der entsprechenden Dezentralisierung finanzieller Ressourcen sind kaum "authentische Ziele noch Implementationskraft auf den unteren Stufen der Gemeinwesen erreichbar." Eine verstärkte Koordination auf nationaler Ebene ist notwendig, um raumrelevante Sektoralpolitik auf die Belange einer endogenen Entwicklung abstimmen zu können. Zentralisierende Wirkungen von Bundesaktivitäten zeigen sich vor allem in der Verkehrs- und Energiepolitik und an der Auftrags-Praxis des Bundes. Dazu bedarf es der einer Raumverträglichkeitsprüfung und einer Regionalisierung solcher Maßnahmen, die endogene Entwicklungsimpulse zu fördern vermögen.

Der Ansatz der Koordination und Kooperation muß auch für die regionale Ebene gelten. Mehrere Bedingungen könnten gar nicht erfüllt werden, wenn die regionalen Kräfte und Institutionen der Region nicht zusammenwirken würden. Für gemeinsame Probleme ist die Zusammenarbeit von Behörden und Gemeinden wichtig. Schließlich sollten sowohl partizipative als auch effiziente institutionelle Strukturen und Entscheidungsprozesse entwickelt werden. Insgesamt bedarf es für die Region einer systematisch und kontinuierlich angelegten Raumbeobachtung, die für die Strategie endogener Entwicklung von großer Bedeutung ist, um endogene Prozesse mit exogenen Einflüssen zu verknüpfen, um die Beziehung zwischen Niveaugrößen (Infrastruktur, regionales Einkommen oder BSP) und den inner- und interre-

gionalen Faktor Strömen sowie den Zielvariablen endogener Entwicklung zu erfassen und um letztlich den Erfolg endogener Entwicklungspolitik und der anderen raumwirksamen Politikbereiche zu kontrollieren.

Die hier skizzierten Ansätze sind insofern dem traditionellen regionalpolitischen Instrumentarium überlegen, als in ihr institutionelle und kulturelle Ansätze ebenso wichtig genommen werden wie ökonomische Anreize. Auf regionaler Stufe könnten viele Initiativen entwickelt und viele Ideen und Entscheidungspotentiale eingesetzt werden, daß die Koordination bestehender Maßnahmen und Verhaltensweisen von zentralerer Bedeutung ist als die relativ wenigen zusätzlich verlangten Finanzmittel. Hinzuweisen wären weiter auf die normativen Verpflichtungen aller Stufen des Gemeinwesens, auf Merkmale wie eine anzustrebende Flexibilität und Anpassungsfähigkeit sowie das Augenmerk auf die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen zu legen. (Brugger 1984, 15 ff.)

Das Besondere an Nordfriesland

(4) Die derzeitige Situation Nordfriesland ist, was die Ansprüche einer eigenständigen Regionalentwicklung angeht, nicht gerade berauschend. Es hat einige Ansätze regionaler Wirtschaftsförderungskonzepte gegeben, die vielversprechend waren, jedoch von den politischen und wirtschaftlichen Trägern weitgehend im qualitativen Sinne ungenutzt geblieben sind. Dazu trugen nicht zuletzt die Wende in der DDR und die damit verstärkte finanzielle Förderung bei. Auch bedeutende endogene Ressourcen (Fachkräfte, Wirtschaftsunternehmen) wurden durch diesen Prozeß aus Nordfriesland abgezogen.

Das Besondere an Nordfriesland ist vor allem außer der einzigartigen Landschaft die friesische Sprache. Obwohl seit den 1980er Jahren positive Ansätze zu verzeichnen waren - die friesische Sprache wurde deutlich gefördert, als volkliche Minderheit fand die friesische Sprachgruppe Eingang in die schleswig-holsteinischen Landesverfassung -, ist es im öffentlichen Bewußtsein um die friesische Sprachgruppe immer noch schlecht gestellt. Die Verwendung friesischer Sprache in Fernsehen, Funk und Printmedien findet so gut wie nicht statt (Harms 1995). Immerhin, mehrsprachige Beschilderungen an öffentlichen Gebäuden oder an Ortseingängen wie bei den Lausitzer Sorben wurden inzwischen durch eine Verordnung der schleswig-holsteinischen Landesregierung erlaubt.

Jacob Tholund, lange Jahre für die Nordfriesen im Friesenrat tätig, wies immer wieder auf die desolate Lage des Friesischen in der Praxis und im öffentlichen Bewußtsein hin (Tholund 1991, 91 ff.) Er übersah nicht, daß die friesische Sprache in Nordfriesland zu dem abzusinken drohe, "was man folkloristischen Zierat nennen kann, gerne vorgezeigt in bestimmten feierlichen Situationen, wohlwollend belächelt und heftig beklatscht" hat. Der Niedergang ins Folkloristische hätte sich auch außerhalb der Sprache, im kulturellen Bereich (Tracht, Volkstanz, Brauchtum), bereits weitgehend vollzogen und sei in der Regel kein existentieller Bestandteil des Lebens mehr. Tholund klagte, daß "viele Nordfriesen selber nicht die innere Einstellung besitzen, das friesische Element in Sprache und Kultur so zu revitalisieren, daß es wirklich wieder konstitutives Element des Lebens wird."

Wie wünschenswert der Rückgriff des Vergangenen für unsere lebensweltlich geprägte Sozialstruktur auch sein mag, alte Traditionen können, wenn überhaupt, nur in kritischer Wiederaneignung entsprechend unserer heutigen neuen Kulturwertmaßstäbe erfolgen. Davon dürften wir heute in Nordfriesland weiter denn je entfernt sein, auch wenn Tholund (im Jahre 1991) immer noch hoffnungsvoll die "günstige Stunde" ersehnt, in der sich die rechtlichen und institutionellen Fortschritte "der letzten dreißig Jahre zum Motor einer wirklichen Bewe-

gung des Volkes" entwickeln könnten. Geschieht das nicht, dann sieht er kaum "Chancen für eine existentiell bedeutsame Qualität des Überlebens der Nordfriesen".

Schützenhilfe kommt auch aus Westfriesland. Die dort wohnenden 350.000 friesisch sprechenden Menschen entwickeln eine ganz andere Qualität, was das Überleben und die Zukunft ihrer Sprache angeht. Lammert G. Jansma, der Direktor der Fryske Akademy, der sein Institut als großer Bruder oder große Schwester gegenüber dem Nordfriisk Instituut in Nordfriesland vergleicht, erkannte anhand der erschienenen Beiträge in den nordfriesischen Publikationsorganen nur sehr schwer, "welche Ziele die Friesische Bewegung nun exakt" eigentlich verfolge.

Schützenhilfe kommt auch aus Westfriesland. Die dort wohnenden 350.000 friesisch sprechenden Menschen entwickeln eine ganz andere Qualität, was das Überleben und die Zukunft ihrer Sprache angeht. Lammert G. Jansma, der Direktor der Fryske Akademy, der sein Institut als großer Bruder oder große Schwester gegenüber dem Nordfriisk Instituut in Nordfriesland vergleicht, erkannte anhand der erschienenen Beiträge in den nordfriesischen Publikationsorganen nur sehr schwer, "welche Ziele die Friesische Bewegung nun exakt" eigentlich verfolge.

Besonders fiel ihm der Mangel an Diskussionen auf, wobei er jedoch einräumte, daß er wenig darüber informiert sei, welchen Druck die Nordfriesen möglicherweise auf politische Parteien, auf Parlamente oder andere politische Gremien (in Deutschland) ausüben könnten. Stellungnahmen zu Positionen des Friesischen würden Jansmas Meinung nach fast ausschließlich von Wissenschaftlern kommen. Eine Friesische Bewegung und der Wille zur Spracherhaltung seien jedoch nötig, um der nordfriesischen Sprache eine Zukunft zu ermöglichen. Wenn in der Zeitschrift "Nordfriesland" z. B. darüber geklagt würde, daß es immer noch keine zweisprachigen Ortsschilder gäbe oder im Radio kaum Friesisch gesprochen werde, so frage er, wo die Jugendlichen (Studenten) in Nordfriesland mit ihrer Courage blieben. Warum nähmen sie nicht Farbpinsel in die Hand, um die Ortsschilder zu übermalen oder als Tüftler soviel Einfallsreichtum hätten, daß sie einen Rundfunksender basteln und eine Sendung unter Beachtung des gesetzlich Möglichen ausstrahlen ließen? (Jansma 1995, 24 ff.)

Literatur

Baudrillard 1984: Jean Baudrillard, in: Europa und die Intellektuellen, in: Frankfurter Rundschau vom 26. Mai 1984

Brugger 1984: Ernst A. Brugger, "Endogene Entwicklung": Ein Konzept zwischen Utopie und Realität, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1984), H. 1/2

Danielzyk/Wiegandt 1987: Rainer Danielzyk/Claus-Christian Wiegandt, Regionales Alltagsbewußtsein als Faktor der Regionalentwicklung? Untersuchungen in Emsland, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1987), H. 7/8

Derenbach 1984: Rolf Derenbach, Bedingungen und Handlungsfelder regionaler Selbsthilfe, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1984), H. 9

Erne 1984: Hermann Erne, Regionalplanung, Regionalbewußtsein und "Parlamentarisierung" der regionalen Ebene, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1984), H. 1/2

Harms 1995: Lars Harms, Friesische Sprache bedroht, in: Flensburg Avis, 29. 8. 1995

Hippler 1991: Jochen Hippler, Die Neue Weltordnung, Hamburg 1991

Jacob 1993: Günter Jacob, "Notfalls unter Einsatz des Lebens". Ich-Identität und nationale Identität, in: 17oC, (1993)

Jansma 1995: Lammert G. Jansma, Große Schwester - kleine Schwester. Fryske Akademy und Nordfriisk Instituut im Vergleich, in: Nordfriesland, (1995), H. 110, S. 24 ff.

Martens 1980: Detlev Martens, Grundsätze und Voraussetzungen der regionalen Regionalpolitik, in: IzR, (1980), H. 5

Prokla 1992: Editorial: Nationalismus am Ende des 20. Jahrhunderts, 22. Jg. (1992), H. 87, 162-165

Richter 1990: Emmanuel Richter, Weltgesellschaft und Weltgemeinschaft. Begriffsverwirrung und Klärungsversuche, in: PVS, 31. Jg. (1990), H. 2, 275-279

Steinbach 1983: Peter Steinbach, Anfänge der Industrialisierung im Fürstentum Lippe, in: Jürgen Brockstedt (Hrsg.), Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark, Neumünster 1983

Tholund 1991: Jacob Tholund, Bericht zur Lage der friesischen Bevölkerungsgruppe, in: Minderheiten in Europa. Landtagsforum am 7. Juni 1991, S. 91 ff.

Tudyka 1989: Kurt Tudyka, "Weltgesellschaft" - Unbegriff und Phantom, in: PVS, 30. Jg. (1989), 503-508

Februar 1993, aktualisiert Juli 1998

"Die Grenze zwischen Heimat und Fremde ist nicht nur die äußere Grenze, die Natur oder Geschichte ziehen, es ist zugleich die Grenze zwischen zwei inneren Mächten, zwei Möglichkeiten menschlicher Existenz."

Paul Tillich, 1933

I. Einleitung

Wenn Sozialwissenschaftler heute die Region entdecken, mit allem was dazugehört, so entspricht diese Tatsache dem allgemeinen Trend gesellschaftlicher Differenzierung. Sofern in solchen Untersuchungen der Blick für das Allgemeine, für das Zusammenhängende nicht verlorengeht, ist dagegen nichts einzuwenden und sogar zu begrüßen. Ich persönlich frage mich, welche Chance ein "Regionalismus" oder eine "Regionale Bewegung" in einer "Weltgesellschaft" eigentlich haben könnte. Ich gehe dabei von den zwei unterschiedlichen und gegenläufigen modernistischen Entwicklungsrichtungen der "Integration" und "Differenzierung" aus.

Mit Integration und Differenzierung läßt sich umfassend und gut die Verlaufsstruktur der Weltgesellschaft wiedergeben. Durch wirtschaftlichen, industriellen und technischen Fortschritt wurden in diesem Prozeß weltweite Modernisierungsprozesse ausgelöst, die selbst abgelegene und unberührte traditionellen Gesellschaften voll in ihren Bann zogen. Den Prozessen der "Integration" und "Differenzierung" liegen gleichermaßen die Einheit und die Vielfalt der Welt zugrunde. Was jedoch an Einheit und Vielfalt gewonnen wird, geht andererseits mit kultureller Verarmung oder gänzlichem Verschwinden traditioneller Lebensweisen einher, auch wenn die alten Lebensformen uns als rückständig oder gar repressiv erscheinen mochten.

Wie können die alten Traditionen und oft unersetzbare Kulturformen angesichts der weltweiten universalen und vereinheitlichenden Modernisierungsprozesse hinübergerettet werden in unsere als "postmoderne" sich bezeichnende Gesellschaft? Postmoderne Gesellschaft deshalb, weil ihrem Selbstverständnis entsprechend in ihr - im Gegensatz zum Modell der modernistischen und einheitlichen Weltgesellschaftskultur - ein kulturpluralistisches Weltbild vorgesehen ist. Unter ihr hätten die Menschen in moralischer und ästhetischer Hinsicht eher eine Chance, jene Kreativität und Expressivität zu erwerben, die sie im Einklang mit der Natur bräuchten, um ihre Lebensbedingungen in einer menschlicheren und friedlicheren Umwelt selbst zu erzeugen und zu gestalten. Zwar mutet sich dieses Bild der postmodernen Gesellschaft als utopisch an, aber es könnte nicht gezeichnet werden, wenn nicht bereits einige Momente davon in der heutigen Welt vorfindbar wären oder schon realisiert sind.

Das Problem des "Regionalismus" innerhalb der "Weltgesellschaft" läßt sich, wie Esterbauer aufzeigt, auf zwei Ebenen darstellen: "Die Begriffe des 'Regionalismus' und sinngemäß der 'Region' beziehen sich auf räumliche Teileinheiten einer Gesamteinheit, innerstaatlich als Untergliederung eines Staates und international als engerer Zusammenschluß einiger, in einem engeren Näheverhältnis zueinander stehender, Mitgliedsstaaten der universellen Staatengemeinschaft als Gesamtsystem. Der Regionalismus bildet so innerstaatlich einen Gegenpol zum Zentralstaat und zum Zentralismus und international zur Weltgemeinschaft und zu einer universellen Einheit, aber ebenso zum nationalistischen Staat, der seine Souveränität auch nach außen absolut versteht und keine Zuständigkeiten an internationale Gemeinschaften abtreten möchte. Der Regionalismus erhebt aber seinerseits keinen Absolutheitsanspruch gegenüber den Nationalstaaten und der Weltgemeinschaft, sondern versteht sich nur

als Ergänzung zur Wahrnehmung differenzierter Gemeinsamkeiten und spezifischer Interessen." 1)

Der Begriff des "Regionalismus", der in dieser Arbeit verwendet wird, bezieht sich allerdings nicht auf den des "Internationalen Regionalismus", der jeweils Gegenstand der Untersuchungen von Joseph S. Nye 2) und Winfried Lang 3) ist. Es wird hingegen versucht, einerseits die Bedingungen für die Unterentwicklung peripherer Regionen, hier Nordfriesland, herauszufinden und andererseits zu fragen, was unter den Begriffen "Regionalbewußtsein", speziell "Friesische Identität" oder "Regionalbewegungen" verstanden wird und in welche globalen Zusammenhänge diese Begriffe gestellt werden können. Es soll geklärt werden, warum die Region oder die Provinz in das Blickfeld der Sozialwissenschaftler geraten ist. Zum anderen sollen die Entwicklungsperspektiven für Regionalbewegungen herausgestellt und welche Bedeutung die traditionellen Elemente in ihnen haben. Und schließlich, welche Rolle wird eine Region wie Nordfriesland und mit ihr die nordfriesische Minderheitssprache in einer am Weltmarkt und in der Weltgesellschaft vollintegrierten Bundesrepublik Deutschland überhaupt einnehmen können?

Regionale Bewegungen, die sich aufs gemeinsame kulturelle Erbe, auf gleiche politische Ideale und auf parallele wirtschaftlich-soziale Interessen berufen möchten, dürfen nicht zu sehr unter dem Aspekt der Erlangung oder Bevorzugung Sonderrechte gesehen werden. Vielmehr sind die Aspekte der Wahrnehmung regionaler Interessen und Demokratieerfordernisse mit dem Ziel der Selbst- und Mitbestimmung und der Gleichstellung der Regionen in den Vordergrund zu rücken. Zu häufig wird etwas als "lokales" oder "regionales" Interesse ausgegeben, was in Wirklichkeit doch nur dem Gesamtinteresse des Zentrums dient. 4)

Die friesische Sprache hätte in naher Zukunft insofern Chancen, wenn ihre Sprecher nicht versuchten, ihre Sprache nach außen hin abzuschließen, oder akzeptierten, daß diese sich ständig verändert und auch anderweitige Einflüsse in sich aufnimmt. Zur positiven Entwicklung des Friesischen wären die bewußte Einstellung und die allgemeine Akzeptanz unbedingt wichtig und notwendig. Es wäre verheerend, wenn die eigenen Sprechern ihre friesische Muttersprache ebenso abgewerteten wie die in Nordfriesland gebräuchliche niederdeutsche Mundart, die als Sprache des gemeinen Volks lange Zeit als diskriminierend empfunden und daher ihren Kindern nicht mehr weitergegeben wurde. Diese Einstellung scheint sich aber inzwischen wieder zu ändern. "Dialekt ist in", lautet heute ein gängiges, viel verbreitetes Schlagwort.

Friesisch hat sich in Nordfriesland bis heute als eigenständige Minderheitensprache halten können. Gerade weil sie in einigen Orten noch zur Selbstverständlichkeit des Alltags gehört, sollte sie auch im größeren Rahmen politisch geschützt und gefördert werden. Zwar müßten die Anstöße und Impulse aus der Region selbst kommen, aber durch eine stärkere Problematisierung gegenüber einer überregionalen Öffentlichkeit könnte ein größeres Interesse an friesischer Sprache und Kultur geweckt werden. Zur Belebung bedarf es notwendigerweise über das Lokale hinausreichenden größeren geistigen Umfeldes. Allerdings wäre es erforder-

1) Fried Esterbauer, Grundzüge der Formen und Funktionen regionaler Gliederung in politischen Systemen, in: ders. (Hrsg.), Regionalismus, Wien 1979, S. 44 f.

2) Vgl. Joseph S. Nye, Pease in Parts. Integration and Conflict in Regional Organization, 1971

3) Vgl. Wilfried Lang, Der internationale Regionalismus, Wien/NY 1982

4) Vgl. Fried Esterbauer, S. 45

lich, daß die friesische Kultur, unter kritischer Aneignung ihrer traditionellen Elemente, in die gegenwärtigen modernen differenzierten Lebensformen integriert würde. Wiederbelebte Elemente sollten dabei zur Bereicherung der friesischen Sprach- und Kulturgemeinschaft in Nordfriesland beitragen.

Viele der hier angesprochenen, insbesondere die Region Nordfriesland betreffenden Probleme und Details, bedürften notwendig einer ausführlicheren Behandlung und einer breiteren empirischen Untermauerung. Dies ließ aber der räumliche und zeitliche Rahmen der Arbeit nicht zu. Daher wurde nur die Grund- und Klarlegung des Regionalismusproblems angestrebt, um die mögliche Bedeutung für die nordfriesische Region herauszustellen. Klärungsbedürftig wäre weiter die problematische Frage, wie der Regionalismus gegenüber der alles übergreifende Weltgesellschaft einzuordnen ist und welche weltweite Bedeutung Regionen in ihr haben könnten. Es wäre illusionär zu glauben, daß eine so kleine Region wie Nordfriesland in irgendeiner Weise eine größere Rolle innerhalb der Weltgesellschaft spielen könnte. Es mögen aber im historischen Rückblick durchaus wichtige Impulse von ihr ausgegangen sein. Nordfrieslands vielgerühmte Freiheits- und Rechtstradition beeinflusste möglicherweise auch die damalige Verfassung der USA. Ihr Zustandekommen ist aber nicht allein das Verdienst friesischer Auswanderer gewesen. Der dem friesischen Deichrecht entlehnte Subsidiaritätsgedanke erlangte ebenfalls eine gewisse Bedeutung und ist heute besonders in der katholischen Soziallehre verankert.

Der Regionalismus und darauf aufbauende Regionalbewegungen könnten in einer wie immer auch aussehenden Weltgesellschaft möglicherweise größeres Gewicht erlangen, wenn die Nationalstaaten ihre Souveränität in stärkerem Maße nach oben (oder unten) abgeben würden. Regionen erführen als politische Einheit dann eine Renaissance, wenn Nationen jene klassischen Aufgaben nicht mehr wahrnahmen, die für ein friedliches Zusammenleben der Menschen untereinander notwendig wären, oder wenn Nationalstaaten einfach dadurch überflüssig werden, weil wirtschaftliche Akteure seit langem an Nationalgrenzen keinen Halt mehr machten und die innerstaatlichen rechtlichen Rahmenbedingungen den internationalen Gepflogenheiten anpaßten.

Es ist kein Zufall, daß ich im folgenden systemtheoretische Begriffe verwende. Obwohl dieser Wissenschaftstradition nicht verpflichtet, scheint mir die Systemtheorie angemessener und besser geeignet zu sein, die gesellschaftliche Wirklichkeit, zumindest in ihrem Systemcharakter zu erkennen. Zumal wiederum menschliche Akteure versuchen, die Wirklichkeit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht nach Systemgesichtspunkten auszurichten und umzugestalten. Speziell der theoretische Ansatz von Jürgen Habermas, der die Systemtheorie mit dem Lebensweltkonzept koppelt und in Beziehung setzt, scheint besser regionale Phänomene der Lebenswelt und weltgesellschaftliche Systemgesichtspunkte zu verknüpfen und gleichzeitig auch die Mängel der Systemtheorie aufzuzeigen.

In dieser Arbeit versuche ich als erstes, den Ursachen und Anfängen der Modernisierung der Gesellschaft und ihres sozialen Wandels auf die Spur zu kommen. Dazu werden zunächst die Grundlagen traditioneller Gesellschaften und die aus ihr differenzierte moderne Gesellschaftsentwicklung beschrieben. Den gegenläufigen Prozessen der Integration und Differenzierung werden getrennte Abschnitte gewidmet. Der Abschnitt "Integration und Weltgesellschaft" wird unterteilt in wirtschaftliche und politische Integration. Der Abschnitt "Differenzierung und Regionalismus" ist in fünf Teile gegliedert: Im ersten wird die enge Verbindung von sozialer Bewegung und Regionalbewegung untersucht, der zweite Teil widmet sich den Regionalkulturen, während im dritten vorwiegend europäisch Regionalbewegungen behandelt werden. Im vierten Teil geht es um regionale Wirtschaftsentwicklung und im fünften um

das Aufzeigen der Möglichkeiten alternativer Regionalpolitik. Der letzte Abschnitt behandelt die Region "Nordfriesland", ein Thema, das in diesem Rahmen leider nicht die angemessene Behandlung erfährt, die diese schöne Landschaft mit ihrer Geschichte, Sprache, Kultur usw., mit ihren Problemen eigentlich verdient hätte.

II. Modernisierung

Die mit dem Prozeß der Modernisierung auftretenden horizontalen und vertikalen Integrations- und Differenzierungserscheinungen bei der Umgestaltung von traditionellen Gesellschaften werfen folgende Fragen auf: Wann hat dieser Prozeß begonnen, was führte zu den Veränderungen, welche globalen Auswirkungen sind mit der Modernisierung verbunden und wie sind damit die vor Ort die angestammten traditionellen Gesellschaften damit fertig geworden?

Der Begriff "Modernisierung" wird hier pragmatisch als Sammelbegriff in dem Sinne verwendet wie in den jeweils unterschiedlichen Zeiträumen und geographischen Räumen die Teilprozesse der Geld- und Kapitalakkumulation, der Industrialisierung, der Überwindung traditioneller Verhaltensweisen und der Erweiterung der Subsysteme zweckrationalen Handelns zusammengefaßt werden. 1) Historisch ist vor allem der Typus des sozialen Wandels gemeint, dessen Ursprung in der englischen industriellen Revolution von 1760 bis 1830 und in der politischen französischen Revolution von 1789 bis 1794 aufzusuchen ist. 2) Während der beiden Phasen hat insofern ein politischer und ökonomischer Durchbruch stattgefunden, als dieser bestimmend für die Weltgesellschaft ist. Die Gesellschaften, in denen dieses nicht gelang, gerieten in eine Situation relativer Rückständigkeit. 3)

Es ist daher notwendig, den Modernisierungsprozeß im globalen Weltzusammenhang zu betrachten. Dieser wird einmal durch zunehmende internationale Tausch- und Kommunikationsprozesse und zum anderen durch die Antriebe transnationaler Integration über wirtschaftliche und technisch-wirtschaftliche Interaktionsprozesse bestimmt. Drittens dominiert weltweit die kapitalistische Produktionsweise über zwar kulturell unterschiedliche, dennoch immer homogener werdende Gesellschaftsformationen. Und viertens bewirkt sie die Gliederung der Welt in entwickelte und unterentwickelte Gesellschaften, in arme und reiche Länder und in souveräne und weniger souveräne Staaten. 4) Die fortschreitende gegenseitige Verflechtung der bisherigen, nicht miteinander verbundenen lokalen Historien, zu einer gemeinsamen Weltgeschichte 5), ist ein weiteres typisches Kennzeichen der Weltgesellschaft. Die heutigen Modernisierungsprozesse in der Dritten Welt laufen als Versuch, unter privatwirtschaftlichen Bedingungen oder unter Zuhilfenahme staatlichen Produktionsmitteleinsatzes, "traditionelle Momente der Gesellschaftsordnung auf ökonomisch-technologischen, sozialpolitischem und kulturellem Gebiet mittels einer - sei es auch noch so bescheidenen - Industrialisierung und einer Übernahme wissenschaftlicher Erkenntnisse, technologischer Standards und soziokultureller Wertorientierungen aus den bereits entwickelten Gesellschaften zu überwinden." 6)

Es ist in diesem Zusammenhang auffallend, daß die meisten stillschweigend die Modernisierungsprozesse in der Dritten Welt akzeptieren und dabei von einem rational geprägten

1) Vgl. Hugo C. F. Mansilla, Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung, Meisenheim 1978, S. X

2) Vgl. ebd., S. 25

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Rainer Tetzlaff, "Weltgesellschaft": Trugbild oder Wirklichkeit? Eine Kategorie zur Analyse internationaler Beziehungen, in: Thomas Siebold/Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Strukturelemente der Weltgesellschaft, Ffm 1981, S. 9

5) Vgl. ebd., S. 49

6) Hugo C. F. Mansilla, S. IX

westlichen Lebensstandard ausgehen. Sie berücksichtigen nicht, daß möglicherweise in allen Gesellschaften traditionelle und moderne Elemente gleichzeitig enthalten sein können. Demnach darf sich auch eine kritisch gefaßte Modernisierungstheorie keinesfalls als die bessere Strategie oder als ein noch besseres Programm zur Überwindung von Rückständigkeit und Traditionalität anbieten 1), sondern sie sollte in ihrem Kalkül die mit der Modernisierung einhergehenden Deformationen in den traditionell geprägten Gesellschaftsstrukturen berücksichtigen. Denn die traditionell bestimmten Lebensweltstrukturen haben der in modernen Gesellschaften lebenden Menschen eine große Bedeutung. Sie stellen das eigentliche Reservoir für eine Persönlichkeitsentwicklung dar. Denn diese bilden schließlich jene "gelungene" Identität aus, die Individuen befähigen, den Systemimperativen komplexer Gesellschaften standzuhalten. Daher werden im nächsten Abschnitt auch zuerst die den modernen Gesellschaften zugrundeliegenden Traditionsstrukturen untersucht.

1) Vgl. Hugo C. F. Mansilla, S. IX

1. Traditionelle Gesellschaften

Das Wort Tradition leitet sich ab von "tradere", weitergeben. Theodor W. Adorno denkt dabei an einen Generationenzusammenhang, "an das, was von Glied zu Glied sich vererbt", er denkt aber auch an die Überlieferung handwerklicher Techniken. "Im Bild des Weitergebens wird leibhaftig Nähe, Unmittelbarkeit ausgedrückt, eine Hand soll es von der anderen empfangen". Die Tradition steht im Widerspruch zur Rationalität. Sie ist im strengen Sinne mit der bürgerlichen Gesellschaft unvereinbar, denn diese beruht auf dem Tausch von Äquivalenten und auf dem Prinzip der Leistung. Die Familie erfüllt in ihr zwar noch bestimmte Funktionen, ist aber dem Leistungsprinzip untergeordnet 1).

Die segmentäre Gesellschaft, als Extremtyp traditioneller Gesellschaften, ist heute empirisch nur noch in der sogenannten Dritten Welt auszumachen. Sie besteht aus relativ gleichartigen und unverbundene Teile oder Segmenten, die in sich eine geringe personelle und institutionelle Trennung gesellschaftlicher Funktionen aufweisen. Solche Einzelgesellschaften sind beispielsweise Dörfer oder Wohnplätze mit sesshaften Einwohnern oder wandernde Nomaden, die zwar arbeitsteilig, aber relativ autark auf der Basis der Subsistenzwirtschaft zusammenleben. Ihre Mitgliederzahl ist überschaubar und es gibt in ihnen keine Klassen oder Schichten. Es gelten allgemeinverbindliche Werte und Normen, deren Einhaltung von den Gesellschaftsmitgliedern selbst überwacht und deren Verletzungen sanktioniert werden. Normensetzung, Normenausübung, religiöse Kultdienste und Repräsentation nach außen werden allerdings von wenigen, meist älteren Personen ausgeübt, die diese Tätigkeiten neben anderen normalen Funktionen wahrnehmen. An den öffentlichen Angelegenheiten sind alle Gesellschaftsmitglieder, entsprechend den traditionell definierten Regeln und sozialem Status, beteiligt. 2)

Nach Ansicht Dieter Fröhlichs können, müssen aber nicht, Stämme oder ethnische Gruppen als Grundeinheit der politischen Gemeinschaft oder als Gewaltverzichtsgruppen betrachtet werden. Diese treten als politische Einheit dann in Erscheinung, wenn eine ethnische Gruppe mit anderen ethnischen Gruppen in Konflikt geraten. Solche "Friedensgemeinschaften" bestehen jedoch nur zeitweise und sind an spezielle Konfliktsituationen gebunden. Nach Fortfall des Anlasses löst sich die Koalitionsgemeinschaft wieder in ihre kleinsten segmentären Einheiten auf. Eine als ethnische Gruppe auftretende politische Einheit darf daher nicht danach beurteilt werden, ob in ihr dieselbe Sprache gesprochen wird, ob sie ähnliche Auffassungen über Welt und Leben besitzen oder ob ihre Kulte, Zeremonien, Überlieferungen und sonstige Einrichtungen einander gleichen. Im übrigen bestehen untereinander in ethnisch homogenen Gesellschaften durchaus Fehden oder Feindschaften, ebenso wie es üblich ist, Heiraten und Freundschaften mit stammesfremden Nachbarn zu schließen. 3)

Jene Gesellschaften, die darauf angewiesen sind, ihre Traditionsbestände an Wissen, Normen und Werten an die nächste Generation weiterzugeben, bilden Kommunikations- und Sprachgemeinschaften, in denen sich die jeweils beteiligten Subjekte über etwas verständigen. Diese bauen sich Habermas zufolge auf "mehr oder weniger diffusen, stets unproblematischen Hintergrundüberzeugungen auf. Dieser lebensweltliche Hintergrund dient als Quelle für Situationsdefinitionen, die von den Beteiligten als unproblematisch vorausgesetzt wer-

1) Vgl. Theodor W. Adorno, Über Tradition, in: ders., Ohne Leitbild, Ffm 1981, S. 29

2) Vgl. Dieter Fröhlich, Multilingualismus und der Aufbau der Nation, in: René König (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Köln/Opladen 1969, S. 475

3) Vgl. ebd., S. 476

den. Bei ihren Interpretationsleistungen grenzen die Angehörigen einer Kommunikationsgemeinschaft die eine objektive Welt und ihre intersubjektiv geteilte soziale Welt gegen die subjektiven Welten von Einzelnen und (anderen) Kollektiven ab. Die Weltkonzepte und die korrespondierenden Geltungsansprüche bilden das formale Gerüst, mit dem die kommunikativ Handelnden die jeweils problematischen, d. h. einigungsbedürftigen Situationskontexte in ihre als unproblematisch vorausgesetzte Lebenswelt einordnen. Die Lebenswelt speichert die vorgetane Interpretationsarbeit vorangegangener Generationen; sie ist das konservative Gegengewicht gegen das Dissensrisiko, das mit jedem aktuellen Verständigungsvorgang entsteht." 1)

Diese so als Lebenswelt bezeichnete Kommunikations- und Sprachgemeinschaft kann weder thematisiert noch kritisiert werden. Sobald aus ihr ein Element der Diskussion zugänglich gemacht wird, also eine Verständigung über kritisierbare Geltungsansprüche nur mittels Ja/Nein-Stellungnahmen 2) erreicht wird, gehört diese der Lebenswelt nicht mehr an. "Die Lebenswelt ist das merkwürdige Ding, das vor unseren Augen zerfällt und verschwindet, sobald wir sie stückweise vor uns bringen wollen." 3) Der Versuch aber, alternative Lebensstile zu entwickeln, muß nach Habermas nicht unbedingt auf die Zerstörung von Lebensformen hinauslaufen, sondern es können sich neue Lebenswelten mit ausdifferenzierteren Strukturen bilden. Auf jedenfalls werden diese nicht dadurch geschaffen, "daß man über sie redet und redet". 4) Das was sich in den alternativen Lebensstilen thematisiert, ist der erweiterte Horizont dessen, was sie deutlich von traditionellen Lebensstilen unterscheidet. 5)

Die Schwierigkeit besteht darin, daß jedem veränderten und bewußt akzeptierten Element innerhalb der ausgekundschafteten oder ausprobierten Lebenswelt eine Vielzahl der Elemente gegenübersteht, die gar nicht erst an die Oberfläche gelangen und damit thematisiert werden können. Durch Gewöhnung sind sie inzwischen so tief verinnerlicht und in die Lebensgeschichte eingegraben, daß selbst in den utopischsten Entwürfen und in den radikalsten Alternativvorstellungen es nicht gelingt, diese ins Bewußtsein zu rücken oder zu problematisieren. "Die Lebenswelt ist uns so sehr unproblematisch, daß wir uns gar nicht aus freien Stücken, nach Belieben irgendwelche Teile davon zu Bewußtsein bringen können" 6), schreibt Habermas. Nach dieser Äußerung liegt es nahe, davon auszugehen, daß noch große Teile der Natur, des menschlichen Lebens und festgefügtter Lebensweltstrukturen in ihrer Zusammensetzung unbekannt sind und auch weiterhin allen wissenschaftlichen Erklärungsversuchen unzugänglich bleiben.

Der von Habermas gebrauchte Begriff "Lebenswelt" geht auf das theoretische Konzept der Lebens- und Alltagswelt der philosophischen Phänomenologie von Edmund Husserl und der Wissenssoziologie von Alfred Schütz zurück. Die Lebenswelt, auch "Alltagswelt" oder "beschränkte Umwelt" genannt, ist die für das erlebende und handelnde Subjekt vorgegebene

1) Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. I, Ffm 1985, S. 107

2) Ebd.

3) Jürgen Habermas, 'Dialektik der Rationalisierung'. Gespräch mit Axel Honneth, Eberhard Knödler-Bunte und Arno Widmann, in: Ästhetik und Kommunikation, 12. Jg. (1981), H. 45/46, S. 138

4) Ebd.

5) Vgl. ebd.

6) Vgl. ebd.

Erfahrungswelt. Das Subjektive in der Welt wird zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung erhoben. Es geht um die subjektive Aneignung und Gestaltung der objektiven Welt durch handelnde Subjekte. 1)

Bezogen auf Kultur und Geschichte beschreibt Husserl das Konzept der Lebenswelt wie folgt: "Die objektive Welt, die für uns alle da ist, ist (...) eine aus subjektiven Quellen der handelnden Subjekte sich immer neu mit objektiven Gehalten bereichernde, sich bereichernd durch immer neue Prädikate der Bedeutung. Sie ist eine immer neu werdende objektive Kulturwelt (...). Alles Kulturelle trägt (...) in sich historische Züge, seine Sinncharaktere sind zugleich als historisch gekennzeichnete, in die jeweiligen Zusammenhänge, menschheitlichen Gemeinschaftswesens hinein verweisend (...). In der Einheit des historischen Lebens, in der Folge der durch Einheit der Tradition miteinander vergemeinschafteten Generationen erbt jede neue Generation die durch die Arbeit der früheren objektiv gewordene Kulturwelt und gestaltet sie nun selbst aus eigenem Können und Tun weiter fort." 2)

Dieses Konzept der Lebenswelt ist von Alfred Schütz und seinem Schüler Thomas Luckmann 3) weiter ausgebaut worden. Danach wird der Mensch in eine einzigartige geschichtliche Gesellschaft hineingeboren. In dieser findet ein Weiterwirken vergangener Handlungen auf das heutige Handeln statt. Geschichte ist hiernach wirksam über Institutionen, also über gegenwärtiges oder vorweggenommenes Handeln anderer Menschen, über Artefakte aller Art, die von Werkzeugen bis hin zu Verkehrswegen reicht, über Kommunikation und über mündliche oder über textverfaßte Traditionen. 4)

Sprache, Kultur und Sozialstruktur können nicht einfach von biologischen Prozessen hergeleitet werden. Die historisch bedingte Sozialisation überlagert die körperliche Reifung. Sozialstruktur (d. h. das System der verhaltenssteuernden Institutionen) und Weltauffassung (d. h. die Sprache und die Kultur als subjektbezogene Orientierungs- und Verständigungssysteme) beeinflussen Identitätsbildung und Lebenslauf der Menschen. 5)

Eine Hauptschwierigkeit des Ansatzes besteht darin, daß bezogen auf die historische Wirklichkeit, sich die theoretisch entwickelten Begriffe wie "Alltag", "Alltagsleben", "Lebenswelt" usw. nicht operationalisieren lassen und sie zunächst einmal subjektzentriert sind. Lutz Niethammer führt daher folgende zwei Konstanten an: "Die eine beschreibt den Alltag als die Gesamtheit aller unmittelbaren Gegebenheiten, Wahrnehmungen und Handlungen des Menschen und verlangt damit die Totalität des Unmittelbaren, die sich als solche einerseits unabhängig von der Quellenlage letztlich wissenschaftlicher Bearbeitung entzieht und eher ein 'Sich-Einfühlen' oder gar eine ahistorische Wesensschau verlangt, andererseits aber durch die historische Prägung der Gegebenheiten, des Wahrgenommenen und der Interaktionspartner den Historiker zur Ausuferung in eine Gesamtheit der Vorgeschichten einlädt. Die andere Konstante beschränkt diese Totalität auf solche Wahrnehmungen, Handlungen und

1) Vgl. Ina Maria Greverus, Kultur und Alltagswelt, München 1978, S. 97 f.

2) Edmund Husserl, Phänomenologische Psychologie, Den Haag 1962, S. 409 f.

3) Vgl. Alfred Schütz, Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie, Ffm 1974; Alfred Schütz/Thomas Luckmann, Strukturen der Lebenswelt, Bd. 1, Ffm 1979; vgl. auch Peter L. Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Ffm 1980

4) Vgl. Thomas Luckmann, Lebenslauf und Sprache, in: Joachim Matthes u. a. (Hrsg.), Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive, Nürnberg 1981

5) Vgl. ebd., S. 57

Gegebenheiten ein, die sich tagtäglich wiederholen, routinisiert, selbstverständlich oder sogar unbewußt." 1)

Die mit der Lebenswelt verbundene Identitätsbildung ist stets Teil eines komplexen Aneignungsvorganges der präsenten Vergangenheit, die Geschichte genannt wird. Geschichtsbewußtsein ist das Bewußtsein einer kritisch rehistorischen Erfahrung. Die Konkretisierung der eigenen Geschichte verweist auf einen komplexen Bereich gesellschaftlicher Beziehungen als integralen Bestandteil der Identität. Auch der Regionalismus speist seine erkennbaren Verhaltensweisen aus der lokalen Geschichte. Die daraus entstehende kollektive Identität und die daraus resultierenden Symbole werden oft dann in Anspruch genommen, wenn Gemeinsamkeiten, Sympathien oder Zugehörigkeiten zu Wir-Gruppen konstituiert oder legitimiert werden sollen. 2)

Die Sprache stellt in der Situation der normalen umgangssprachlichen Kommunikation die identitätsverbürgende Intersubjektivität von Individuen her. In der umgangssprachlichen Kommunikation erkennen sich die Individuen von vorneherein gegenseitig an. 3) Sonst würden sie nicht miteinander reden. Der Mensch wächst in eine Sprachgemeinschaft hinein und wird dort mit den einheitsstiftenden Ethiken und Normen vertraut gemacht. Diese sind bestimmend für sein Verhalten innerhalb der Kommunikationsgemeinschaft und entscheiden mit, wie der Mensch wird, wie er sich entwickelt, mit welchem Weltbild er aufwächst und wie er in Anschauung dieses Weltbildes die beschaffenen Strukturen der wirklichen Welt erfährt. Der Erwerb von Identität stellt beim Menschen also die entscheidende Grundbedingung dar, daß eine gelingende Ich-Identität sich überhaupt erst ausbilden kann.

Neben der Funktion zur Herstellung zwischenmenschlicher Kommunikation wird Sprache auch instrumentell verwendet. Ihr analytischer Gebrauch erlaubt die Identifizierung von Sachverhalten. Das drückt sich u. a. in der Kategorisierung von Gegenständen, in der Identifikation von Besonderheiten und in der Unterordnung einzelner Elemente unter Klassen aus. Der nichtinstrumentelle, Kommunikationszwecken dienende Sprachgebrauch entzieht sich hingegen Eindeutigkeiten. Jedoch sichert er das Verhältnis der sprechenden Subjekte zur Sprachgemeinschaft. Dieses Verhältnis kann zudem nicht mit analytischen Operationen ausreichend dargestellt werden. Die Intersubjektivität der Welt, in der die Subjekte kraft der umgangssprachlichen Kommunikation zusammenleben, ist kein Allgemeines, dem die Individuen zugeordnet wären wie die Elemente zu ihren Klassen. 4) Es kann danach also auch kein Herrschaftsverhältnis höherer zuungunsten niederer Individuen begründet werden.

So verstanden bewährt sich im Rahmen der vollziehende Moderne beim Umgang mit Traditionen, daß Ich-Identitäten von Erwachsenen erweitert werden können und es so möglich ist, "neue Identitäten aufzubauen und zugleich mit dem Überwundenen zu integrieren, um sich und seine Interaktionen in einer unverwechselbaren Lebensgeschichte zu organisieren.

1) Vgl. Lutz Niethammer, Anmerkungen zur Alltagsgeschichte, in: Klaus Bergmann/Rolf Schörken (Hrsg.), Geschichte im Alltag - Alltag in der Geschichte, Düsseldorf 1982

2) Vgl. Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein - Identität - Geschichtsbewußtsein, in: ders., (Hrsg.), Europas unruhige Regionen, Stuttgart 1981, S. 70

3) Vgl. Jürgen Habermas, Der Universalitätsanspruch der Hermeneutik, in: ders., Kultur und Kritik, Ffm 1973, S. 283

4) Vgl. ebd.

Eine solche Ich-Identität ermöglicht jene Autonomisierung und zugleich Individuierung, die in der Ich-Struktur schon auf der Stufe der Rollenidentität angelegt ist." 1)

Eine gelungene Ich-Identitäts-Entwicklung ist, wie Habermas schreibt, dann erreicht, wenn "jene eigentümliche Fähigkeit sprach- und handlungsfähiger Subjekte, auch noch in tiefgreifenden Veränderungen der Persönlichkeitsstruktur, mit denen sie auf widersprüchliche Situationen antwortet, mit sich identisch bleiben. Allerdings müssen die Merkmale der Selbstidentifikation intersubjektiv anerkannt sein. Die durch Selbstidentifikation erzeugte und durchgehaltene symbolische Einheit der Person beruht ihrerseits auf der Zugehörigkeit zur symbolischen Realität einer Gruppe, auf der Möglichkeit einer Lokalisierung in der Welt dieser Gruppe. Eine die individuellen Lebensgeschichten übergreifende Identität der Gruppe ist deshalb Bedingung für die Identität der einzelnen." 2)

Die Identität bestimmter ethnischer Gruppen, vor allem die Sprache und die ethnische Selbstzuweisung, läßt sich, auch sie die Minderheit gegenüber einer großen Mehrheit, über eine lange Zeit aufrechterhalten. Einige dieser Gruppen können sich allerdings infolge politischer und sozialer Auseinandersetzungen von ihren ursprünglichen ethnischen Symbolen und Traditionen entfremden. Die verdrängte Ethnizität kann später unter anderen Bedingungen, anderen Umständen und vielleicht sogar mit anderen Symbolen wieder aufgelebt werden. Bildung und Wandel von Ethnizitäten werden durch soziale Interessen bestimmt, die sich wiederum spezifischen Produktionsverhältnissen zuordnen lassen. Wie stark die Ethnizität als Grundlage des kollektiven sozialen Handelns ist, hängt davon ab, wie sich in der Gruppe in einer langen Tradition die ethnischen Symbole verinnerlicht und festgesetzt haben. 3)

Die für die Herstellung ethnischen Bewußtseins wichtigen entstammen der Gemeinsamkeit von Alltagserfahrungen, die allgemein erlebt und nicht klassengebunden sind. Allerdings werden diese Geschehnisse beim Menschen unreflektiert erfahren und schlagen sich so in einem naiven Alltagsbewußtsein nieder. Die gemachten Erfahrungen können sein: die Umgangssprache, die Naturumwelt, das soziale Milieu, die Schule, die gemeinsame Kleidung, das äußere Ver, die Religion, die Sitten und Bräuche. Dem Individuum werden die einzelnen Elemente seiner Alltagserfahrungen aber erst bewußt in der dauerhaften Erfahrung des Fremden. Erst dann können die allgemeinen Elemente aus den eigenen Alltagserfahrungen heraus zu Symbolen abstrahiert und evtl. sogar überhöht werden. Zu Symbolen geformt ermöglichen die allgemeinen Alltagserfahrungen eine zurechenbare Gruppen-Identität. Durch diese sind die Symbole konkret, überall greifbar und allen verständlich. Die so naiv erfahrene Totalität erlaubt aber auch diffuse Kombinationen von Symbolen zur Erzeugung ethnischer Identitäten und Abgrenzungen. 4)

Die Neigung, sich mit äußerlichen Zeichen, Symbolen und Mythen zu identifizieren, ist nach Elkar "im Grunde nichts anderes als eine unreflektierte Rückprojektion des Wunsches nach personaler Identität, ohne sich dem schwierigen Prozeß der Identitätsbildung auszusetzen, die abermals nur mit dem Gefühl des Trennungsschmerzes von den einfachen Identitätsge-

1) Jürgen Habermas, Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Ffm 1976, S. 95

2) Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 93 f.

3) Vgl. Jochen Blaschke, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, Ffm 1980, S. 16 f.

4) Vgl. ebd., S. 17

genständen verbunden sein könnte." 1) Das verweist allerdings auf die Denkmöglichkeit, daß das Individuum nur im reflexiven Verhalten zu seiner Umwelt auf sich selbst zurückgeworfen ist und es dabei von Angst vor totaler Einsamkeit beherrscht werden könnte. Erst die Eingebundenheit in soziale Lebenszusammenhänge bewahrt den vereinzelt Menschen vor der Zerrissenheit einer funktionalen und technisierten Welt.

Werden in traditionellen Gesellschaften noch Identitäten an feststehenden Objektiven gebildet, so beteiligen sich in modernen Gesellschaften die Individuen selbst am "Bildungs- und Willensbildungsprozeß einer gemeinsam erst zu entwerfenden Identität." 2) Diese Identitätsbildung ist in der Moderne aber nur noch in reflexiver Gestalt als ein kontinuierlicher Lernprozeß denkbar. 3) Wenn die heutige Gesellschaft so beschaffen ist, daß Einzelnen oder Gruppen kein Traditionsgehalt mehr gegenübersteht, wenn die Lebenswelt in ihren strukturellen Komponenten Kultur, Gesellschaft und Person so zerstört ist, daß die Erneuerung kulturellen Wissens, die Herstellung kollektiver Solidaritäten und die Ausbildung personaler Identitäten nicht mehr möglich ist, dann können Störungen der symbolischen Reproduktion innerhalb der Lebenswelt ausgelöst werden. Den daraus resultierenden Krisen lassen sich entsprechend Sinnverluste, Anomien oder Psychopathologien zuordnen. 4)

Menschliche Tätigkeit und Anstrengung, Frucht der Auseinandersetzung mit der Natur, da der Mensch diese ins ihm Lebensdienliche umzugestalten muß, hinterläßt Spuren in der Landschaft. Es entsteht ein den Naturraum überlagernder und weiterentwickelter Kulturraum. Die Eingriffe in die Natur, notwendig zwecks Befriedigung menschlicher Bedürfnisse wie Hunger, Kleidung, Liebe usw., gehen in differenzierten Formen vor sich. Je nach räumlicher Beschaffenheit entwickeln sich die Regionen kulturell auseinander. 5)

Die gesellschaftliche Arbeit ist für den Menschen zwar eine anthropologische Konstante, aber die konkrete Arbeit wird von den natürlichen Gegebenheiten beeinflusst. Durch diese werden die regionalen Unterschiede in die Menschen eingelagert. Und sie bestimmt auch die Art und das Wie der menschlichen Kommunikationsform. Dies eben Gesagte gilt allerdings uneingeschränkt nur für vorindustrielle traditionelle Gesellschaften, in denen entsprechend der vorgefundenen natürlichen Bedingungen in regional unterschiedlicher Weise unterschiedliche Formen der Produktion entstanden sind. 6)

So wie die konkreten Arbeitsformen eine spezielle Welt konstituieren, beeinflussen die jeweiligen Lebensgegebenheiten auch die Sprache. Die Sprache ist der Indikator für den differenzierten Umgang mit der Natur. Die Menschen an der Küste empfinden anders, entwickeln andere Formen der Kommunikation wie die Menschen im Schwarzwald. Die Begriffe "hell" und "dunkel" sagen den Fischern an der Küste weniger als "Ebbe" und "Flut". Wenn sie ihrer Arbeit nachgehen, ist die Richtung des Windes für sie bedeutsamer als etwa der Stand der Sonne. Die Fischer mögen in ihrer Art vielleicht schwerfälliger sein als die hellhörigen Wald-

1) Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 73

2) Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 107

3) Vgl. ebd., S. 116

4) Vgl. Thomas Mirbach, Das "Projekt" der Moderne, in: PVS Literatur, 25. Jg. (1984), H. 1, S. 8 f.

5) Vgl. Utz Jeggle, Lebensgeschichte und Herkunft, in: Friedemann Maurer (Hrsg.), Lebensgeschichte und Identität, Ffm 1981, S. 12

6) Vgl. ebd.

bewohner. Ihre Arbeit vollzieht sich in der Einsamkeit, der ständige Wind beeinflusst die Verständigungsmöglichkeiten. Von daher mag die sprichwörtliche Wortkargheit der Fischer kommen. Wenn sie im Sinne der vielfach verspotteten Ostfriesen mit der Kennzeichnung "schwer von Begriff" belegt werden, so spiegelt das womöglich nur die Spezialisierung bestimmter Arbeitsprozesse wider. Ihr Denkprozeß wird entsprechend der von der Natur verlangten Konzentration beeinflusst. 1)

Vor allem der Sprachphilosoph Ludwig Wittgenstein stellte fest, daß das Erlernen und der Gebrauch der Sprache kontextgebunden ist: "Die Kinder werden erzogen, diese Tätigkeit zu verrichten, diese Wörter dabei zu gebrauchen, und so auf die Worte des Anderen zu reagieren." 2) Man könnte denken, daß der ganze Vorgang des Gebrauchs der Worte auf bestimmte Tätigkeiten hin "eines jener Spiele ist, mittels welcher die Kinder ihre Muttersprache erlernen". 3) Dieses Ganze, in dem Sprache und Tätigkeit miteinander verwoben sind, bezeichnet Wittgenstein als ein "Sprachspiel". 4) Das Wort Sprachspiel soll hervorheben, daß das Sprechen der Sprache ein Teil einer Tätigkeit oder einer Lebensform ist. 5)

Die im Alltag gesprochene Sprache verdeutlicht das am besten: "Wenn ich über die Sprache (...) rede, muß ich die des Alltags reden. (...) Daß ich dabei schon die Sprache anwenden muß, zeigt, daß ich nur Äußerliches über die Sprache vorbringen kann." 6) Es kommt nicht auf das genaue Wort an, sondern auf die Bedeutung, die symbolhafte Verbindungen repräsentieren. Wörter sind mit Geld oder mit der Kuh vergleichbar, die man für Geld kaufen kann. Die Kuh ist einmalig (wie die konkrete Situation, in der Sprache angewendet wird), das Äquivalent aber, das Geld (oder das Wort), hat einen vielfältigen Nutzen. 7) Im Rahmen des vorgegebenen Sprachspiels oder einer eingespielten Tradition eines Kulturkreises kann die Sprache in allen möglichen oder denkbaren Situationen angewendet werden.

Eine Sprache ist innerhalb ihres eingebetteten und urwüchsig entstandenen Kontextes ebensowenig zu hinterfragen wie die Sprachstruktur einer Grammatik. Die Hauptquelle des Unverständnisses einer Sprache besteht darin, daß, weil die Grammatik zu unübersichtlich angeordnet ist, ihr Gebrauch nicht übersehen werden kann. 8) Wittgenstein verdeutlicht es am Beispiel einer Stadt mit ihren gewachsenen Strukturen: "Unsere Sprache kann man ansehen als eine alte Stadt: Ein Gewinkel von Gäßchen und Plätzen, alten und neuen Häusern mit Zubauten aus verschiedenen Zeiten; und dies umgeben von einer Menge neuer Vororte mit geraden und regelmäßigen Straßen mit einförmigen Häusern." 9)

Gerade weil der einzelne Mensch in einer Lebensform eingebettet und ihr Bestandteil ist, gerade weil er Teilnehmer der Sprachgemeinschaft ist, kann es ihm nie gelingen, aus dieser herauszutreten, geschweige sich davon ein objektives Bild zu machen. Unter der Einfachheit

1) Vgl. Utz Jeggle, S. 12 f.

2) Ludwig Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen, Ffm 1977, S. 18

3) Ebd., S. 19

4) Vgl. ebd.

5) Vgl. ebd., S. 28

6) Ebd., S. 81

7) Vgl. ebd., S. 82

8) Vgl. ebd.

9) Ebd., S. 24

und Normalität der alltäglichen Lebenswelt bleiben ihm die wichtigsten Aspekte, von Dingen und Sachverhalten verborgen. Er bemerkt sie nicht, weil er sie immer vor Augen hat. 1)

Soll ein Wissen vom Gebrauch der Sprache, eine Ordnung, also eine Grammatik herausgearbeitet werden, so kann es nie die Ordnung, sondern nur eine der vielen möglichen Ordnungen sein. Es ist wohl möglich, eine Reform für praktische Zwecke, zur Verbesserung der Terminologie, zur Vermeidung von Mißverständnissen im praktischen Gebrauch durchzusetzen. Aber damit werden nicht jene Verwirrungen erklärt, wenn die Sprache leerläuft oder nicht arbeitet. Zwar kann in der Verwendung der Worte das Regelsystem in unerhörter Weise verfeinert und vervollständigt werden 2), aber damit verschwinden die Probleme nicht, sobald der Mensch aus seiner Sprachwelt heraustritt, um ein Wissen über diese zu erwerben.

Es lassen sich weltweit etwa 72 Sprachtypen unterscheiden, die alle miteinander Strukturähnlichkeiten aufweisen, so daß gegenseitig übersetzbar sind. Sprachen weisen zwar zum einen eine einheitliche Syntax auf, zum anderen besitzen sie aber ein "archetypisches Individuationsprinzip", das nicht ohne weiteres in andere Sprachen übersetzt werden kann. Als Beispiel führt Hermann Broch die Mundarten der dialektreichen deutschen Sprache an. Es ist danach zwar ohne weiteres möglich, einen plattdeutschen Text ins Wienerische zu übertragen. Nur das Resultat mutet fremdartig, ja grotesk an, weil in jeder Sprache ein unübersetzbarer Rest, ein ihm allein eigentümlicher Kern steckt, dessen Unübersetzbarkeit auf regionale oder lokale Bindungen beruht. 3)

Auch Habermas merkt an, daß prinzipiell jede Sprache vom zwar angeeignet werden kann, weil alle natürlichen Sprachen auf ein "allgemeines generatives Regelsystem" zurückgeführt werden kann. "Und doch lernen wir die Sprache nur in dem Maße, als wir den Sozialisierungsvorgang der eingeborenen Sprecher wenigstens virtuell nachholen und dadurch, wiederum virtuell, in eine individuelle Sprachgemeinschaft hineinwachsen: ein Allgemeines ist die natürliche Sprache nur "als ein Konkretes." 4)

Sprachen sind lebendig und sehr entwicklungsfähig. So wie diese mit den Tätigkeiten und Handlungen der Menschen verbunden sind, können sie auch fremde Kultur- und Spracheinflüsse, Lehnwörter z. B., in ihren Bestand aufnehmen. Eine Konservierung, quasi eine Musealisierung von Sprache, Traditionen und bestimmte Kulturformen hätten ähnliche Auswirkungen als wenn wildlebende Tiere im Zoo gezeigt oder ausgestorbene Dinosaurier, wenn auch nur als Gerippe, in entsprechende Spezialmuseen bewundert werden. Das nicht zu überhörende Bedauern, daß Minderheitssprachen nicht überlebensfähig seien oder bereits viele Tier- und Pflanzenarten ausgestorben sind, macht diese natürlich nicht lebendig, im Gegenteil, es versetzt letzten Überresten womöglich noch den Todesstoß. Immerhin besteht bei überlieferten Sprachen und Traditionen die Möglichkeit, daß sie in zumindest in rekonstruierter Form zum Leben wiedererweckt werden können.

Der oft resigniert klingende Unterton in den Äußerungen von Minderheitsangehörigen, daß in ihrer Region immer seltener gesprochene Sprache oder ausgeübte Traditionskultur ange-

1) Vgl. ebd., S. 84

2) Vgl. ebd., S. 85

3) Vgl. Hermann Broch, Einige Bemerkungen zu Philosophie und Technik des Übersetzens, in: ders., Schriften zur Literatur, Bd. 2, Theorie, Ffm 1981, S. 71

4) Jürgen Habermas, Der Universalitätsanspruch..., S. 284

sichts moderner Einflüsse nicht mehr zu retten sei, stellt gerade, wenn ein solcher Standpunkt sich allgemein ausbreitet, eine reale Gefahr für diese dar. Es fehlt vielen das Bewußtsein, daß mit ihrer Minderheitskultur womöglich etwas Wertvolles, ja Einzigartiges bedroht ist oder verloren geht. Der Umgang und Vergleich mit anderen Kulturen könnte dieser Gefahr am ehesten entgegenwirken. Da den Minderheitsangehörigen das Leben in ihrer gewohnten Umgebung so selbstverständlich und alltäglich geworden ist, sind negative Veränderungen der eigenen Sprache oder Kultur nur mit sensiblem Gespür wahrnehmbar. Für ein Sprachkollektiv stellt erst das Erleben und damit Bewußtwerden fremder Kulturen die beste und notwendige Grundlage zur Abwehr negativer Veränderungseinflüsse dar.

Selbstverständlich ist die Existenzberechtigung von jeglicher Sprache - die friesische zählt hier ebenso dazu wie die deutsche oder die französische Sprache - ebensowenig nachzuweisen wie jene Aussage berechtigt ist, warum gerade diese vom Aussterben bedrohte Pflanzen- oder Tierart erhalten bleiben muß. Eine Einteilung in nützliche oder schädliche Tierarten kann ebensowenig behauptet werden wie das Argument, die englische Sprache müsse deswegen von allen gesprochen werden, weil die Mehrheit der Erdbevölkerung diese Sprache spricht. Das Argument stimmt allein deswegen nicht, weil laut Statistik die chinesische Sprache als meistgesprochene Sprache der Welt gilt. Wie jedes Lebewesen allein wegen seiner Einzigartigkeit eine Existenzberechtigung nachweisen oder behaupten kann, so gilt dies auch für ethnische oder sprachliche Minderheiten, die nur dank ihres eigenen Behauptungswillens in der vorgegebenen oder geschaffenen Umwelt überleben können. Die natürliche Evolution nimmt zwar Rücksicht auf spezielle Umwelten (durch das Instrument der Auslese und Anpassung an die Natur), ansonsten aber gelten das Zufallsprinzip und die Tatsache, daß es niemals völlig identische Lebewesen auf der Welt gibt.

Real verlorengegangene Traditionen lassen sich auch ästhetisch nicht "surrogieren", wie Adorno treffend bemerkt. Als Unwillkürliches entzieht sich Tradition immer dem festhaltenden Zugriff. Tradition wird allein falsch durch den Appell an sie. Der Versuch der bürgerlichen Gesellschaft, die tradierten Formen der alten Gesellschaft planvoll als Kitt in ihre Praxis anzuwenden und zu integrieren, ist ebenso fragwürdig wie die Rolle der Tradition innerhalb der Kunst, die als "verordneter Trost" erhalten soll, um die Menschen über ihre Atomisierung in der heutigen Zeit zu beruhigen. 1)

Das der Tradition anhaftende Widersprüchliche beschreibt Adorno so: "Das Glück der Tradition, das Reaktionäre preisen, ist nicht nur die Ideologie, die es ist. Wer leidet unter der Allherrschaft des bloß Seienden und Sehnsucht hat dem, was noch nie war, der mag mehr Wahlverwandtschaft zu einem süddeutschen Marktplatz spüren als zu einem Staudamm, obwohl er weiß, wie sehr das Fachwerk zur Konservierung von Muff herhält, dem Komplement technifizierten Unheils. Wie die in sich verbissene Tradition ist das absolut Traditionslose naiv: ohne Ahnung von dem, was an Verganem in der vermeintlich reinen, vom Staub des Zerfallenen ungetrübten Beziehung zu den Sachen steckt. Inhuman aber ist das Vergessen, weil das akkumulierte Leiden vergessen wird; denn die geschichtliche Spur an Dingen, Worten, Farben und Tönen ist immer die vergangenens Leidens. Darum stellt Tradition heute vor einem unauflöselichen Widerspruch. Keine ist gegenwärtig und zu beschwören; ist aber eine jegliche ausgelöscht, so beginnt der Einmarsch in die Unmenschlichkeit." 2) Und an einer anderen Stelle heißt es: "Schlechter Traditionalismus scheidet vom Wahrheitsmoment der Tra-

1) Vgl. Theodor W. Adorno, Über Tradition, S. 31

2) Theodor W. Adorno, Über Tradition, S. 34 f.

dition sich dadurch, daß er Distanzen herabsetzt, frevelnd nach Unwiederbringlichem greift, während es beredt wird allein im Bewußtsein der Unwiederbringlichkeit." 1)

Auch für Habermas sind zwei Reaktionen als Antwort auf die modernistische Entwicklung verdächtig und falsch, einmal "das Weginterpretieren der Zeitsymptomatik" und zweitens "die Flucht in den Traditionalismus". 2) Die Sehnsucht nach Heimat, Nation und einfachem Leben beunruhigt ihn: "Moderne Lebensformen sind differenziert und sollten es bleiben" 3) Mit der Ausdifferenzierung der Welt ist eine Vielfalt möglich geworden, die ihr Potential gleichzeitig aus überlieferten und kulturell wertvollen Traditionen und aus dem Denken einer Einheit der menschlichen Natur, mit seiner natürlichen Umwelt wie aus einer alle Grenzen und Beschränkungen überschreitenden Universalethik schöpfen kann. 4)

1) Theodor W. Adorno, Über Tradition, S. 36

2) Jürgen Habermas, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit', Bd. 1, Ffm 1979, S. 24

3) Jürgen Habermas in einem Gespräch mit der Redaktion der Studentenzeitschrift "Lichtblick", (1982), H. 8, S. 5, des philosophischen Seminar der Universität Hamburg

4) Vgl. ebd.

2. Moderne Gesellschaften

Gegenüber den Modernisierungstheorien der 1950er Jahre, die einen "weltweit sich durchsetzenden, quasi eindimensionalen Prozeß politischer, kultureller und wirtschaftlicher Modernisierung" unterstellen, dem "alle Gesellschaften unterworfen sind", wurden nach dem Scheitern der von ihnen angeleiteten Entwicklungsstrategien in den 1960er Jahren jene Dependenztheorien formuliert, die von der bleibenden Trennung der entwickelten und unterentwickelten Länder auf der Welt ausgehen. 1) Inzwischen machen sich jedoch weltweit politische und wirtschaftliche Differenzierungsprozesse bemerkbar, die gleichermaßen die Theorierichtungen zwingen, ihre Ansätze zu modifizieren und jüngste Weltentwicklungen mit zu berücksichtigen.

Das zeigt sich zunächst an den internationalen Märkten mit der Neubewertung von Rohstoffen. Für durchschlagende Verwirrung stiftete beispielsweise die Kartell-Preis-Politik der sogenannten OPEC-Länder für Rohöl. Zum anderen sind die Industrialisierungsprozesse in den Schwellenländern der Dritten Welt zu nennen, die allerdings, ohne daß Öleinnahmen zur Verfügung stehen, zur hohen Verschuldung dieser Länder führten. Die Folge war wachsende Verelendung und eine weitere Polarisierung zwischen reicheren Dritte-Welt-Nationen und ärmeren Peripherie-Ländern. 2) In den neuen regionalen Machtzentren, vor allem in den Ländern, die sich auf eigene kulturelle und religiöse Traditionen stützen, wie z. B. im Iran, läßt zudem die Anziehungskraft westlicher Einflüsse nach. 3)

Statt weiterhin von einem Interessengegensatz Erster und Dritter Welt auszugehen, werden möglicherweise die Interessensgegensätze innerhalb der Dritten Welt zunehmen. Der Gegensatz verlagert sich von einer vertikalen auf eine horizontale Ebene. Es stehen sich dann OPEC-Länder und Nicht-OPEC-Länder gegenüber oder sie führen sogar untereinander Krieg wie z. B. zwischen Iran und Irak 4). Es ist nicht zu verkennen, daß in einigen Ländern der Dritten Welt es zu beschleunigter Industrialisierung gekommen ist. Die Kritik oder die kontroverse Beurteilung dieser Entwicklung entzündet sich vor allem daran, daß eine entsprechende politische Entwicklung im Sinne der Verbesserung von Lebensbedingungen für die Masse der Bevölkerung nur kaum und wenn, nicht überall in gleichem Ausmaße erfolgt. 5)

Im Rahmen internationaler Organisationen ist die Kontrolle der Länder der Dritten Welt durch die Großmächte immer geringer geworden, soweit nicht Veto-Rechte, im UN-Sicherheitsrat z. B., oder das Quotensystem des Internationalen Währungsfonds (IMF) das Prinzip "ein Land, eine Stimme" außer Kraft setzten. Im Jahre 1982 ließen sich von den auf 154 angewachsenen Mitgliedsstaaten der UNO immerhin 117 der Dritten Welt zuordnen. 6) Direkte Interventionen der Großmächte außerhalb ihrer Bündnisbereiche erfolgten zwar immer seltener, und wo doch, waren diese wenig erfolgreich. Der Ausbruch und der Verlauf des Iran-Irak-Krieges war keinem der beiden Großmächte – USA und UdSSR gelegen gekommen. 7)

1) Vgl. Ulrich Menzel, Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), S. 31

2) Vgl. ebd., S. 32 f.

3) Vgl. ebd., S. 35

4) Vgl. Ulrich Menzel, S. 36

5) Vgl. ebd., S. 40

6) Vgl. ebd., S. 42

7) Vgl. ebd.

Vielleicht läßt sich daraus schlußfolgern, daß sich die Supermächte gegenseitig bei lokalen Konflikten ihre Handlungsfähigkeit "unter dem Dach des atomaren Patts" blockierten. Damit ist der Handlungsspielraum einiger außerhalb der Blöcke stehenden Mittelmächte gewachsen. Es wäre wahrscheinlich, daß sich deshalb neue Zentren bildeten, die dann über eigene politische, militärische und ideologische Potentiale verfügten. 1)

Die als moderne Entwicklung sich herausbildende Weltgesellschaft widersteht in den Sozialwissenschaften bisher hartnäckig allen Erklärungsversuchen. Vielleicht wäre es sinnvoll, wie Klaus Jürgen Gantzel meint, die Weltgesellschaft in herrschaftssoziologische Begriffe aufzuschlüsseln. Die bisherige Betrachtungsweise, die die Weltgesellschaft als ein System internationaler Beziehungen und zwischenstaatlichen Verkehrs mit allen machtpolitischen, diplomatischen und militärischen Dimensionen anzusehen, reicht dafür nicht aus. Es bedarf eines weitergehenden politökonomischen Bezugsrahmens. 2)

Hinsichtlich der historischen Entstehung der Weltgesellschaft lassen sich dennoch drei zueinander zugehörige Aspekte begrifflich aufzeigen. Erstens entfaltete sich die heutige Struktur der Welt in einem säkularen historischen Prozeß, der in Europa ab der Entdeckung Amerikas Ende des 15. Jahrhunderts und der Reformation Anfang des 16. Jahrhunderts seinen Ausgang nahm. Die führende ökonomische, technologische und politische Machtstellung der kapitalistischen Industriegesellschaften ist ohne die langanhaltende Ausbeutung der übrigen Welt nicht erklärbar. 3) Zweitens ist die Weltgesellschaft hierarchisch gegliedert. Das international agierende Kapital, das nationale Unterschiede auszunutzen versteht, zeigte gegenüber der großen Masse der Lohnarbeiter, Kleinbauer usw. weiterhin seinen Klassencharakter. Die Klassen sind zudem nicht nur nationalstaatlich sondern auch ethnisch voneinander getrennt. Die vertikale internationale Arbeitsteilung innerhalb der Weltgesellschaft bewirkte diese Ungleichheiten. 4) Drittens entstanden innerhalb der Weltgesellschaft einseitige Abhängigkeiten. Den weniger entwickelten Ländern der Dritten Welt und zum Teil auch den der sozialistischen stehen die voll entwickelten westlichen Industriegesellschaften gegenüber. 5)

Der dynamische Prozeß der modernen Entwicklung führte im nationalstaatlichen Rahmen auf der einen Seite zur Ausbildung von "Verflechtungs- und Agglomerationsräumen", auf der anderen Seite zu "Entleerungsräumen" oder zu "strukturschwachen" Entwicklungsräumen. Der Verstärkungsprozeß verstärkte den Stadt-Land-Gegensatz. Interessant dabei ist, daß sich der Gegensatz überentwickelter und unterentwickelter Gebiete im Weltmaßstab innerhalb der entwickelten Gesellschaften noch einmal abbildet. 6)

In neueren sozialwissenschaftlichen Theorien geht vor allem die vom Strukturalismus beeinflusste Systemtheorie davon aus, daß die die Welt gestaltende Geschichte theoriefähig ist. Die Gegenstände, symbolische Gebilde oder Informationen der Geschichtswelt werden nach

1) Vgl. ebd., S. 43

2) Vgl. Klaus-Jürgen Gantzel, Einführendes Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft, Ffm/NY 1975, S. 12

3) Vgl. ebd., S. 10

4) Vgl. ebd., S. 11

5) Vgl. ebd., S. 12

6) Vgl. Rolf Richard Grauhan, Einführung: Lokale Politikforschung, in: ders. (Hrsg.), Lokale Politikforschung 1, Ffm/NY 1975, S. 12

Regeln der Evolution erzeugt. 1) Die den biologischen Evolutionstheorien entlehnten Begriffe "Integration" und "Differenzierung" lassen sich, systemtheoretisch gedeutet, auf die Entwicklung menschlicher Gesellschaften übertragen. Niklas Luhmann sieht die Evolution menschlicher Gesellschaften als einen "Prozeß zunehmender Differenzierung und korrespondierender Integration" 2) an. Er stützt seine These auf den faktisch historischen Vorgang der "Umstrukturierung menschlicher Gesellschaften von segmentärer auf funktionaler Differenzierung". 3)

Wird allerdings der auf traditionelle Gesellschaften einwirkende Mechanismus auf eine Weltgesellschaft übertragen, so bedarf es zur Erklärung effektiv wirkender Integrationsmechanismen eines hohen Abstraktionsniveaus. Erschwerend kommt hinzu, daß die für die Weltgesellschaft postulierten und zu ihrer Integration beitragenden universellen Werte und Normen in der empirischen Wirklichkeit kaum zu finden sind. 4) Es scheint sich jedoch ein weltweit orientierter Interaktionsbereich zu konstituieren, der von einem kognitiven Erwartungsstil dominiert wird, welcher sich an reziproke Tauschhandlungen orientiert. 5) Für Luhmann "ist eine auf Weltfrieden beruhende durchgehende Verkehrszivilisation entstanden, in der sich ein urban erzogener Mensch gleich welcher Provenienz zurechtfindet". 6) Diese Tatsache sieht er zwar als völlig neues Phänomen der Evolution an, vermißt aber weiterhin als gravierenden Mangel eine welteinheitliche Moral, Rechtsbildung und Politik. 7)

Weil sich die Konsequenzen für eine Weltgesellschaft nur abstrakt ziehen lassen, müssen faktische und moralische Antworten auf weltgesellschaftliche Probleme utopisch bleiben. Abstrahieren heißt ja, von allen Unterschieden der Länder und Völker, der Kulturen und Herrschaftsformen abzusehen und nur auf das abzustellen, worin alle Menschen gleich sind. Diese letztabstrakte Gleichheit ließe sich als gemeinsame Angelegenheit ebenso konstituieren wie ein Interesse an Recht und Frieden. 8) Zwar ist diese Problematik schon im Selbstverständnis der bürgerlichen Gesellschaftsauffassung begründet, in der funktional Staat und Gesellschaft getrennt sind. Die gleichfalls in ihr verkörperten allgemeinen Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit dürfen aber deshalb den partikularen nationalstaatlichen Rahmen nicht verlassen.

Als evolutionär neuartiges Phänomen vermag Luhmann mit vorhandenen Denkmitteln die Erfolgsaussicht einer systemtheoretisch gefaßten Weltgesellschaft nicht abzuschätzen. Weltgesellschaft einfach als "internationales" System zu definieren sieht er als problematisch an, da hier doch stillschweigend ein Primat der Politik unterstellt wird. 9) Auf der Ebene politisch konstituierter Regionalgesellschaften oder Nationalstaaten entstand mit Hilfe normativer und rechtlicher Mechanismen ein recht verlässliches System. Es wurde auf dieser Ebene eine

1) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt der Geschichte, in: ders., Kultur und Kritik, Ffm 1973, S. 394

2) Niklas Luhmann, Die Weltgesellschaft, in: ders., Soziologische Aufklärung 2, Opladen 1975, S. 58 f.

3) Ebd., S. 59

4) Vgl. ebd.

5) Vgl. ebd., S. 57

6) Ebd., S. 54

7) Vgl. ebd., S. 57

8) Vgl. ebd., S. 52

9) Vgl. ebd., S. 57

"evolutionär unwahrscheinliche Hochleistung" stabilisiert und erwartbar gemacht. War diese eigentümliche Kombination von Politik und Recht in ihrer Leistungsfähigkeit eventuell eine Fehlspezialisierung der Menschheitsentwicklung? Nach Ansicht Luhmanns läßt sich die für Nationalstaaten geltende eigentümliche Kombination von Politik und Recht - zumindest vorläufig - nicht auf das System der Weltgesellschaft übertragen. 1)

Kritisch eingestellte Sozialwissenschaftler wie Jürgen Habermas bemängeln an den strukturfunktionalistischen Systemtheorien unter anderem, daß sprach- und handlungsfähige Subjekte in ihnen eine nur untergeordnete Rolle spielen und dabei die Identitätsprobleme der Moderne "schlicht unter den Tisch" fallen würden. 2) Das historische Bewußtsein werde zugunsten der Selbstobjektivierung stillgestellt. Antizipierte Zukünfte determinierten eine erinnerungslose Gegenwart. Die Aufrechterhaltung eines Gesellschaftssystems sei aber nicht möglich, wenn nicht auch die Erhaltungsbedingungen der Systemmitglieder erfüllt würden. Die hinreichende Systemintegration könne nicht das erforderliche Maß an Sozialintegration ersetzen. Auch wenn die mögliche Weltgesellschaft ihre Steuerungskapazitäten noch so sehr erhöhte, geschähe dies "nur um den Preis der humanen Substanz", müßte "jeder weitere Schub die Selbstzerstörung der vergesellschafteten Individuen und ihrer Lebenswelt bedeuten". 3)

Fast alle namhaften Modernisierungstheorien beziehen sich auf Max Weber, der mit "einmaliger Klarheit" die Elemente herausarbeitete, die "eine moderne von einer traditionellen Gesellschaft" unterscheidet. 4) Das sich herausbildende "Subsystem zweckrationalen Handelns" bewirke den Verfall der verwandtschaftlichen Solidarität, Zunahme der Adaptibilität gesellschaftlicher Innovationen, innerweltlicher Askese, Rationalisierung des Alltagslebens, wachsende Funktionalität zwischenmenschlicher Beziehungen, Arbeit als immanenten Wert usw. Dem entspreche im staatlichen Kontext die rational orientierte Bürokratie, Konzentration der Verwaltungsinstrumente, Rationalisierung des Privatrechtsverkehrs, Berechenbarkeit der staatlichen Entscheidungsinstanzen usw. 5)

Die meisten Modernisierungstheoretiker untersuchten nur Teilbereiche des umfassenden Modernisierungsprozesses. Diverse Aspekte des säkularen Entfaltungsprozesses der instrumentellen Vernunft wurden beschrieben und analysiert. Beschränken sich diese aber auf die instrumentelle Rationalität, dann koexistiert eine "reibunglose Naturbeherrschung und die dazu notwendige, stetig zunehmende Rationalität der Mittel" mit einer "ungeminderten oder womöglich anwachsenden Irrationalität der Zwecke". Weber brach seine kritische Analyse deshalb dort ab, wo er eine "objektive Irrationalität" des "subjektiven Rationalisierungsprozesses" vermutete. 6)

Die Evolution geschichtlicher Entwicklungen folgte selten den Intentionen menschlicher Konstruktion. Im Fall der Aufklärung irrte der Mensch insofern, als er ein zwar "denkendes, aber keinesfalls ein vorwiegend rationales Wesen" ist. 7) Denkstrukturen werden eher durch irra-

1) Vgl. ebd.

2) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt..., S. 394

3) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 114

4) Vgl. Hugo C. F. Mansilla, S. 107

5) Vgl. ebd.

6) Vgl. ebd., S. 106 f.

7) Hans Friedrich Schütt, Landesgeschichte im ideologischen Wandel, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 108 (1983), S. 42

tionale Motivationen geprägt. 1) Ausgerechnet auf einer solchen Grundlage bilden Kapital, Technik und Wissenschaft, Wirtschaft und Wachstum eine durchsetzungsfähige Interesseneinheit. 2) Die Erfahrung der hochgradigen Differenzierung und Integration innerhalb der modernen Gesellschaft und des daraus resultierenden Gefühls der Entfremdung führt fast zwangsläufig zur wachsenden Distanz einer Wissenschaft gegenüber, die auch nur bestenfalls die uns heute undurchschaubar gewordenen Strukturen widerspiegelt. An den Pro- und Kontra-Stellungnahmen gegenüber dem Bau von Atomkraftwerken wird z. B. deutlich, daß Wissenschaftler zunehmend unfähiger geworden sind, den Politikern klare und einsehbare Entscheidungshilfen anzubieten. 3)

Es bleibt die Frage, wie die die Welt und die gesellschaftlichen Fortschritt bestimmenden Gegensätze, die sich als antagonistisch und widerstreitend und die sich als unaufhebbar und unlösbar erweisen, im Sinne Hegels miteinander versöhnt werden können. Was kann also getan werden, damit die "Menschheit als Gattung ihre Geschichte mit Willen und Bewußtsein macht?" 4) Adorno weist darauf hin, daß der Mensch, "der selber ja Natur ist", aus dem Bann des Fortschritts heraustreten muß. Die Menschen müßten sich der eigenen Naturwüchsigkeit innewerden, müßten der Herrschaft Einhalt gebieten, "die sie über Natur ausübt und durch welche die der Natur sich fortsetzt. Insofern ließe sich sagen, der Fortschritt ereigne sich dort, wo er endet". 5)

Anstelle blinder naturwüchsiger Abhängigkeiten entwickelte Kant den "Begriff der Autonomie, der Selbstverantwortung des vernünftigen Individuums". 6) Während Kant aber einen Sinn der Geschichte nur als Idee entwarf, vermeinte Marx einen verbindlichen Sinn der Geschichte in dem Maße herzustellen, wenn die Menschen sich anschickten, die Geschichte, die sie ja schon immer machten, jetzt auch mit Willen und mit Bewußtsein zu machen. 7) Geschichte ist das Resultat handelnder Subjekte, in die sich die Individuen selbst einbringen. 8) Wenn Menschen schließlich begriffen, daß sie ihre Geschichte immer schon selbst machten,

1) Interessant diese Stelle: "Wenn im Wahnsinn das zentrale, schon in Mythos, Religion und Philosophie bestimmende Motiv der Vernunft auf perversierte Weise fortlebt: nämlich in der Mannigfaltigkeit der gestaltlosen Erscheinungen die Einheit und den Zusammenhang einer Welt zu stiften; dann sind die Wissenschaften, die in einer prinzipiell weltlosen Flut der Erscheinungen empirisch Gleichförmiges dem Zufall entringen, von Wahnsinn positivistisch gereinigt. Sie muß regeln, aber keinen Wahnsinn mehr; und der Wahnsinn muß der Regelung deshalb entbehren. Vernunft wäre nur in beiden zumal, so aber fällt sie mitten hindurch. Entsprechend ist auch die Gefahr einer ausschließlich technischen Zivilisation, die des Zusammenhangs der Theorie mit Praxis enträt, deutlich zu fassen: ihr droht die Spaltung des Bewußtseins und die Aufspaltung der Menschen in zwei Klassen in Sozialingenieure und Insassen geschlossener Anstalten." Jürgen Habermas, Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung, in ders., Theorie u. Praxis, Ffm 1974, S. 333 f.

2) Vgl. Hans Friedrich Schütt, S. 37

3) Vgl. Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 73

4) Vgl. Jürgen Habermas, Zwischen Philosophie und Wissenschaft: Marxismus als Kritik, in: ders., Theorie und Praxis, Ffm 1974, S. 275 f.

5) Theodor W. Adorno, Fortschritt, in: ders., Stichworte. Kritische Modelle 2, Ffm 1978, S. 37

6) Theodor W. Adorno, Auf die Frage: Was ist deutsch, in: ebd., S. 103

7) Vgl. Jürgen Habermas, Zwischen Philosophie..., S. 276

8) Vgl. Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 66

so könnte es ihnen allerdings, in ihrer Eigenschaft als Handelnde, nur in Rückerkennung bewußt werden. Das Material der Geschichte entstammt lebensgeschichtlichen Erinnerungen, schriftlichen Überlieferungen und nachgebliebenen Werken menschlicher Arbeit. Die sich im Rahmen menschlicher Geschichte ausbildende Identität der Einzelnen wird durch eigene Kraft erworben und ist nicht länger zuschreibbar 3). Sie gestattet eine "Identifikation mit dem Vertrauten".4)

Die Kenntnis der Geschichte trägt insofern zur Emanzipation bei, als Menschen versuchten, ihre heutige Position im historischen Prozeß zu finden und aus ihr heraus ihre Vorstellungen über gesellschaftliche Möglichkeiten zu entwickeln, wie auch ihre Defizite daran zu messen. 5) Ein Mythos ist dort zu orten - die schulische Sozialisation vermittelt diesen ja gerne 6) -, wo Geschichte als letzter Grund für alle Erscheinungen menschlichen Daseins erhalten soll. Es mag in früheren Menschheitsphasen mythische Weltbilder gegeben haben, die in praktischer Hinsicht wirkten und damit das rationale Erklärungsmuster zum damaligen Weltgeschehen geliefert haben. Doch heute entziehen sich diese modernen Rationalitätskriterien. Dennoch sollten wir vorsichtig sein: eine mythisch bestimmte Heilsgeschichte kann als eingesetzte Ideologie auch heute noch politisches Handeln auslösen oder bestimmte Zielsetzungen herrschender Politik sanktionieren. Vor allem totalitäre Regimes nutzten dieses Vehikel gerne für ihre zweifelhaften Ziele. 7)

Die Menschheit steckt heute in einer Phase evolutionärer Beschleunigung, in der nicht abzusehen ist, wie sich die die Moderne bestimmenden wirtschaftlichen und technischen Innovationen im privaten Produktionsbereich sowie in den staatlichen Bürokratien hinsichtlich der administrativen Differenzierung und Regelungsdichte auswirken 8) und wie diese auf die reproduktionssichernden Sozialisationsbereiche zurückschlagen. Angesichts der nicht bewußt gewollten Eigendynamik, die dem kapitalistischen System innewohnt und die sich jeder Kontrolle und Steuerung entzieht, ist zu fragen, wie sich das durch die "Entfremdung gebrochene Wesen des Menschen" - vor dem Hintergrund gegenseitiger Bedrohung und des "jederzeit möglichen Losschlagens zweier waffenstarrer atomarer Blöcke" - eine Grundlage verschaffen kann, die nicht Knechtung, nicht Vernichtung, nicht Zentrum, sondern Freiheit, Selbstverwirklichung, Peripherie bzw. Region heißt. Es müßten dazu von der bisherigen Praxis bürgerlichen Lebens grundverschiedene Lösungen entworfen werden, die sich aber auch von dem im autoritären Sozialismus absetzen. 9)

Die rationale Durchdringung und die wachsende technische Verfügung über die entmythologisierte äußere Natur werden am Ende mit der unterdrückten inneren Natur der Menschen bezahlt. Die Subjekte verkümmern. Eine "wildgewordene Systemtheorie" jedoch, die die Strukturen der Lebenswelt nicht angemessen berücksichtigt, wie Habermas meint, wird selber Opfer der Dialektik der Steigerung von Systemkomplexität. Im gleichen Maße, wie ihre Imperative das Leben einer Gesellschaft evolutionär entfaltet, tötet sie es auch wieder ab. 1)

3) Vgl. Dieter Löcherbach, Nation und kollektive Identität, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 2, S. 195

4) Theodor W. Adorno, Auf die Frage..., S. 107

5) Vgl. Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 71

6) Jochen Blaschke, S. 170

7) Vgl. Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 72

8) Vgl. ebd., S. 55

9) Vgl. Peter Jirak, Zukunft als Provinz, in: Frankfurter Hefte, (1978), H. 4. S. 108

1) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 115

Die Weltgesellschaft als Gesamtsystem ist für sich allein betrachtet nicht wahrheitsfähig. Sie bleibt an ihre Gesamtumwelt, an ihre urwüchsige Natur und an die in ihrer Lebenswelt eingebetteten Menschen gebunden. Einen Sinn oder eine Absicht kann von niemand in ihr hinterfragt werden. Die Systemtheorie ist zwar geeignet, vor allem wenn sie nicht auf einem geschlossenen, sondern offenen System beruht, für uns wichtige Erklärungsmuster zu liefern oder gesellschaftliche Widersprüche erkennbar werden zu lassen. Sie ist aber nicht in der Lage, aufgeworfenen Probleme oder durch sie verursachte Krisen aus ihr selbst heraus zu lösen. Vielmehr ist von einer Weltoffenheit auszugehen, die mehrere Möglichkeiten zulässt.

A. Integration und Weltgesellschaft

Eine Theorie der gesellschaftlichen Evolution, die die in ihr auftretenden innovativen Schübe erklären möchte, stützt sich auf drei Annahmen: Erstens auf die Logik möglicher Entwicklungen der Dimensionen Produktivkräfte, Steuerungskapazitäten, Interaktionsstrukturen und Weltbilder; zweitens auf jene Mechanismen und Randbedingungen, die es im nachhinein gestatten, tatsächlich eintretende Entwicklungen erklären zu können; drittens auf Aussagen über krisenerzeugende Disproportionalitäten zwischen Entwicklungen der verschiedenen Dimensionen, die teils innovativ, teils unproduktiv verarbeitet werden. 1)

Übrig bleibt ein Substrat auf soziokultureller Ebene, das einerseits allgemeine Systemeigenschaften, andererseits besondere Konstituenten aufweist. Erfahrungswissenschaftlich kulturelle Universalien wie Sprache, Arbeit, Interaktionen und Deutungssysteme lassen sich anthropologisch und entwicklungspsychologisch gesehen als Sprachkompetenz, kognitive Kompetenz und Rollenkompetenz analysieren. Funktionalistische Theorien, die die gesellschaftliche Entwicklung erklären wollen, sind deswegen unzureichend, weil auf jeder soziokulturellen Stufe der Evolution die allgemeinen Systemeigenschaften durch besondere Konstituenten eingeschränkt werden. 2)

Die soziokulturellen Systeme, die über das Medium umgangssprachlicher Kommunikation, d. h. über die wahrheitsfähigen Äußerungen vergesellschafteter Individuen gesteuert werden 3), unterscheiden sich wesentlich von Maschinen, Organismen oder kybernetischen Regelkreisen. 4) Die Einheit der Welt, die Einheit der Geschichte bahnt sich nicht allein unter dem Aspekt wachsender Interdependenzen und erweiterter Steuerungskapazitäten an. 5)

Unter horizontaler Integration wird vor allem die Eliminierung der Gewaltanwendung zwischen territorial definierten Teileinheiten von Staatsbevölkerungen verstanden. Ein solches Gebilde ist in dem Sinne als politische Gemeinschaft zu bezeichnen wie "Gewaltanwendung zwischen territorial definierbaren Teileinheiten prinzipiell tabuiert, gegenüber anderen politischen Gemeinschaften dagegen prinzipiell legitimiert ist". 6) Die Mitglieder der Gewaltverzichtungsgruppe oder der Friedensgemeinschaft fühlen sich untereinander solidarisch. Wenn hingegen die politische Gemeinschaft eine eigene politische Organisation besitzt, den souveränen Staat also, dann liegt hier der Typus des Nationalstaates vor, also die Institution des Staates als Kristallisationspunkt politischer Loyalität und Identifikation. 7)

Loyalität und Identifikation betreffen aber nicht unbedingt die Repräsentanten des Staates. Die Frage der vertikalen Integration wirft auch die Problematik der sozialen Schichten und Klassen auf. Es bestehen möglicherweise scharfe soziale Gegensätze und die sozialen und materiellen Kämpfe um bessere Positionen können gewaltsam ausgetragen werden, ja es finden sogar Revolutionen statt, ohne daß der Staat an sich als Territorium oder Institution gefährdet ist. 8)

1) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt..., S. 397

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Jürgen Habermas, Einleitung zur Neuausgabe. Über die Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln, in: ders, Theorie und Praxis, Ffm 1974, S. 19

5) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt..., S. 397

6) Vgl. Dieter Fröhlich, S. 473

7) Vgl. ebd.

8) Vgl. ebd.

Es gibt jedoch eine spezielle Variante mangelnder vertikaler Integration, die für den territorialen Bestand eines Staates unter Umständen Folgen haben kann. Diese Variante, die gleichermaßen Regionalbewegungen und nationale Befreiungsbewegungen betrifft, charakterisiert Fröhlich folgendermaßen: "Wenn die soziale Oberschicht und die politischen Eliten mit einem territorial definierbaren Bevölkerungsteil identifizierbar sind, z. B. mit einer sprachlichen, rassischen, ethnischen oder religiösen Gruppe, (...) besteht die Gefahr einer Verbindung von sozialem und territorialem Konflikt. Es entsteht die Situation drohender Sezession, in der entfremdete Gruppen die Forderung nach eigenem Territorium und eigener politischer Organisation erheben." 1)

Die Integrationstheoretiker glaubten anhand der funktionalistischen Interpretation organisatorischer Abläufe daran, daß eine Automatik und Zwangsläufigkeit im weltweiten Einigungsprozeß erkennbar ist. Es erwies sich jedoch im Lichte des Dekolonialisierungsprozesses, daß das europäische Modell für die Bedingungen der Dritten Welt untauglich ist. Um aus der Stagnation der Integrationstheorien herauszukommen, sollten vielmehr Umweltelemente und die Variablenvielfalt innerhalb ihrer Wechselbeziehung berücksichtigt werden. 2)

Damit wird allerdings der Begriff "Integration" überfordert. Er bedeutet zuviel auf einmal. Er soll die Sektoren, auf denen diese Vorgänge stattfinden, ebenso erfassen wie die Wertvorstellungen und Verhaltensweisen der Teilnehmer. Transaktionen und Kommunikationen sind genauso wichtig wie die Rolle wie Institutionen. Die Beziehungen zwischen Menschen und Gruppen sollen mit Hilfe dieses Konzeptes ebenso erklärt werden wie die unterschiedlichen Entwicklungen von Staaten. 3)

Auf die Blickrichtung gesellschaftlicher Entwicklung verengt, die von der Verdichtung, des Zusammenwachsens und der schrittweisen Verklammerung ursprünglich getrennter verschiedener Einheiten ausgeht, erweckt das Integrationstheorem den Anschein, als sei "Desintegration nur eine vorübergehende kaum legitime Entwicklung, eine Abweichung, die höchstens als Pause, als Innehalten Beachtung und Duldung verdient". 4) Für Winfried Lang sind hingegen die Prozesse der Integration und der Desintegration Phasen ein und desselben Vorgangs, "denen nur im Lichte der Wertvorstellung des Betrachters eine unterschiedliche Gewichtung zukommt". 5) Seiner Auffassung nach ist eine regionalen Prozessen betrachtende Theorie geeigneter, ein "ausgewogenes Bild" gesellschaftlicher Entwicklungen von Räumen zu vermitteln. 6)

Auf die Frage, ob die bisherige bürgerliche oder nationale Identität ohne weiteres um eine weltbürgerliche erweitert werden kann, antwortet Habermas, daß die Menschheit im Ganzen ein Abstraktum bleibt. Sie kann nicht wie Stämme oder Staaten eine Identität ausbilden, denn diese wird nur an etwas anderem, am Fremden erkennbar. Das ist für die Menschheit im Ganzen nicht möglich, es sei denn, sie schlosse sich gegen eine andere Populationen im Weltraum zu einer partikularen Einheit zusammen. 7)

1) Dieter Fröhlich, S. 473

2) Vgl. Winfried Lang, S. 1 f.

3) Ebd., S. 4

4) Vgl. ebd, S. 4 f.

5) Vgl. ebd., S. 5

6) Vgl. ebd.

7) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 96

Anders beim Individuum: Wenn Gruppenidentitäten nicht mehr über Familie, Stadt, Region, Nation oder Staat als Privileg gerechtfertigt werden, wenn Menschen angesichts der Akzeptanz universalistischer Werte andere Individuen nicht länger als Fremde anzusehen sind, da sie anderen Gruppen nicht mehr zugehören, dann erst kann von einem Status eines Weltbürgers gesprochen werden. Der eine ist für den anderen Bürger beides in einem: "absolut verschieden, Nächster und Fernster in einer Person". 1) Bezogen auf die Identität des Ichs läßt sich das paradoxe Verhältnis so ausdrücken: Das Ich ist als Person mit allen anderen Personen gleich, als Individuum aber von allen anderen Individuen verschieden. Das Ich ist sowohl das absolut Allgemeine als auch das absolut Vereinzelte. 2)

Die neue Identität einer staatenübergreifenden Weltgesellschaft kann sich weder auf ein bestimmtes Territorium beziehen, noch auf eine bestimmte Organisation stützen. Es kann weder eine Staatsangehörigkeit noch eine über Mitgliedschaften geregelte Zugehörigkeit geben. Eine neue kollektive Identität ist eventuell nur noch in reflexiver Gestalt denkbar. Eine Teilnahme müßte im Bewußtsein allgemeiner und gleicher Chancen an solchen Kommunikationsprozessen erfolgen, in denen Identitätsbildung durch einen kontinuierlichen Lernprozeß bewirkt werden kann. 3)

Der auf die politische Gewalt ausgedehnte Universalismus müßte dabei auf einer auf vernünftige Rede begründbaren kommunikativen Ethik beruhen. Sie müßte weltbildfrei sein und alle ideologischen, nur dem Scheine nach allgemeinen Legitimationen in Frage stellen. Sie müßte alle faktischen Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse unter Begründungszwang setzen. 4) Habermas: "Nur eine universalistische Moral, die allgemeine Normen (und verallgemeinerungsfähige Interessen) als vernünftig auszeichnet, kann mit guten Gründen verteidigt werden, und nur der Begriff einer Ich-Identität, die zugleich Freiheit und Individuierung des einzelnen in komplexen Rollensystemen sichert, kann heute eine zustimmungsfähige Orientierung für Bildungsprozesse angeben." 5)

Im Rahmen der Weltgesellschaft kann es keine partikularen Zwischenstufen, Wertsysteme oder Normen geben. Nur allgemeine Normen sind vernünftig. Sie sichern die Reziprozität der Rechte und Pflichten eines jeden gegenüber jedem. Wird diese interaktive Reziprozität zum Prinzip erhoben, dann kann das Ich sich nicht länger mit partikularen Rollen oder vorgefundenen Normen identifizieren. Das Ich muß bei einer Überprüfung damit rechnen, daß die ihm eingewöhnten traditionellen Lebensformen sich als partikular und unvernünftig erweisen. 6)

Die identitätsverbürgenden universalen Deutungssysteme, die die Stellung der Menschen in der Welt veranschaulichen sollen, speisen sich aus der kritischen Aneignung von Traditionen. Universelle Weltbilder unterscheiden sich von traditionellen nicht so sehr durch einen weiterreichenden Horizont, sondern durch einen jederzeit revidierbaren Status. 7) Die bisherige kulturelle Überlieferung, die klare Gruppenidentitäten mit naiven Innen-Außen-Differenzie-

1) Vgl. ebd.

2) Vgl. ebd., S. 95

3) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 116

4) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt..., S. 391

5) Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 96

6) Vgl. ebd., S. 95

7) Vgl. ebd., S. 117

rungen zwischen Stammes- oder Staatsangehörigen oder -fremden herzustellen vermochte, kann eine identitätssichernde Totalität, eine ganzheitliche Interpretation der Welt, der Natur und der Geschichte nicht mehr liefern. 1)

Der Umstand, daß Menschen sich in Institutionen nur als allgemeine Personen verkörpern, sich gleichzeitig aber nur als konkrete Individuen, als etwas Vereinzelt betrachten und ohne Gruppenbindung nur sich selbst zum Bezugspunkt haben können, führte bei Thomas Hobbes zu folgender Konsequenz: Im Naturzustand sind die Menschen gezwungen, mangels fehlender Lebensmittel und um des Überlebenswillen, sich nicht nur mit der Natur auseinanderzusetzen, sondern sich auch gegenseitig die aus dem Kampf mit der Natur erworbenen Früchte, die nicht für alle reichen, streitig zu machen. In einem solchen Krieg jeder gegen jeden muß der Mensch den jeweils anderen Menschen als potentiellen Gegner betrachten. Das veranlaßt die Menschen dazu, einen Vertrag untereinander zu schließen und sich dem Willen eines Souveräns zu unterwerfen. Der die staatliche Macht verkörpernde Souverän sorgt innerhalb der Grenzen eines souveränen (National)staates dafür, daß sich die in ihr lebenden Menschen als Untertanen der Gewalt enthalten. Andererseits ergreift der Souverän Maßnahmen, um die im Staat versammelten Untertanen vor äußeren Feinden zu schützen.

Da in der hier geschilderten Konstruktion der Souverän auch nur ein Mensch ist wie jeder andere oder im Fall einer Demokratie mehrere Menschen sich die Macht des Souveräns teilen, ist es denkbar, daß auch ein Souverän in seiner Macht nicht absolut, sondern höchst fehlbar ist. Er ist mit denselben Schwächen behaftet wie alle anderen Menschen auch. Es besteht daher immer wieder die Gefahr des Rückfalls in den Naturzustand. Selbst in der Weltgesellschaft, die ja keine äußeren Feinde mehr kennt und die alle Menschen umfassen, bliebe jener Zustand bestehen, den Habermas einmal als latenten Krieg zwischen Weltbürgern beschrieben hatte. 2)

1) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt..., S. 392

2) Vgl. Jürgen Habermas, Zur Kritik an der Geschichtsphilosophie, in: ders., Kultur und Kritik, Ffm 1973, S. 368

a) Das Weltwirtschaftssystem

Der integrative Zusammenhang der heutigen Weltgesellschaft verdankt sich im wesentlichen dem Verkehr und dem Handel. Die moderne Verkehrstechnik macht die relativ abgeschlossenen regionalen Räume verfügbar und verändert zudem das Zeitgefühl. Denn der Wandel eines nur einzigen Elementes im Raum-Zeit-Gefüge wirkt auf das Ganze. Die immer schnelleren Reisen "vernichten" Zeit und Raum zwischen den Zielorten. Die Räume rücken unmittelbar zusammen, prallen geradezu aufeinander. Im letzten Jahrhundert entstand ein engmaschiges Strecken-, Straßen- und Kommunikationsnetz, das die wesentlichen Landschaften Europas oder gar der Welt zusammenschloß. 1)

Die Entfaltungs- und Emanzipationsmöglichkeiten innerhalb des kapitalistisch gesteuerten internationalen Beziehungssystems beruhen auf Handelsgewinne durch ungleichen Tausch und auf Austausch von Wertäquivalenten. Das verselbständigte kapitalistische System der bürgerlichen Gesellschaft macht an den Grenzen der nationalen Staaten keinen Halt. Es versucht seinen Herrschaftsbereich ständig auszudehnen und imperialistisch alle Winkel der Erde sich untertan zu machen. Der Weltzusammenhang mittels der Tauschäquivalente wird allerdings dadurch erkaufte, daß alle Gegenstände und Beziehungen Nützlichkeitsabwägungen unterzogen werden. Alle Traditionen, alle noch so entfernten und entlegenen Kulturen fallen den integrativen Imperativen des kapitalistischen Systems zum Opfer.

Die kapitalistische Wirtschaftsgesellschaft, die ihre Netze über die ganze Erde spannt, wirkt auflösend auf die unterschiedlichen Sitten und Traditionen der bestehenden Kulturen. Es entsteht die sogenannte Welteinheitskultur, denn zur Verwertung des weltweit eingesetzten Kapitals ist es nämlich zwingend erforderlich, Neuheiten zu entwickeln und Moden zu verbreiten. Allen importierten dem inländischen Markt zugeführten exotischen Waren des Auslands haftet dieses Neue an. 2)

Die durch Verkehrserschließung möglich gewordene Vergleichbarkeit verbindet sich mit der Nivellierung dieser Räume. Traditionelle, eigentümliche und unverwechselbare Lebensgewohnheiten fanden, da unvereinbar, mit der Ausbreitung der industriellen Produktions- und Konsumentengesellschaft ein Ende. Massenhafte, gleichförmige Waren verbreiteten sich ebenso wie die vielfältigen Handelsprodukte aus aller Welt. Diese brachten überall neue Lebensgewohnheiten und Verhaltensweisen mit sich. Das Paradoxe daran ist, daß mit der ununterscheidbaren einheitlichen westlichen Zivilisationskultur gleichzeitig eine derartige Differenzierung und Vielfältigkeit ermöglicht wird, die das zuvor Behauptete nur scheinbar widerlegt.

In einem solchen Prozeß geht die lokale Identität des Produkts in demselben Maße verloren wie Produktions- und Marktorte sich räumlich voneinander entfernen. Die konkret sinnlichen Eigenschaften des Naturprodukts oder der Ware erscheinen dem Käufer am entfernten Markt grundsätzlich anders als am Herstellungsort, wo diese als Resultat natürlichen Wachstums oder alteingewohnter Arbeitsvorgänge zu betrachten sind. Herstellung und Verbrauch von Lebensmitteln sowie die Nutzung von Gebrauchsgegenständen standen vor Beginn des modernen Transportwesens vorwiegend in lokalem Bezug. Erst mit Öffnung der Handels- und Verkehrswege wurde auch die Ware heimatlos. 3)

1) Vgl. Wolfgang Schivelbusch, Geschichte der Eisenbahnreise, Ffm/Berlin/Wien 1979, S. 38

2) Vgl. Ferdinand Tönnies, Die Sitte, Ffm 1909, S. 86

3) Vgl. Wolfgang Schivelbusch, S. 41 f.

Das Schicksal, das die Bewohner der Region mit der Erschließung der Verkehrsmittel erfahren, ist vergleichbar mit jenem "Verlust der Aura", die angestammten Plätzen anhaftet, die einst dem überlieferten "Hier und Jetzt" bestimmter Orte zukam. 1) Durch den überregionalen Waren- und Menschenverkehr wurden die Bewohner aus der Verbundenheit ihrer lokalen Lebenswelt herausgerissen. Problemlos und schnell war die Hauptstadt von der entlegensten Region aus zu erreichen. Für die Provinzbewohner war das Leben in den Zentren verlockend, es fiel ihnen schwer sich dem Sog zu entziehen. Erhöhte Mobilität der Bevölkerung ist die eine, dahinkümmernde strukturgeschwächte Agrar- und Peripherieräume die andere Folge dieser Entwicklung. 2)

Erst die Städte dominierend, erreichten die modernistischen Einflüsse, vermittelt über den Markt, schließlich auch das flache Land. Ihr Vordringen bewirkte, daß die ländliche Bevölkerung ihre alten Sitten, Moden und Traditionen ablegten, die sie als lächerlich nun empfanden. Ferdinand Tönnies bemerkte damals gegenüber der Entwicklung, die Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland begann: "Die billige glänzende Ware imponiert ihm mehr als das altfränkische Stück seines Hausrats, mit den wunderlich schönen Formen. (...) Das großstädtische Muster wird nachgeahmt. Die rasch, mit mechanistischer Technik fabrizierte Ware ist oft unschön und undauerhaft, wie die Mode, der sie entsprungen ist. Die ganze gesellschaftliche Zivilisation hat etwas, was dem künstlerischen Geiste, der ganz in Tradition und Treue beruht, entgegen ist. Sie ist oberflächlich, äußerlich. Dünn, leicht, unecht, uniform und monoton sind ihre Massenprodukte. So wird ein Zeitalter vorherrschender Mode und vorherrschender gesellschaftlicher Zivilisation mächtig gegenüber einem Zeitalter, das hinter ihm liegt." 3)

Die von England ausgehende industrielle Revolution und der damit verbundene Wirtschaftsliberalismus führten im 19. Jahrhundert auch in Deutschland zur Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft und zur Aufhebung des Zunftzwanges für Handwerker. Die allgemeine und individuelle Freizügigkeit, die Aufenthalts- und Niederlassungsfreiheit für das Gewerbe und den Handel, die mit zu den Kernbestimmungen des liberalen Verfassungsstaates im 19. Jahrhundert gehörten, schufen die Voraussetzungen für ein engmaschiges Netz von Handelsniederlassungen und Märkten in aller Welt. Die bürgerliche Gesellschaft erweiterte sich über die Grenzen der Staaten hinweg zu einer internationalen Erwerbsgesellschaft. 4)

Die im internationalen Wirtschaftsprozess erworbenen Tauschgewinne und Mehrwertabschöpfungen, die u. a. auf Ungleichheiten nationaler Tauschverhältnisse beruhen, haben nur dann einen Sinn, wenn diese in den gesellschaftlichen Prozeß zurückgegeben bzw. reinvestiert werden. Da das gesamte kapitalistische System auf Wiederverwertung abgeschöpften Mehrwertes und auf regionale, nationale oder internationale Disparitäten beruhende Tauschgewinne aufbaut, müßte das nationalüberschreitende imperialistische Wirtschaftssystem eigentlich in sich zusammenbrechen, sobald irgend etwas diese Kapitalflüsse stockt. Es muß in diesem System also weiterverwertet und ausgetauscht werden, damit die erarbeiteten Werte und Tauschgewinne nicht verloren gehen, nicht sinnlos verschwendet oder ver-

1) Vgl. Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter der Reproduzierbarkeit, in: ders., Illuminationen, Ffm 1980, S. 139 ff.

2) Vgl. Wolfgang Schivelbusch, S. 42

3) Ferdinand Tönnies, S. 860

4) Vgl. Hartwig Bülick, Das Recht auf Heimat, in: Schriften der Grenzakademie Sankelmark, (1954), H. 9, S. 4 f.

geudet werden. Somit muß der Produktionsprozeß weiterlaufen und damit die Mehrwertabschöpfung an den beteiligten arbeitenden Menschen.

In der harmloseren Variante der Verwertungsschwierigkeiten treten periodische und weltweite Wirtschaftskrisen auf, in denen Werte so lange vernichtet werden, bis durch Abbau von Kapazitäten, Konkursen und Firmenzusammenbrüchen, Freisetzen von Arbeitskräften und anderes mehr die Träger des Kapitals am Ende des Zyklus wieder günstigere Ausgangsbedingungen vorfinden. Diese Wirtschaftskrisen wirken sich in abgeschwächter Form sogar auf das Wirtschaftsgeschehen in den sogenannten sozialistischen Ländern aus.

Als zweiten Ausweg und schlimmere Variante, um zyklische Zusammenbrüche des Systems mit allen nachteiligen Folgen zu vermeiden und eine Weiterverwertung des Kapitals zu ermöglichen, bietet sich die Herstellung unproduktiver Rüstungsgüter an. Die durch den Staat vermittelten überschüssigen Gewinne werden in diesen Produktionsbereich gesteckt, damit die hier entstehenden destruktiven Werte, wenn sie nicht vorher verschrottet, in immer noch wahrscheinlichen Kriegen "verbraucht" werden. Zwar halten sich die hochgerüsteten Machtblöcke durch das atomare Patt in Balance, doch als Ausweg bieten sich immer noch Rüstungsexporte an. Ohne diese wären Kriege in der Dritten Welt oder im Nahost, z. B. zwischen Iran und Irak, nicht möglich.

Die dritte Möglichkeit der Kapitalvernichtung besteht darin, abgeschöpfte Gewinne dem spekulativen Geldmarkt zur Verfügung zu stellen. Das Geld fließt seit einigen Jahren in Form von Krediten vor allem in die Länder der Dritten Welt. Da viele Schuldnerländer nach einiger Zeit nicht mehr ihre Schulden zurückzahlen konnten, war vielfach von einer weltweiten Verschuldungskrise die Rede. Insbesondere die reicheren Schwellenländer wie Brasilien, Mexiko, Argentinien hatten diese verursacht. Die Banken der reichen Industrienationen wiederum konnten es sich nicht leisten, ohne fatale auf sich selbst zurückfallende Wirkungen, Zinsrückstände oder gar Rückzahlungen in voller Höhe der ausgeliehenen Kredite einzufordern. Das hätte Börsenkollapse mit etlichen Bankenzusammenbrüchen und Konkursen nach sich gezogen.

Die Banken waren daher eher bereit, umzuschulden als auf rechtzeitige Rückzahlungen zu bestehen. Im Prinzip hätte ein großer Teil der ausgeliehenen Milliardenbeträge abgeschrieben werden müssen, da einige Länder einfach nicht mehr in der Lage waren, ihre Schulden zurückzuzahlen. Um etwas vom Geld wiederzusehen, wurde vor allem über den Internationalen Währungsfond versucht, in die Politik der verschuldeten Länder massiv einzugreifen. Unter Druck gesetzt mußten sie, um einen Zahlungsaufschub zu erwirken oder um neue Kredite zu erlangen, bestimmte Bedingungen erfüllen, die in der Folge die Politik und Wirtschaftspielraum des Landes stark einengten.

b) Das internationale politische System

Neben dem weltweit agierenden Wirtschaftssystem, das heißt neben die über den Tauschhandel vermittelte Expansion der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die sich über die ganze Welt erstreckt, gibt es einen weiteren international wirkenden Integrationsfaktor, nämlich die Nationalstaatsgrenzen übergreifende und ausweitende staatliche Macht. Diese strebt zum Ganzen, immer Größeren, zur Herrschaft, Unterwerfung und Einflußnahme kontinentaler und interkontinentaler Bereiche, vor allem der sogenannten Dritten Welt. Dieses sich herausbildende internationale Machtsystem wird wiederum von zwei sich gegenseitig in Balance haltenden Machtblöcken beeinflusst mit den zumindest offiziell entgegengesetzten Gesellschaftsauffassungen.

Der eine Machtbereich wird vom sich als liberal verstehenden demokratischen westlichen System beherrscht. Der andere östliche Machtbereich wird von den als totalitär geltenden Ländern des sozialistischen Systems begrenzt. Dazwischen gruppieren sich sogenannte neutrale Staaten und die Länder der Dritten Welt, die jedoch mehr oder weniger einem der beiden konträren Systeme zuneigen oder gar von ihnen abhängen. Neuerdings deuten aber der OPEC-Zusammenschluß und die Existenz von Schwellenländern u. a. darauf hin, daß sich neue Konstellationen in der Weltpolitik herauszubilden, die das west-östliche Machtgleichgewicht umstoßen könnten.

Die in Kriegen sich äußernden Hegemonialbestrebungen und Expansionsgelüste besonders aggressiver Nationalstaaten verursachten im Laufe der Geschichte Ungleichgewichte und Ungleichzeitigkeiten. Die aus dem Ausgang der Konflikte resultierenden Gebietsverluste bzw. -gewinne, die die Verarmung oder Bereicherung ganzer Landstriche verursachten, neben den sowieso natürlichen Landschaftsgegebenheiten, riefen unterschiedliche Entwicklungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art hervor. Im System der gegenseitig abgrenzenden souveränen Staaten bildeten sich wechselnde Herrschafts- und Machtverhältnisse heraus.

Mit der französischen Revolution im Jahre 1789 wurde in Europa allgemein der bürgerlich-liberale Nationalstaat eingeführt. Mit ihr wurden auch die politischen Grundrechte Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zum Allgemeingut. In diesem neuen Staatsgebilde schlossen sich die Privatpersonen als Bürger zur Nation zusammen. Um das Wesen der Weltgesellschaft und des Regionalismus zu erfassen, sind Begriffe wie "Nation" oder "Nationalismus" jedoch wenig geeignet. Mehr im statischen nationalistischen Fahrwasser schwimmend, sind sie nicht in der Lage, konkret die gegenläufigen Tendenzen in Richtung Integration und Differenzierung im Rahmen der weltgesellschaftlichen Entwicklung zu erfassen. Eine Theorie, die nur den Nationalismus oder die Nation zum Maßstab der Integration macht, ist störend und trägt wenig zur positiven und friedlichen Weltentwicklung bei. Nach den leidvollen historischen Erfahrungen in Deutschland und hinsichtlich der Spaltung in zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsauffassungen, ist die Nation für Deutsche nicht mehr das höchste aller Güter. Nationalbewußtsein ist bestenfalls dann tolerierbar, wenn sich ein damit schmückender Träger der europäischen und weltpolitischen Verantwortung bewußt ist. 1)

Die Nation ist kein Wertzustand an sich, sie ist weder naturwüchsig entstanden noch stellt sie die eindeutige Ordnung des Lebens dar. Der nationale Rahmen ist veränderlich und bleibt

1) Vgl. Gerhard Wuthe, Zum Problem sozioökonomischer Bedingtheit der Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1983), H. 20 21, S. 34

an reale Machtkonstellationen gebunden. 1) Es greift zu kurz, die Nation aufgrund objektiver Merkmale wie gemeinsame Sprache und Kultur als Kommunikationsgemeinschaft zu definieren, in der nationale Identitäten ausschließlich auf die Interaktion in einem System komplexer Rollen beruhen. Die Nation in ihrer Entstehung und Entwicklung kann nicht ohne die konstitutive und demokratische Rolle historischer Subjektivität erklärt werden. Ein politisches System, das bestimmte Funktionen und Leistungen zu erfüllen hat, muß nicht notwendig mit einem bestimmten Staatsgebiet übereinstimmen. 2)

Die vier zentralen Selbsterhaltungsaufgaben eines politischen Systems, - infrastrukturelle Erschließung des Staatsgebiets, Identitätsfindung, Partizipation und Distribution 3) - lassen sich auch auf internationale politische Systeme oder auf unterhalb der Nation angesiedelte dezentrale, föderale oder plurale Staatsmodelle anwenden. Der Begriff des Politischen fällt nicht unbedingt mit zentralen Staatsinstitutionen zusammen. Das Handeln der im Staat lebenden Menschen wird vielmehr von der gesellschaftlichen Selbstorganisation und von allgemeinen Willensbildungsprozessen und Entscheidungsregeln bestimmt. 4)

Mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise entstand ein von Traditionen entbundenes nach allgemeinen strategischen Normen geregeltes bürgerliches Privatrechtssystem. 5) Die Etablierung des Welthandels spannte ein immer dichter werdendes über die Staatsgrenzen hinausgehendes Interaktionsnetz aus. Mit der Entwicklung der Verkehrs- und Nachrichtentechniken und mit zunehmender wirtschaftlicher und technologischer Verflechtung beschleunigte sich der internationale Vergesellschaftungsprozeß. An der Struktur der Zwischenstaatlichkeit änderte sich jedoch nichts. Habermas stellte dazu fest: "In dem neuen Horizont der Weltgesellschaft, den das globale Netz der Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen hat, sind neue überstaatliche Organisationsformen mit quasistaatlichen Kompetenzen nicht entstanden." 6)

Heute sprechen viele Indikatoren dafür, daß die Einheit der Welt Realität geworden ist. Aber diese Einheit im geschichtlichen Prozeß war nicht von Beginn an durch den Bildungsprozeß des "sich selber erzeugendes Subjektes" verbürgt. Die Entwicklung der antagonistischen Weltgesellschaft folgt eher dem Muster hierarchischer und ausdifferenzierter Grundstrukturen. 7) Die wachsende Komplexität des gesellschaftlichen Systems verlangt die stetige Erweiterung von Steuerungskapazitäten. Das Kommunikationsnetz wird dadurch intensiviert und ausgedehnt. Am Ende soll die Etablierung der Weltgesellschaft stehen, in der lokales Geschichtsbewußtsein und kulturelle Sonderentwicklungen in einem global vereinheitlichten Informationszusammenhang vermittelt werden. 8)

Aus der bisherigen Inexistenz eines Weltstaates muß nicht auf das Fortbestehen einzelstaatlicher Souveränitäten geschlossen werden. Drei Faktoren schränken bereits den Handlungs-

1) Vgl. M. Rainer Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus in der Welt von heute, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 8, S. 13

2) Vgl. Dieter Löcherbach, S. 189

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Udo Bermbach, Defizite marxistischer Politik-Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 1, S. 13

5) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt..., S. 391

6) Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 109

7) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt..., S. 396

8) Vgl. ebd.

spielraum von Einzelstaaten ein: Da ist einmal die fortschreitende Entwicklung der Waffentechnik, die die großen Weltmächte um des Überlebens willen zwingt, Kriege untereinander zu vermeiden. Zweitens nutzen die über die Nationalstaaten hinwegziehenden internationalen Konzerne weltweit die Verfügung von Kapital und Arbeitskraft. Drittens formiert sich als moralische Instanz, als waches Gewissen, eine Fraktion in der Weltöffentlichkeit, deren Linie quer durch die Staaten des östlichen oder westlichen Systems verläuft. Es sei beispielsweise an die einhellige Verurteilung des Engagements der US-Amerikaner in Vietnam und in Nicaragua erinnert. 1) Zusätzlich kommen in neuerer Zeit ökologische Probleme wie Waldsterben und Meeresverschmutzung hinzu, um einige Probleme zu nennen, die nur im übernationalen Rahmen gelöst werden können.

Gegen die im Privatverkehr zugelassenen Grundsätze einer universalistischen Moral kann sich auf Dauer weder die Organisation der Staatsgewalt noch der zwischen den Nationalstaaten fortdauernde Naturzustand behaupten. 2) Optimistisch fügt Habermas hinzu: "Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die Eliminierung des Krieges als eines der legitimen Mittel der Konfliktlösung, daß die Beseitigung von Massenarmut und Disparitäten der wirtschaftlichen Entwicklung zu den internationalen Überlebensimperativen fortgeschrittener Gesellschaftssysteme entweder schon gehören oder alsbald gehören werden. Auch wenn diese Systeme vorerst keine hinreichenden Motive für die Lösung solcher globalen Probleme hervorbringen, ist doch zu sehen, daß eine Problemlösung kaum möglich sein wird, ohne die Durchsetzung bisher nur privat angesehener Normen in öffentlichen Bereichen." 3)

Die internationalen Wirtschafts- und Machtstrukturen sind inzwischen so miteinander verzahnt, daß sich zumindest im öffentlichen Bewußtsein die Erkenntnis durchsetzte, daß angesichts der weitreichenden Folgen es nicht gleich sein kann, ob wie in Goethes Zeiten "hinten, weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen". Spätestens seit dem israelischen-ägyptischen Yom-Kippur-Krieg im Jahre 1972 ist - bezogen auf die anschließend erfolgte, verteuerte Erdölversorgung - wurde dem Bundesbürger bewußt, wie anfällig das Wirtschaftsgefüge der Bundesrepublik gegenüber internationalen Einflüssen geworden ist. Gegenseitige wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten, verschärft durch die intensiver werdende internationale Arbeitsteilung, bedingte ein abgestimmtes und einwandfreies Funktionieren der Weltwirtschaft. 4) Es ist tatsächlich, wie Carl Friedrich Weizsäcker es einmal formulierte, eine Art "Weltinnenpolitik" fällig geworden. 5)

Der Mensch lebt auf dem "Raumschiff Erde", das nur mit begrenzten Ressourcen an Bodenschätzen und natürlichen Rohstoffen ausgestattet ist, dessen Regenerierung und Beanspruchung durch Schadstoffe und menschliche Eingriffe nicht ins Unendliche ausgedehnt werden kann. Die menschlichen Lebensgrundlagen würden sonst, wenn nicht mutwillig, so doch unvorsichtig das ökologische Gleichgewicht der Natur gefährden. Die freiwerdende Radioaktivität nach Atombombenversuchen oder nach Kernreaktorunfällen, die vermehrte Verschmut-

1) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 109 f.

2) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt..., S. 391

3) Jürgen Habermas, Machtkampf und Humanität, in: ders., Kultur und Kritik, Ffm 1973, S. 374

4) Vgl. Emil Küng, Die großräumigen Zusammenschlüsse und die entgegengesetzten Entwicklungen, in: Universitas, 36. Jg. (1981), H. 4, S. 405

5) Vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker, Bedingungen des Friedens, in: ders., Der bedrohte Frieden, München/Wien 1981, S. 131

zung der Gewässer und der Luft, der saure Regen, der in den letzten Jahren zum Waldsterben beitrug, erfordern internationale Regelungen zu ihrer Beseitigung oder Eindämmung, denn ihr Auftreten macht an keiner Landesgrenze halt. Noch in den entlegendsten Gebieten der Erde gibt es Leidtragende dieser Entwicklung. 1)

Viele Probleme und Aufgaben, man denke nur an die weltweiten Forderungen zur Rüstungsbeschränkung oder gar Abbau militärischer Waffensysteme, an die Schonung der nichtvermehrbaren Ressourcen, an den Schutz und die Erhaltung bedrohter Tier- und Pflanzenarten, lassen sich nur im Weltmaßstab lösen und fordern geradezu eine großräumige und weltweite Politik heraus. Emil Küng meint, "daß die Optimierung der nationalen Subsysteme in zahlreichen Fällen nicht genügt, um Lösungen herbeizuführen, die vom Standpunkt des Gesamtsystems optimal sind. Eine Erneuerung der Politik in Richtung einer Optimierung der Gesamtsysteme erfordert deshalb in diesen Fällen eine gewisse Abtretung von Souveränitätsrechten an übergeordnete Organe oder zumindest den Abschluß von Verträgen, in denen die Partner sich verpflichten, von einem Mißbrauch derjenigen Befugnisse abzusehen, die ihnen bisher zustanden." 2)

Daraus folgt, daß der ungesteuerte anarchistische Wildwuchs der kapitalistischen Expansion und dem kleinlich staatlichen "Kirchturmdenken" Schranken angelegt werden muß. Vielleicht vermögen eines Tages doch die Institutionen der Europäischen Gemeinschaft oder gar der UNO, allmählich jene Aufgaben zu übernehmen, die bisher den Nationalstaaten vorbehalten waren und sei es nur zum Ziel, daß die Menschen sich, im möglichen Rahmen, selbstbestimmt und autonom in überschaubaren, regional und räumlich definierten Lebenswelten entfalten oder verwirklichen können, anstatt daß ihnen immer nur Schranken angelegt oder sie gar entmündigt werden.

1) Vgl. Emil Küng, S. 405 f.

2) Ebd., S. 408

B. Differenzierung und Regionalismus

Mit den integrationsfördernden Auswirkungen der Modernisierungsprozesse geht komplementär eine "Differenzierung" einher, die in der heutigen Gesellschaft eine ungeheure Vielfältigkeit menschlichen Tuns und Handelns hervorgerufen hat. Differenzierung soll hier heißen, daß seit etwa zwei Jahrhunderten mit fortschreitender gesellschaftlicher Entwicklung vielfältige individualisierende Prozesse ausgelöst wurden, die das bestehende alte Sozialgefüge zugleich auflösten und umbildeten. Diese Umstrukturierungen, die aus dem "System der Gemeinschaften" eine alle Menschen isolierende "Gesellschaft" hervorgebracht, können, im negativen Sinne, als Desintegrationserscheinungen gedeutet werden. 1)

Der Prozeß der Ausdifferenzierung ursprünglich segmentärer Gesellschaften betrifft sowohl die Beziehungen der sich neu konstituierenden Teilsysteme untereinander als auch die zu anderen Außensystemen. Parallel dazu verläuft der Prozeß der internen Differenzierung. Die neu entstandenen Teilsysteme spalten sich dabei in weitere soziale Teilzusammenhänge auf. 2) Deshalb muß zwischen horizontaler und vertikaler Differenzierung unterschieden werden.

Vertikale Differenzierung heißt, daß durch die fortschreitende soziale Arbeitsteilung die Subsistenzwirtschaft allmählich abgelöst und ersetzt wird durch die Produktion für einen unbekannt Markt. Soziale Funktionen werden dadurch differenzierter wahrgenommen und diesen werden bestimmte Personen oder Institutionen zugeordnet. Es entstehen neue soziale Schichten und eine Vielzahl von Berufen. Das bisherige einheitliche Werte- und Normensystem löst sich zugunsten eines berufs- und schichtspezifischen Normen- und Wertpluralismus auf. Gleichzeitig schieben sich zwischen den Gesellschaftsmitgliedern vertikale Kommunikationsbarrieren ein. 3)

Bestehen segmentäre Gesellschaften noch aus relativ unverbundenen autarken Einheiten, so treten diese jetzt im Zuge horizontaler Differenzierung insofern in einen funktionalen Zusammenhang, als Teilgesellschaften zum größeren Ganzen, auf politische Einheiten bezogen, in der Regel zu Nationalstaaten zusammengefaßt wurden. Zur Bestandserhaltung müssen sich diese wiederum notwendig gegen andere Nationalstaaten abgrenzen. Dieser integrative Prozeß der Nationenbildung geht jedoch, historisch gesehen, nicht schmerzlos vonstatten, zumal die empirischen Grenzen dieser oft künstlichen mit Macht zusammengehaltenen Gebilde nur selten dem Selbstverständnis und den Zielen der in ihnen wohnenden Volksgruppen entsprechen. Nicht zuletzt darin ist die Ursache für die Wiederbelebung europäischer Regionalbewegungen zu suchen.

Traditionelle segmentäre Gesellschaften werden dabei mittels vertikaler und horizontaler Differenzierung im Zuge der evolutionären Gesellschaftsentwicklung zugunsten von gegliederten und aufeinanderbezogenen funktionalen Gesellschaften abgelöst. Dennoch schließt die funktionale Differenzierung auch eine segmentäre Differenzierung in gleichen Teileinheiten nicht aus, diese lassen sich vielmehr miteinander kombinieren. Allerdings werden dabei

1) Vgl. Gerhard Wurzbacher, Der Übergang zur personen- und organisationsbestimmten Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1954, S. 283

2) Vgl. Karl Otto Hondrich, Sozialer Wandel als Differenzierung, in: ders. (Hrsg.), Soziale Differenzierung, Ffm/NY 1982

3) Vgl. Dieter Fröhlich, S. 476

die Teileinheiten in untergeordnete Stellungen verwiesen und müssen zudem noch funktional gerechtfertigt werden.

Luhmann sieht in regionaler Hinsicht mit vorherrschender funktionaler Differenzierung eine segmentäre Primärdifferenzierung sozialer Realitäten in der Mehrzahl gleicher Regionalgesellschaften als unhaltbar an. Als Interaktionssubstrat behält zwar die Region oder der Raum trotz aller technischen Errungenschaften seine Bedeutung, ob jedoch die räumliche Größe ohne Gesellschaftsgrenzen weiterhin das primäre Differenzierungsschema sozialer Realität und damit Grenzprinzip der Gesellschaft sein kann, bleibt für ihn fraglich. 1)

Dem Prozeß struktureller Differenzierung, von einfachen zu komplexeren Gesellschaften, entspricht ein ähnlicher Vorgang bei Individuen. In der arbeitsteiligen hochkomplexen Gesellschaft ist das Individuum mit den übrigen Mitgliedern nur mittelbar verbunden. Die Grenzen und der Umfang der Gesellschaft sind für ihn nicht direkt einsichtig, überschaubar oder erlebbar, es tritt der Zustand der Entfremdung ein. 2) Zur funktionierenden "komplexen Persönlichkeit" bedarf es daher einer psychologischen Mobilisierung, die das Individuum zur Aufnahme neuer Ideen und Werte befähigt. Er muß sich eine eigene Meinung aneignen und auch abstraktere Probleme behandeln können. Da die bisherigen traditionellen Werte und Anschauungen personaler Identität infragegestellt werden, ist das Individuum zur Neudefinition seines Selbst und seiner sozialen Situation gezwungen. 3)

Wenn universale Systeme oder globale Strukturen zum Ziel menschlicher Entwicklung erhoben werden, dann müssen sie auch die für die Sozialisation der Menschen wichtigen alten Lebensweltstrukturen ersetzen können. In seiner Identitätsentwicklung muß aus einem voraufgegangenen Sozialisationsprozeß das Individuum bereits so reif sein, daß er sich, an bestimmte Lebensformen partikularer Gesellschaften nicht mehr gebunden, frei und bruchlos innerhalb der universellen Weltgesellschaft bewegen kann. Das setzt wiederum voraus, daß diese so pluralistisch und demokratisch strukturiert ist, daß das Individuum sich in ihr frei für bestimmte Lebensformen entscheiden kann, für eine Lebensform, von der er meint, daß diese für seine Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung besonders wichtig wäre.

Die mit der modernen Entwicklung verbundene Einheit und Vielfalt der Welt hat für den Regionalismusgedanken erhebliche Konsequenzen. Denn wenn der Regionalismus mit dem Universalismus der Weltgesellschaft vereinbar sein soll, dann kann dieser nicht anders als auf kulturpluralistischer Grundlage beruhen. Nur auf Basis einer Verfassung, die auf einer universalistischen Gesellschaft beruht, lassen sich die Restbestände eigenständiger regionaler Kulturen und Traditionen vor den zerstörerischen Einflüssen der universal wirkenden imperativen Modernisierung schützen und bewahren. Dasselbe gilt für alle überlieferten Kulturgüter, die sichtbarer Ausdruck jahrhundertelanger wertschaffender Arbeit sind. In der Beurteilung stehen sie allerdings für sich alleine da und müssen nicht unbedingt den uns gewohnten westlichen Rationalitäts- und Beurteilungskriterien entsprechen. Aber auch westliche Maßstäbe können durchaus partikular sein und müssen nicht unbedingt mit den universalen moralischen oder ästhetischen Maßstäben einer möglichen Weltgesellschaft übereinstimmen.

Vielleicht lassen sich eines Tages allgemeine und universelle Kriterien entwickeln und durchsetzen, die für jeden von uns, die für alle Menschen gelten und an denen auch vergangene

1) Vgl. Niklas Luhmann, S. 60 f.

2) Vgl. Dieter Fröhlich, S. 476 ff.

3) Vgl. ebd., S. 477

Gesellschaftsformationen beurteilt und gemessen werden können. Dennoch sind der Durchsetzung allgemeiner und universaler Normen und Wertemaßstäbe, insbesondere was die sogenannte Letztbegründbarkeit und die daraus resultierende absolute Wahrheitsfähigkeit angeht, Grenzen gesetzt. Denn die beanspruchte Geltung beruht auf einem intersubjektiv geteilten Konsens. Die Utopie einer pluralistischen Weltgesellschaft 1) sollte zudem in der Lage sein, ein friedliches Zusammenleben der Menschen untereinander zu ermöglichen. Und in ihr sollten auch Meinungen andersartiger Minderheitsgruppen toleriert werden, auch wenn sie unseren westlichen Wertmaßstäben diametral entgegengesetzt sind. In Gegensatz zu den partikularen Systemen liegt dem universalistischen System kein geschlossenes Weltbild zugrunde.

1) Vgl. dazu Johan Galtung, Pluralismus und die Zukunft der menschlichen Gesellschaft, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Ffm 1971, S. 164 ff.

a) Regionalismus und soziale Bewegungen

Die Beschäftigung mit der konkreten Region, mit allen Einzelheiten, die in ihr enthalten sind, darf nicht den Blick für das Allgemeine, für das Zusammenhängende aus den Augen verlieren. Eine Analyse regionalen Geschehens oder regionaler Gegenbewegungen, entsprechendes gilt auch für ethnischen Minderheiten auf nationaler oder internationaler Ebene, sollte folgendes berücksichtigen: Nur in ihrer Erscheinungsform, vor Ort also, in der konkreten Region, lassen sich Voraussetzungen, Ansätze und Verlaufsformen strukturverändernder Prozesse in ihrem Wesen nach erkennen.

Die allgemeinen evolutionären Prozesse der Integration und Differenzierung wirken sich in ihrer konkreten Ausprägung unterschiedlich aus. Nur vor Ort können die auf die Region einwirkenden Faktoren in ihrer Gewichtung sichtbar gemacht, also auch retardierende oder beschleunigende Momente festgestellt werden. Nur so lassen sich in einer von Mensch und Natur geprägten Landschaft die traditionellen, aber auch modernistischen Elemente begreifen, die für die Ausformung gesellschaftlicher Strukturen wie Klassen, Schichten usw. eine Rolle spielen. So wie am konkreten Ort das Vereinzelte, das Besondere sichtbar wird und diese von daher Rückschlüsse auf ein Allgemeines ermöglichen, lassen sich allgemeine Sätze wiederum nur überprüfen, wenn der konkrete Ort aufgesucht wird, in dem das Allgemeine sichtbar wird.

In diesem Sinne ist es die Aufgabe der Regionalforschung, Wirkungszusammenhänge unverwechselbarer regionaler Strukturen und landschaftlicher Ausformungen zu analysieren. Die Regionalanalyse muß etwas über die territoriale Identität, etwas über die Besonderheiten menschlichen Zusammenlebens in einem begrenzten räumlichen Lebensraum aussagen können. Die Wirksamkeit und die Folgen einer Regionalplanung muß ebenso ins Kalkül gezogen werden wie die allgemeinen Auswirkungen wirtschaftlichen und sozialen Wandels. Weiter sollte auch dem Drängen und Forderungen politischer Alternativen gegenüber herkömmlichen politischen Entscheidungsstrukturen, also hinsichtlich ihrer dezentralen, selbstbestimmten und demokratischen Kriterien nachgegangen werden.

Die Inbeziehungssetzung von "Differenzierung" mit "Regionalisierung" besagt nicht, daß die Gesellschaft nun zum Alten und Einfachen hintendiert, sich wieder zu alten erstarrten Lebensformen zurückentwickelt. Es hieße in der Konsequenz nur, sich in einer Unwirtlichkeit einer Lebensweise zu begeben, die dem "Mängelwesen" Mensch mit seiner minderen Organ Ausstattung 1) auch nicht die geringste Lebenschance ließe. Differenzierte Lebensformen und Gesellschaftsstrukturen sind mit den undifferenzierten und verfestigten Traditionsbeständen von älteren oder primitiven Lebensgemeinschaften unvereinbar, da diese nicht mehr die für die Individuen wichtigen und notwendigen Entfaltungsmöglichkeiten und Spielräume erlauben.

Tönnies hat die mit dem Prozeß der Modernisierung einhergehende gegenläufige Entwicklung bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet. Er sah es als typisch an, daß rückwärtsgewandte Bewegungen mit Formeln wie "Zurück zur Natur" oder "Zurück zu den alten Lebensformen und einfachem Leben" Verlorengegangenes wenn nicht wiedergewinnen, so doch nachhaltig beschwören wollten. Der modernistisch geprägten Zivilisation seien noch Reste der "bäuerlich-bürgerlichen" und "geistig-adligen" Kultur verblieben, die nun gepriesen und idealisiert werden: "Antik wird modern. Man sehnt sich zurück zur Natur, (...)

1) Vgl. Arnold Gehlen, Der Mensch, Wiesbaden 1978

preist und pflegt alte Lebensformen, alte Sitten, findet an der Religion wieder Geschmack, entdeckt im Einfachen, Hausbackenen echten Stil, kunstgerechte Formen. Dies wiederholt sich von Zeit zu Zeit in rhythmischen Stößen. Industrie nutzt diese Mode aus wie andre. Der Geist der Gesellschaft bleibt derselbe. Er kann nicht über seinen eigenen Schatten springen." 1)

Die Entdeckung und Verwertung alter traditioneller Elemente kann durchaus konform in Übereinstimmung mit der kapitalistischen Entwicklung geschehen. Diese angebliche Vielfalt, die die Differenzierung ermöglicht, ist letztlich nichts anderes als ein erweitertes Warenangebot von Produkten, gefertigt von denjenigen, die gemerkt haben, daß sich regionalspezifische Traditionsbestände ganz gut vermarkten lassen. Eine allgemein verbreitete Ideologie der Heimattümelei und des Bodenständigen hilft ihnen noch dabei. Trotzdem sah Tönnies in der Vorwärtsrichtung der kapitalistisch bestimmten Vorwärtsentwicklung eine Möglichkeit ihrer Überwindung. In der Neugestaltung der ökonomischen Grundlagen könnte nach ihm die natürliche Wechselwirkung von Produktion und Konsumtion wieder an die Stelle der "Überherrschaft" des beweglichen Kapitals, des Handels und des Verkehrs treten. Das Leben würde dann stabiler, ruhiger und gesünder werden und eine gepflegte Sitte und Kunst ermöglichen. 2)

Auf die jugendliche Subkultur Anfang der siebziger Jahre bezogen weist Habermas auf ein ähnliches Phänomen hin. Damals war es ausgezeichnet gelungen, die Mitte bis Ende der sechziger Jahre entstandene studentische Protestbewegung in unpolitische und konsumorientierte Bahnen zu lenken oder zu kanalisieren. Die neuartigen Bedürfnisse der Jugendlichen wurden mit Erfolg der marktwirtschaftlichen und industriellen Verwertung unterzogen. Habermas sah im Entstehen der jugendlichen Subkultur aber nicht nur ihre Vereinnahmung durch den flexibel reagierenden Markt, sondern erkannte in ihnen, durch die Nachklänge der studentischen Protestbewegung beeinflusst, auch ein Potential für politische Veränderungsmöglichkeiten. 3) Zu diesem Potential zählte er insbesondere die alternative Bewegung, die Grünen und die Friedensbewegung. Von ihnen erhoffte er sich eine neue Qualität menschlichen Zusammenlebens. 4)

Warum sollte sich der Mensch durch "Rückbesinnung auf die Vorteile des Kleinen und Überschaubaren" 5) nicht eine Besinnungspause gewähren, naiv gesehen, ein Innehalten, welches ihn kurzerhand in die Lage versetzt, all das infrage zu stellen, was ihm über den Kopf zusammenschlagen droht? Hat der Mensch die ihm undurchschaubaren Strukturen und übermächtigen Formen einer durch internationale Einflüsse geprägten weltweiten Einheitskultur, von Großtechnologien und anonymen Mammutstädten mit ihrem Massenverkehr zu schweigen, eigentlich so gewollt? Wem und was nützt ein solcher Fortschritt? Und welche Perspektiven des menschlichen Lebens gibt es in einer sogenannten Weltgesellschaft? Ist es nicht auffallend, daß gerade die Propagandisten der "konservativen Wende" - die in der Familie die geheiligte Werte sehen und das alte Sozial- und Traditionsgefüge retten möchten - die Wegbereiter der arbeitssparenden technologischen Entwicklung und des hemmungslosen Fortschritts sind?

1) Ferdinand Tönnies, S. 87

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. Jürgen Habermas, Nachgeahmte Substantialität, in: Merkur, 24. Jg. (1970), S. 313 ff.

4) Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des..., Bd. 2, S. 575 ff.

5) Vgl. Emil Küng, S. 405

Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts dieser Fragen oppositionell eingestellte Bewegungen, ökologischer, alternativer und nicht zuletzt regionaler Art entstanden sind. So nahmen regionale Bewegungen sich z. B. den Forderungen nach politischer, wirtschaftlicher und kultureller Autonomie in meist zurückgebliebenen Gebieten an. Sie wollten auf ihre "Provinz" mit eigenständiger Kultur und eigenen, wenn auch immer weniger gesprochenen Sprachen oder Mundarten aufmerksam machen. Sie waren der Ansicht, daß traditionelle und historisch gewachsene Kulturlandschaften ebenso geschützt und dieselbe öffentliche Aufmerksamkeit erfahren sollten wie die Natur und die Landschaft angesichts ökologischer Gefahren.

Vor allem die Auswüchse der Modernisierung, die, durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bedingt, auf eine mit Zentralisierung verbundene wirtschaftliche Entwicklung hinauslaufen, haben gleichermaßen konservative und linke Kritiker auf den Plan gerufen. Konservative Warner sind beispielsweise Arnold Gehlen 1) und Helmut Schelsky 2). Ihre Gegenspieler sind vor allem Herbert Marcuse 3) und Jürgen Habermas, die der "Frankfurter Schule" bzw. der "Kritischen Theorie" zuzurechnen sind. 4) Die immer komplexer werdende staatliche Bürokratie, bzw. die immer mächtiger werdende industrielle Superstruktur und die damit verbundenen gesellschaftlichen Sachzwänge, erweisen sich immer weniger als menschengerecht. Sie zeigen sich dem Menschen immer mehr als undurchschaubar und allmächtig.

Dem Bedauern "neokonservativer" Kulturkritikern, vor allem deren Hauptvertreter Daniel Bell 5), setzt Habermas kritisch entgegen: "Dieses Unbehagen ist nicht von modernistischen Intellektuellen hervorgerufen, sondern wurzelt in den tieferliegenden Reaktionen auf eine gesellschaftliche Modernisierung, die unter dem Druck der Imperative von Wirtschaftswachstum und staatlichen Organisationsleistungen immer weiter in die Ökologie gewachsener in die kommunikative Binnenstruktur geschichtlicher Lebenswelten eingreift." 6)

Den Neokonservatismus sieht Habermas als eine politische Werthaltung an, die "bei uns im Laufe der siebziger Jahre über die Presse in den politischen Alltag eingesickert ist" und dem einfachen Schema folgt: "Die moderne Welt gilt als die Welt des technischen Fortschritts und des kapitalistischen Wachstums; modern und wünschenswert ist jede soziale Dynamik, die letztlich auf private Investitionen zurückgeht; schutzbedürftig sind auch die Motivbestände, von denen diese Dynamik zehrt. Gefahr droht hingegen von kulturellen Wandlungen, von Motiv- und Einstellungswechseln, von Verschiebungen in den Wert- und Identitätsmustern, die kurzschlüssig auf den Einbruch kultureller Innovationen in die Lebenswelt zurückgeführt werden. Deshalb soll der Traditionsbestand nach Möglichkeit eingefroren werden" 7).

Ein an Wohlstand und materiellen Werten orientiertes Denken ist durchaus als aufgeschlossen gegenüber den modernen Entwicklungsprozessen betrachten, die. Diese werden als po-

1) Vgl. Arnold Gehlen, Die Seele im technischen Zeitalter, Reinbek 1976

2) Vgl. Helmut Schelsky, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders., Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf/Köln 1965

3) Vgl. Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Neuwied/Berlin 1970

4) Vgl. Jürgen Habermas, Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik, in: Neue Gesellschaft, 29. Jg. (1982), H. 11, S. 1024 ff.

5) Vgl. Daniel Bell, Die Zukunft der westlichen Welt, Ffm 1979

6) Jürgen Habermas, Die Moderne ein unvollendetes Projekt, in: ders., Kleine Politische Schriften (I-IV), Ffm 1981, S. 451

7) Jürgen Habermas, Die Kulturkritik..., S. 1029

sitiv, gesellschaftsintegrierend und zukunftsbildend gegenüber den traditionellen, beengenden und einschränkenden Verbundenheiten gemeinschaftlicher Art angesehen. 1) Spätestens ab 1968 entwickelten sich jedoch Konflikte, die von den bisherigen Mustern sozialstaatlicher und institutionalisierter Verteilungskonflikte abwichen. Diese werden nicht mehr über Parteien und Verbände kanalisiert, welche etwa im sozialen Lebensbereich entstehende Konflikte mit systemkonformen Entschädigungen zu beschwichtigen versuchen. Den neuen Konflikten ist mit Hilfe geldlicher Mittel ebensowenig beizukommen wie außerparlamentarischen Protesten mit staatlicher Macht innerhalb der subinstitutionellen soziokulturellen Reproduktionsbereiche. 2)

Nach Ronald Inglehart 3) treten immer mehr "materialistische" Sicherheits- und Versorgungsbedürfnisse hinter den sogenannten "postmaterialistischen Werten" zurück. 4) Nichtmaterialistische Bedürfnisse wirken sich nach Marcuse aber "transzendierend", also systemüberwindend aus. Das heutige "spätkapitalistische" System befriedigt angesichts der beispielelosen Dynamik der Wohlstands- und konsumorientierten Gesellschaft nicht mehr die Bedürfnisse, die sie selbst hervorbringt und weckt. 5) Wird den Imperativen staatlicher Macht und materieller bzw. wirtschaftlicher Bedürfnisbefriedigung stattgegeben, setzt das Phänomen ein, was Habermas mit "Kolonisierung der Lebenswelt" umschreibt. 6)

Gemeint ist, daß die Systemimperative derart massiv in den soziokulturellen Bereich der Lebenswelt eingreifen, daß der sensible und lebenswichtige Sozialisationsbereich der Familie nicht mehr in der Lage ist, vernünftige Identitäten auszubilden. Aus einem mißglückten Sozialisationsprozeß gehen am Ende beschädigte oder unvollständig ausgebildete Individuen hervor, die später den Anforderungen des kapitalistisch gesteuerten Produktionsprozesses und des funktional gegliederten gesellschaftlichen Gesamtsystem nicht gewachsen sind und daher ausgegrenzt bleiben. Das für das Gesamtsystem nicht benötigte "Menschenmaterial" stellt schließlich das Potential für die ausgegrenzte Subkultur dar. Das äußert sich - sofern dessen Bedürfnisse und Darstellungsformen vom kapitalistischen System nicht selbst integriert, d. h. konsumtiv aufgesogen oder von sozialstaatlicher Seite mit monetären Entschädigungen beschwichtigt und damit stillgestellt werden - in sozialen Unruhen und Jugendprotesten, in Häuserbesetzungen und gewalttätigen Ausschreitungen. Nur im günstigen Fall wählen die Betroffenen zivilere Aktionsformen, welche dann in Bürger-, Alternativ-, Ökologie-, Friedens-, Regional- und anderen Bewegungen münden.

Unter den Anhängern dieser Bewegungen ist jenes Potential zusammengefaßt, welches einen allgemeinen "Wertezerfall und Sinnverlust" repräsentiert. Die "kaputte" Gesellschaft gestattet ihren Mitgliedern keine Identifikationsmöglichkeit mehr. Unter dem Etikett der "postmaterialistischen" Bedürfnisse verbirgt sich nach Habermas ein "Interesse an erweiterten Spielräumen der Selbstverwirklichung und der Selbsterfahrung, eine gesteigerte Sensibi-

1) Vgl. Gerhard Wurzbacher, S. 283

2) Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des..., Bd. 2, S. 576

3) Vgl. Ronald Inglehart, Wertewandel und politisches Verhalten, in: Joachim Matthes (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa, Ffm/NY 1979

4) Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des..., Bd. 2, S. 576 f.

5) Vgl. Jürgen Habermas, Herbert Marcuse über Kunst und Revolution, in: ders., Kultur und Kritik, Ffm 1973, S. 346

6) Vgl. Jürgen Habermas, Theorie des..., Bd. 2, S. 489 ff.

lität für die Schutzbedürftigkeit natürlich und historisch gewachsener Umwelten, auch ein geschärfter Sinn für verletzbare, interpersonale Beziehungen". 1)

Die Ziele der oben genannten Bewegungen richteten sich u. a. gegen die Anonymität undurchschaubarer Strukturen in der Gesellschaft. Man besinnt sich auf solche Traditionen, die schöpferisch und in differenzierter Form für ein menschlicheres Zusammenleben genutzt werden können. Traditionen werden jedoch nicht dadurch zum Leben erweckt, merkt Habermas kritisch an, indem auf das angeblich "Gute" dieser Traditionen nur hingewiesen wird. Die nicht wiederherstellbaren Bestände einer natürlichen Umwelt und die symbolischen Strukturen einer Lebenswelt - egal ob als historisch entstandene oder als neu eingelebte moderne Lebensformen - bedürfen gleichermaßen des Schutzes. Geschützt werden können sie wiederum nur, wenn wir wissen, wodurch sie bedroht sind. 2)

Die engagierten politischen Bewegungen reagierten nach Habermas auf die Leiden und die Entzugserscheinungen einer kulturell verarmten und einseitig rationalisierten Alltagspraxis. So "dienen askriptive Merkmale wie Geschlecht, Alter und Hautfarbe, auch kommunale Nachbarschaft und Konfessionszugehörigkeit dem Aufbau und der Abgrenzung von Gemeinschaften, der Herstellung subkulturell abgeschirmter Kommunikationsgemeinschaften, die der Suche nach persönlicher und kollektiver Identität entgegenkommen. Die Aufwertung des Partikularen, Gewachsenen, Provinziellen, der überschaubaren sozialen Räume, der dezentralen Verkehrsformen und entspezialisierten Tätigkeiten, der segmentierten Kneipen, der einfachen Interaktionen und entdifferenzierten Öffentlichkeiten soll die Revitalisierung verschütteter Ausdrucks- und Kommunikationsmöglichkeiten fördern. In diesem Zusammenhang gehört auch der Widerstand gegen reformerische Eingriffe, die sich ins Gegenteil verkehren, weil die Mittel ihrer Implementierung den erklärten sozialintegrativen Zielen zuwiderlaufen." 3)

Vielleicht wäre es tatsächlich möglich, daß neue von alten traditionellen Lebensweisen entbundene Lebensformen entstünden, die über erweiterte Erfahrungsmöglichkeiten verfügten und deren Mitglieder im stärkeren Umfang mit der neuesten Technik vertraut wären. Die sich allerdings nur dann sinnvoll einsetzen ließen, wenn nicht mehr vom Standpunkt der Beherrschung der inneren und äußeren Natur, einschließlich der die Menschen beherrschende Technologie, sondern von der Hege, Pflege und Bewahrung der Umwelt statt derzeitiger Zerstörung ausgegangen wird. So verstanden könnten moderne Lebensformen durchaus der Erhaltung schützenswerter Landschafts- und Naturräumen dienen. So verstanden könnten in ihnen auch historisch gewachsene Regionalkulturen besser integriert und zur Geltung gebracht werden.

Werden nichtmaterielle Bedürfnisse in die kollektive Willensbildung einbezogen, so bahnen sich sogleich neue Konstellationen in Verhältnis von Politik und Lebenspraxis an. Es entwickeln sich neue solidarische Beziehungen zwischen Gruppen, Generationen und Geschlechtern, ebenso entsteht ein anderes Verhältnis der menschlichen Subjekte zur äußeren Natur. Es bahnt sich eine "Entstaatlichung" der Politik an 4), die sich z. B. dadurch ausdrückt, daß sich die planenden Verwaltungen angesichts massiver Proteste mit den Adressaten oder

1) Vgl. Jürgen Habermas, Die Kulturkritik..., S. 1027

2) Vgl. ebd., S. 1032

3) Jürgen Habermas, Theorie des..., Bd. 2, S. 581

4) Vgl. Jürgen Habermas, Herbert Marcuse..., S. 349

Betroffenen "ins Benehmen" setzen, daß sie unter dem Druck der Bürgerinitiativen gezwungen sind, Planungen zu ändern oder sogar zurückzunehmen. 1)

Die häufig diffus auftretenden wert- und normbildenden Kommunikationsvorgänge bereits entdifferenzierter und quasi autonomer Lebensbereiche treten unter Umständen auch in die Poren der bestehenden Lebensbereiche der Gesellschaft ein, die organisationsförmig straffer geordnet sind. Zum Beispiel ist nicht zu verkennen, daß die Künste in den letzten Jahrzehnten zwar immer esoterischer werden, andererseits immer mehr ihren auratischen Schein verlieren. Die Künste verließen die Museen und Theater, die Konzertsäle und Bibliotheken, um selbst in die Lebenspraxis einzutreten. Dort im Alltagsleben, auf der Straße, in der Region werden Erfahrungen gesammelt, wird der sensible Bezug zu Umwelt und Natur hergestellt, werden Wahrnehmungen stimuliert und Sprachroutinen geändert. 2)

In der Bundesrepublik gibt es bislang keine ausgesprochenen Regionalbewegungen wie in den anderen westeuropäischen Nachbarstaaten. Ansatzweise vergleichbare Bewegungen waren bei uns nur in solchen Bürgerinitiativen sichtbar, die sich gegen zentrale Politikverflechtungen wenden oder sich in den betroffenen Regionen z. B. gegen die ökologische Bedrohung durch Kernkraftwerke oder atomarer Entsorgungszentren richteten. 3)

Bürgerinitiativen und mit ihnen verbundene soziale Bewegungen setzen der allumfassenden Reglementierung durch bürokratische Planung und staatlicher Zwangsmaßnahmen, selbst wenn die ängstlich gewordenen Bürger sich diese Übermächtigkeit nur einbilden, weitgehend Spontaneität und Kreativität entgegen. 4) Sie streben nach besserer Wohnumwelt und selbstbestimmter Arbeit. Quantifizierenden meßbaren monetären Größen abhold, richten sie ihre Werte eher an der Qualität unzerstörter Natur und lebenswerter regionaler Kulturlandschaft aus. Von daher wäre es verkehrt, die regionalen Unruhen in Europa unter dem negativen Vorzeichen von Zersplitterung, Kleinstaaterei, Provinzialismus oder "Balkanismus", gar als Regreß auf mittelalterliche Verhältnisse einzuschätzen. Ebenso unreflektiert ist es aber auch, in romantischer Art diese Unruhen mit revolutionärer Aktion gleichzusetzen. 5)

Zwei Gruppen sind zu unterscheiden, die ihren Unmut in der Region äußern. Zum einen ist es die "hiesige" Bevölkerung, die mit ihren Aktionen ein Stück überkommener und seit Jahren vertrauter Umwelt erhalten wollen und die die dauerhaften modernistischen Einbrüche in ihrem Leben als schmerzhaft empfinden. Oder es sind zugezogene "Neubürger", die entweder, in selbstgewählter alternativer Entscheidung, der Enge der Großstadt entflohen sind und ihre "neugefundene Lebenswelt" jetzt unbeschadet erhalten möchten. Zu ihnen gehören auch jene, die "als Bestandteil der Laufbahn" beruflich in die Provinz verschlagen wurden und nun keinen neuerlichen "Identifikationsverlust" hinnehmen wollen. 6)

1) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 116

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. Dirk Gerdes, Dimensionen des neuen Regionalismus in Westeuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1981), H. 3, S. 314

4) Vgl. Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 53 f.

5) Vgl. Friedrich von Krosigk, Zwischen Folklore und Revolution: Regionalismus in Westeuropa, in: Dirk Gerdes (Hrsg.), Aufstand der Provinz, Ffm/NY 1980, S. 45

6) Vgl. Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 54

b) Zur Entstehung von Regionalkulturen

Früh bewirkten Handel und Schifffahrt, daß in bestimmten Regionen in wirtschaftlichen Blütezeiten Waren aus aller Welt zusammenkamen. Für diesen sich in der Landschaft niederschlagenden Reichtum wurden unbedenklich die alten Bräuche und Gegenstände der Regionalkultur geopfert. Was oftmals auch in der Region als althergebracht angesehen und touristisch vermarktet wird, ist vielfach die umgewandelte oder auch nur stehengebliebene Tradition. Wirtschaftlicher Niedergang dagegen ließ die Weiterentwicklung der Region nicht zu und daher blieb die als typisch angesehenene Kultur und Landschaft von Modernisierungsmaßnahmen verschont.

Regionen, die frühzeitig ihre Eigenständigkeit aufgeben mußten und daher heute traditionslos wirken, haben es schwer, ihr verlorengegangenes Traditionsgut wiederzubeleben, es sei denn, dieses ließe sich mit Hilfe alter Überlieferungen rekonstruieren oder erneuern. Sinnvoller wäre es allerdings, wenn sich neue von alten Vorbildern losgelöste und differenzierte Lebensformen entwickelten, die allemal einen ethischen und ästhetischen Ersatz für eine vergangene Kultur anböten. Auch die als typisch bezeichneten Regionalkulturen waren irgendwann einmal historisch entstanden und hatten sich unterschiedlich entsprechend der natürlicher Gegebenheiten oder andersartigerer Kulturzusammenhänge entwickelt.

Alle historisch entstandene Lebens- und Kulturformen, aber auch soziale Unterschiede prägen eine Region. Traditionelle Kulturen haben niemals je für sich bestanden, äußere Einflüsse bestimmten die Gestaltung der Landschaft entscheidend mit. 1) Es fand immer, wenn auch in geringem Ausmaße, ein Austausch zwischen den einzelnen Gesellschaftskulturen statt, der ihnen nicht schadete, sondern sie im Gegenteil bereicherte. Erst der ausgedehnte Überland- und Überseehandel, verbunden mit der Ausdehnung staatlicher Macht, beeinflusste oder zerstörte in stärkerem Maße die alteingesessenen Kulturen. Was als einheimische Kultur in vielen Ländern der Dritten Welt angesehen wird, ist bereits vielfach die durch die koloniale Zeit beeinflusst. Eine räumlich geschlossene Landschaft bestimmt sich nicht nur durch die geographischen und natürlichen Gegebenheiten, sondern ebenso durch ihre historische Vergangenheit. Das drückt sich insbesondere durch Sprache, Kultur, Bebauung, Wirtschafts- und Tätigkeitsformen der Menschen aus. Die moderne Entwicklung führte dagegen zur Angleichung und Austauschbarkeit von Landschaften und Traditionen.

Lübbe hält jene regionalen Bewegungen, Institutionen und Organisationen für verhängnisvoll, die eine "zivilisatorische Aussteigergesinnung" prämiieren oder favorisieren möchten. 2) Auch sollte ein Regionalismus nicht sekundären politischen Zielen dienen. Lübbe zielt mit dieser Argumentation auf jene politisch orientierten Autoren, die die Theorie des Anti-Kolonialismus auf einen Regionalismus zu übertragen versuchten und die die Opfer der Rand- und Minderheitsregionen über die kolonialistische Ausbeutung durch zentralistisch agierende Mächte, insbesondere industriekapitalistischer Art, aufklären wollten. 3)

Es mutet grotesk an, wenn Hermann Lübbe den Regionalbewegungen unterstellt, sie setzten sich für kulturell homogene Räume ein. Für die praktischen Erfordernisse der modernen Le-

1) Z. B. ist die typische Delfter Kachel in vielen nordfriesischen Bauernhäusern ohne die ursprüngliche chinesische Porzellankunst nicht zu denken.

2) Vgl. Hermann Lübbe, Die große und die kleine Welt. Regionalismus als europäische Bewegung, in: Nordfriesland, 16. Jg. (1982), H. 61/62, S. 17

3) Vgl. ebd., S. 18

benswelt sind sie für ihn unerträglich 1). Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß es ebenso unerträglich ist, in ununterscheidbaren zersiedelten Gebieten zu leben oder in Betonwüsten zu wohnen. Von daher sind die Bestrebungen vor Ort verständlich, die sich gegenüber den vereinnahmenden zentralen Gewalten zur Wehr setzen und die eigenständigen lebendigen und identitätsbildenden Bezugsräume schaffen oder erhalten wollen.

Die von Lübbe vorgeschlagene Musealisierung und Vermarktung traditioneller Bestände einer Landschaft bewirkt nur eine schnellere Auflösung vorhandener Regionalkulturen, wobei der ursprüngliche Sinn dabei weitgehend verlorengeht. Eine Landschaft hat etwas Unechtes an sich, wenn in ihr nur noch Fassaden historischer Gebäude vorhanden sind oder wenn die einzigartigen Naturschönheiten, umgestaltet oder ursprünglich belassen, nur noch unter kommerziellen Verwertungsbedingungen begangen oder genossen werden können.

Harm Peer Zimmermann argumentiert gegen Lübbe wie folgt: "Gewinnen nicht diese Lebensbedingungen erst Farbe, wenn sie eine Stelle erhalten in dem Prozeß, indem die Menschen sich zu immer mehr Freiheit, immer mehr Vernunft hinführen? Die reine Sammlung, Systematisierung und Katalogisierung von 'Herkunftsprägungen' ist ohne Werturteile, ohne Entscheidung über verwerflich oder erhaltenswürdig in der Kultur unsinnig. Der Tradition muß in alle Winkel und Löcher gesehen werden, um herauszufinden, was die Befreiung des Menschen von zum Beispiel fürstlicher Willkür gefördert und was der Unterdrückung gedient hat. Befreiung von Mühsal und Belastung, von Erniedrigung und Beleidigung, in dem die Fäden der Vergangenheit zusammenlaufen, sind der Maßstab unseres Vergangenen, heutigen und zukünftigen Tuns." 2)

Alte Werte und Kulturgüter lassen sich nur im täglichen Lebenszusammenhang schützen und erhalten. Die Form musealer Konservierung oder folkloristischer Vermarktung ist dafür ungeeignet. Traditionen besitzen keinen Wert an sich. Traditionen sind historisch entstanden, sind überlieferte Zusammenhänge, in denen Menschen gelebt, gekämpft, geliebt und gearbeitet haben.

Ohne Bewußtsein differenzierter und geschichteter Zugehörigkeitsverhältnisse wären weder Individuen, noch Gruppen oder Institutionen lebensfähig, ja die Zusammengehörigkeitserfahrung bedarf selber der institutionellen Sicherung und Stützung, wie Lübbe richtig sieht. 3) Problematisch wird diese Aussage allerdings, wenn er die Fortdauer der Regionalkultur daran bemißt, ob es gelingen würde, diese "an die harten Realitäten der wirtschaftlichen, administrativen und institutionellen Gegebenheiten" zu binden. 4)

Widerstandskräfte in der Region lassen sich nach Hans Haid nur dann erfolgreich zu mobilisieren, wenn sich diese auf die vorhandene lokale oder regionale Kultur beziehen. "Nur damit können die Menschen in den Dörfern und Städten, in den Wohnblocks und Siedlungshäusern, die Pendler, Arbeiter, Handwerker, Bauern und Studenten sich selbst wiedererkennen und sich entfalten." 5) Ein häufiger Gebrauch des Wortes "Heimat" ist jedoch wenig ge-

1) Vgl. ebd., S. 19

2) Harm Peer Zimmermann, Heimatutopie und politischer Regionalismus, in Nordfriesland, 17. Jg. (1983). H. 65, S. 17

3) Vgl. Hermann Lübbe, S. 15

4) Vgl. ebd.

5) Hans Haid, Regionaler Traditionalismus und politischer Konservatismus - Regionalkultur versus Zentralkultur, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1981), H. 3, S. 299

eignet, einen solchen Bezug herzustellen. Der Begriff löst in positivem und negativem Sinne in Menschen eher Gefühle aus, die mit einem eigenartigen Sumpf von Erfahrungen, Leidenschaften und Ängsten verbunden sind. Zudem ist der Begriff "Heimat" in der deutschen Geschichte stark belastet und sollte heute nur noch als Ausdruck für etwas Gefährdetes oder Verlorengegangenes gebraucht werden. 1)

Nicht jede Regionalkultur ist zur Reaktivierung geeignet. Von daher schon erweist sich ein bewußtes Selektieren und Filtern vergangener Traditionen wie Dichtung, Liedgut usw. als notwendig. Nicht jede Regionalkultur ist eine fortschrittliche. Volkstanz, Volkstracht oder Mundartdichtung mögen vielleicht der Bildung eines gewissen Gemeinschaftsbewußtseins oder einer besonderen Identität, oder auch nur der Förderung der Geselligkeit dienen. Verloren sind diese Praktiken aber, wenn eine bewußte Gettoisierung betrieben oder damit in eine heile Scheinwelt geflüchtet wird. Besonders bedenklich ist auch eine gewisse Deutschtümelei vieler Heimatvereine. Die traditionelle Volkskultur sollte nicht heimatümelnden Sprach- und Kulturpflegern, Erbgutbewahrern mit "Heile Welt"-Vorstellungen oder reaktionären Turner- und Kameradschaftsbündlern überlassen bleiben. Die Heimatvereine müßten sich in ihrem Selbstverständnis der heutigen Entwicklung anpassen und sich sinnvollerweise mehr um die "Durchsetzung primärer Ansprüche bei Bauen, Wohnen, Essen, Kleidung, Freizeit, Arbeitsweltgestaltung, Überwindung von Frustration, Entwurzelung der Wochenendpendler, Humanisierung der Großstädte" bemühen. 2)

Selbst die jugendliche Subkultur mit dem ihr eigenen Habitus kann ohne eine gewisse Tradition nicht auskommen, auch wenn dies in negativer Abgrenzung zur Erwachsenenwelt geschieht. Die Hinwendung mancher Jugendlicher zur Punkkultur (übrigens ein internationales Phänomenen) mag manchen aufgesetzt und lächerlich erscheinen. Da sie von den Erwachsenen keine Identifikationsmöglichkeiten mehr erhalten, versuchen sie ihre eigene Lebenswelt durch äußerlich sichtbare Symbole zu gestalten. Diese bleibt aber nur in negativer Abgrenzung zur Erwachsenenwelt beständig. Je mehr die Lebensweise dieser Jugendlichen toleriert wird, umso entbehrlicher werden die äußerlichen Zeichen ihres Zusammenhalts. Nimmt sich gar die Konsumindustrie ihrer an und kreierte ihr Habitus als allgemeine Mode, dann sind die Jugendlichen sogar dazu gezwungen, sich umzuorientieren oder andere sichtbare Ausdrucksformen zu finden. Dabei sind sie durchaus nicht unschöpferisch und nicht selten verbinden Jugendliche Subkulturen diese sogar mit regionalen Elementen, z. B. wenn sie für ihren Slang unverkennbar ihren lokalen Dialekt verwenden.

Gegenüber den regulären Kulturformen, die über Generationen durch sozialisierte und überlieferte Lebensformen geprägt sind, zeichnen sich Subkulturen durch äußerlich auferlegte Bedingungen aus. Sie zwingen die Jugendlichen zur unausweichlichen Situationsanpassung und -interpretation, die bei den Jugendlichen bedingt sind z. B. infolge Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, fehlender Ausbildungschancen, niedriger Löhne, überfüllter Wohnungen usw. 3) Als gutes Beispiel sind die sogenannten "Negerkulturen in den Ghettos" in Amerika anzuführen, die zwar als desorganisiert und pathologisch gekennzeichnet werden, im Grun-

1) Vgl. Edgar Reitz zum Film "Heimat", in: Hans Ulrich Pönack, Made in Germany, in: Tip, (1984), H. 16, S. 23

2) Vgl. Hans Haid, S. 295 f.

3) Vgl. Günter Albrecht, Die "Subkultur der Armut" und die Entwicklungsproblematik, in: René König (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Köln und Opladen 1969, S. 445 f.

de aber über etwas Wertvolles verfügen und an sich lebensfähige Züge aufweisen. 1) Es mangelt ihnen aber das Bewußtsein der eigenen Identität, das sie sich erst noch aneignen müßten und die sich aber erst mit der materiellen Verbesserung ihrer Lebenssituation einstellen. 2)

Liedermacher entdeckten ebenfalls die deutsche Regionalkultur. Sie warten nicht mehr nur mit schottischer, irischer oder amerikanischer Folkmusik auf. Sie verfassen eigene Texte oder greifen auf die demokratische Liedguttradition vergangener Jahrhunderte zurück. Ist es da nicht legitim, alte plattdeutsche oder friesische Lieder auszugraben und auf Schallplatten zu pressen? Ist es in diesem Zusammenhang sinnvoll, alte deutsche Volkslieder zu spielen, wenn auch einigen angesichts rückwärtsgewandter Töne und Texte die Sehnsucht nach dem vereinigten Deutschland wieder aufkommen könnten? Es ist schon schwierig zu entscheiden, was sich eigentlich von den traditionellen Volks- und Regionalkulturelementen in die heutige moderne Lebensart "einzuarbeiten" lohnte. Ob ein plattdeutscher Liedertext in einer schottischen Liedweise auf einem irischen Musikinstrument wiedergegeben wird, darüber mag man sich streiten oder es auch einfach als einfallslos und geschmacklos halten. Ist es vielleicht nicht ehrlicher, wenn eine Punk-Musikgruppe ihre Texte im plattdeutschen Dialekt vorträgt? Puristen mag beides stören. Und es stellt sich die Frage, wo eigentlich in der westlichen Zivilisationskultur und in den von ihr beeinflussten Gesellschaften in der "Dritten Welt" noch etwas "Echtes", also etwas "Unverfälschtes" zu finden ist?

Wenn Regionalbewegungen initiiert, alte Traditionen wiederbelebt oder Regionalsprachen gepflegt werden sollen, dann ergibt sich die Schwierigkeit, wie solche Bestrebungen legitimiert werden können, ohne in den Ruch zu geraten, als rückständig, provinziell oder unmö- dern zu gelten. Das gilt vor allem dann, wenn sie nicht einmal von der ansässigen Bevölkerung getragen oder gestützt werden, sondern eher von der intellektuellen Elite der Region ausgehen 3) oder gar im Zeichen der folkloristischen Vermarktung nur zur Förderung des Fremdenverkehrs vorgenommen werden. Und es fragt sich, warum die Identität von Regionalbewegungen ausgerechnet dann betont und zum Politikum gemacht werden, wenn sich ihre Anhänger in ihrer modernen Lebenshaltung nur wenig von anderen Mitbürgern unterscheiden. 4) Auf die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen bezogen mag es vielleicht sinnvoll sein, unterdrückte sprachliche, kulturelle und ethnische Unterschiede in einer Landschaft, die geschichtlich früher einmal bestanden und auch heute noch prägend sind, zur Basis politischer Aktionen zu erklären. Ein ungutes Gefühl schleicht sich jedoch dann ein,

1) Nebenbei bemerkt ist die in den amerikanischen farbigen Ghettos entstandene Tanzform "Breakdance", die im ursprünglichen Sinne eine Sublimationsform war, eine Art indirekte Protest- und Ausdrucksform, auf der die Jugendlichen zurückgreifen, bevor ihre aufgestaute Wut in offene Aggression ausbricht und sie zu Gewalttätigkeiten angesichts ihrer fast aussichtslosen Situation schreiten. Inzwischen greifen typischerweise die Medien diese Tanzform auf und sie wird als eine vorübergehende Mode weltweit kommerziell vermarktet.

2) Vgl. Günter Albrecht, S. 444

3) Vgl. Rainer S. Elkar, Die Ausbreitung regionalistischer Bewegungen in Europa, in: ders. (Hrsg.), Europas unruhige Regionen, Stuttgart 1981, S. 13; Elkar hält z. B. eine Wiederbelebung der friesischen Kultur für fragwürdig, wenn es nur im Rahmen einer von Liedermachern inspirierten folkloristischen Intellektuellenkultur geschieht, es sei denn, das folkloristische Element gehörte zur Selbstverständlichkeit des friesischen Alltags.

4) Vgl. Friedrich von Krosigk, S. 33

den Regionalismus zur theoretischen oder ideologischen Grundlage zu erklären, wenn seine ethnischen und sprachlichen Voraussetzungen bereits im Schwinden begriffen sind 1).

Die um die 19./20. Jahrhundertwende entstandene Heimatbewegung, die von nationalistischen Tönen und einer reaktionären Volkstumsideologie begleitet war, wirkte sich später verheerend für die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Dritten Reich aus. Sie verhinderte noch auf lange Zeit während der bundesdeutschen Nachkriegszeit eine vernünftige Auseinandersetzung mit Heimat und Region. Erst in den siebziger und achtziger Jahren erfolgte wieder eine stärkere Hinwendung zur Region, verbunden mit Bemühungen um dezentralere Entscheidungsinstanzen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Man erkannte, daß der regionaler Bezug für die Identitätsbildung der Bewohner von entscheidender Bedeutung ist.

Während der Weimarer Zeit wurde besonders im Bauerntum - neben der stärkeren Wertschätzung der Natur, der besonderen Pflege des Heimatgedankens und des Aufkommens der Lebensphilosophie, aber auch der Volkstumsideologie - eine Möglichkeit gesehen, dem Zwang des technisierten Lebens eine Alternative entgegenzusetzen. Diese Strömungen beeinflussten in Norddeutschland nicht nur Ende der 1920er Jahre die von Nordfriesland und Dithmarschen ausgehende Landvolkbewegung, sondern trugen in verhängnisvoller Weise auch zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 in Deutschland bei. 2)

Im Mittelpunkt des national gestimmten Denkens steht der illusionäre Gedanke der Erneuerung eines Volkes. Unter anderem sollte die stärkere Betonung bäuerlichen Lebens der Zersetzung durch die kapitalistische Industrialisierung Einhalt gebieten. 3) Wiederbelebungsversuche der Bauernromantik, selbst wenn auf eine völkisch-nationalistisch-rassistische Ideologie völlig verzichtet wird, sind heute allein wegen der fortschreitenden Technisierung der Landwirtschaft zum Fehlschlag verurteilt. 4) Dennoch zieht es viele zur ökologisch betriebenen orientierte Landwirtschaft hin oder zum organisch-biologischen Landanbau auf alternativer oder genossenschaftlicher Basis. 5)

Ein Regionalismus, der progressiv orientiert ist, der nicht dem "Erwachen einer (faschistischen) Volkstumsbewegung" anhängt 6), könnte, wie andere Bewegungen der Alternativ-, Ökologie- oder Friedensszene zeigen, durchaus emanzipatorisch zur Identitätsbildung beitragen. Regionalbewußtsein könnte, richtig verstanden, die Selbstverwirklichung der Menschen fördern und sie in den Grunddimensionen von Individuum und Gesellschaft miteinander versöhnen. 7) Allein jedoch aus der Tatsache heraus, daß die Anhänger regionaler Bewegungen ihre bereits verfallende Regionalkultur oder -sprache wiederbeleben möchten, ist kein Anspruch oder "Erbe" abzuleiten oder zu begründen. Zudem kann nur auf das zurückgegriffen werden, was noch lebendig ist oder sichtbar in der Region vorhanden ist. Emanzipatorische Bewegungen, die sich nicht als konservativ oder rückwärtsgewandt verstehen wollen, soll-

1) Vgl. ebd., S. 32

2) Vgl. Hans Friedrich Schütt, S. 25

3) Vgl. ebd., S. 24

4) Vgl. ebd., S. 38

5) Die "Husumer Nachrichten" vom 10. Oktober 1983 berichtet z. B. in einem Artikel über vier Landwirte, die sich in Nordfriesland auf den organisch biologischen Landanbau umgestellt haben.

6) Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 68

7) Ebd.

ten in dieser Frage eher kritisch und selektiv vorgehen und kritisch überprüfen, was von den überlieferten und tradierten Elementen noch beibehalten werden kann oder nicht.

Zu welchen Traditionen sich Menschen bekennen oder welche Elemente von ihr wieder aufgenommen werden, ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Es bleibt eine subjektive bewußte Wahl und läßt sich mit keinem irgendwie gearteten historischen Erbspruch verbinden. Welche regionale Kultur oder Lebensform das Individuum auch immer für sich wählt, wichtig ist allein, daß sie an eine bestimmte Gruppenidentität ausgerichtet ist. Während diese in früheren Zeiten an keine bestimmte räumliche Dimension gebunden war, - der gelebte Raum war ihnen so selbstverständlich, daß er nicht hinterfragt wurde - entscheiden sich heute die Menschen für einen Ort oder für die Region, in dem oder in der sie leben, wohnen und arbeiten möchten. Das Individuum nimmt dabei eine strategische Wahl vor. Unter anderen Umständen hätte er möglicherweise eine andere Gruppenmitgliedschaft gewählt. 1)

1) Vgl. Friedrich von Krosigk, S. 33

c) Europäische Regionalbewegungen

Wenn sich heute überall in Europa Regionalbewegungen formieren, so verstehen sich diese selten als Erbe der traditionellen landschaftsgebundenen Lebensformen. Vielmehr sind sie eher die kulturellen Resultate sozialer und ökonomischer Konflikte. Es gibt kaum einen Regionalismus, der sich nicht zugleich als Anwalt ökonomischer und politischer Interessen verstehen würde. Das ist um so offensichtlicher, als das kulturelle Substrat - typisch dafür ist z. B. die okzitanische Bewegung in Frankreich - nur noch als intellektuelle Rekonstruktion zurückzugewinnen ist. 1)

Wenn sich aus meist staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen heraus in Regionen Veränderungen vollziehen, so sind dennoch für das Regionalbewußtsein der Bewohner "lebensweltlich" bestimmte Momente entscheidend. Persönliche Identität bildet sich im wesentlichen in Sozialstruktur und Natur der ihnen umgebenden Landschaft aus. Vorherrschende tradierte Kulturformen prägen die in der Region lebenden Menschen nachhaltig. Änderungen in Natur und Landschaft, Änderungen der traditionell bestimmten Lebensweisen durch die weiter vordringende industrielle Entwicklung erzeugen Bruchstellen in den Lebensbiographien der Menschen. Diese trennen sie nicht nur von ihren herkömmlichen Lebensformen ab, sondern wirken innerhalb ihres Innenlebens und ihrer Psyche weiter. Somit werden den Menschen Schritt für Schritt die Lebensgrundlagen genommen, in denen sie - unbeeinflusst von Systemimperativen und auf natürlicher Grundlage - ihre eigene Identität ausbilden und sich selbst verwirklichen können. Die natürlichen und soziokulturellen Entfaltungsräume und Gestaltungsmöglichkeiten werden immer mehr eingeengt durch ständige Einbrüche funktionaler Systemnotwendigkeiten. Vermarkteter Folklorismus und vielbeschworene Heimatgefühle können endgültig Verlorengegangenes nicht ersetzen, sie sind nur ein schlechter Abklatsch des Vergangenen. Zerbrochene Traditionen und verstummte Sprachen sind ebenso unwiederbringlich dahin wie ausgestorbene Tier- oder Pflanzenarten.

Europäische Regionalbewegungen, wie die der Katalanen und Basken in Spanien, der Waliser und Schotten in Großbritannien, der Bretonen, Okzitanier, Sarden und Elsässer in Frankreich, um nur die wichtigsten zu nennen, sind eigentlich streng genommen Nationalbewegungen, die, wenn auch im nationalstaatlichen Rahmen, einen autonomen Status anstreben möchten. Die völlige Separation, wie militante Gruppen der Sarden und Basken sie durchsetzen möchten, sind Ausnahmen und wenig erfolgversprechend.

Obwohl es in der Bundesrepublik Deutschland so gut wie keine regionalen Bewegungen gibt, existieren doch Minderheitsgruppen. Im nördlichen Grenzgebiet sind es neben den Friesen, die sich mehrheitlich für eine sprachliche und kulturelle Minderheit halten, die Dänen, die sich als nationale Minderheit verstehen. Die Regelung der dänischen Minderheiten-Angelegenheiten gilt, ebenso wie die der deutschen Minderheit im dänischen Nordschleswig 2), als vorbildliches Modell der internationalen Politik. 3) Die Partei der dänischen Minderheit, der "Südschleswigsche Wählerverband" (SSW), unterliegt als einzige Partei in Schleswig-Holstein und auf bundesdeutscher Ebene nicht der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Bei den schleswig-hol-

1) Vgl. Dirk Gerdes, S. 311

2) Vgl. "Bonner Erklärung" vom 29. März 1955 und die entsprechende "Erklärung der dänischen Regierung" gleichen Datums, in: Rudolf Grulich/Peter Pulte (Hrsg.), Nationale Minderheiten in Europa, Opladen 1975, S. 98 ff. und S. 105 ff.

3) Vgl. Rainer S. Elkar, Die Ausbreitung..., S. 12

steinischen Landtagswahlen ist die SSW ein gewichtiger Faktor. Die Partei der dänischen Minderheit ist im politischen Geschehen des nördlichen Bundeslandes Schleswig-Holstein zur Zeit kaum mehr wegzudenken.

Nationalbewegungen, egal ob sie sich als nationale Befreiungsbewegungen oder als mehr oder minder militante nationale Minderheiten verstehen, sind ein relativ junges Phänomen der Weltentwicklung und entstanden erst im Zuge der Herausbildung von Nationalstaaten. Hierbei gerieten zwei politische Prinzipien miteinander in Konflikt: einmal Gedanke der Kulturation, in der sich das seiner Eigenart bewußtwerdende Volk als Einheit zusammenschließen möchte, eine Form, die historisch gesehen, für Deutschland bestimmend gewesen ist. Zum anderen der Gedanke des Nationalstaats, welcher für seinen Bestand ein geschlossenes Staatsgebiet und ein Staatsvolk benötigt. Eine ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit der Staatsbürger spielt dabei keine Rolle. Als historische Form sind dafür die Herausbildung Frankreichs und die Gründung der USA zu sehen.

Je zentralistischer ein Nationalstaat sich gebärdet, je mehr er sich das Kulturverständnis der Mehrheitsethnie zu Ungunsten anderer Minderheitsethnie zu eigen macht, je weniger föderale und plurale Elemente er gelten läßt, desto härter tritt die Minderheitenproblematik zutage. Besonders dann, wenn Volksgruppen anderer ethnischer Zugehörigkeiten in besonderem Maße versuchen, ihre Kultur, ihre Sprache oder ihre Religion hervorzuheben und von äußeren Einflüssen reinzuhalten.

Die Probleme ethnischer Minderheiten sind nur schwer von der Nationalitätenfrage abzukoppeln. Daß in Europa sich überhaupt nationale Minderheiten artikulieren konnten, lag daran, daß sie zurückgebliebene Volkskulturen repräsentieren, denen es in den vergangenen Jahrhunderten aus den unterschiedlichsten Gründen nicht gelang, sich in die Palette der europäischen Nationalstaaten einzureihen oder sich zu souveränen autonomen Nationalstaaten aufzuschwingen. Die ursächlich daraus resultierenden nationalen Minderheiten verstehen sich als Bewegungen, die besondere Rechte gegenüber dem Nationalstaat und ihrer dominierenden Mehrheitsethnie einfordern. Sie möchten sich als kulturelle, sprachlich und wirtschaftlich unterdrückte Regionalminderheiten gegenüber der fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Nivellierung durch die westliche Zivilisation behaupten. Sie möchten sich ihr Bewußtsein eigenständiger kultureller Wurzeln nicht völlig nehmen lassen und pochen daher weiterhin auf ihre eigenen Volksgruppenidentitäten.

Daß in Europa sich überhaupt Regionalbewegungen artikulieren konnten, beruht darauf, daß immer noch ethnische Minderheiten kulturell oder sprachlich, religiös oder rassistisch unterdrückt, ihre abweichende Lebensweise von den Mehrheitsbewohnern des Nationalstaats auf politischer Ebene nicht genügend berücksichtigt oder toleriert werden. Ebenfalls als ungenügend wird ihre soziale, rechtliche und wirtschaftliche Stellung im vorherrschenden Mehrheitssystem angesehen. Es trifft aber nicht nur Bewohner peripherer Regionen, die nicht unbedingt einer ethnischen Minderheit angehören müssen, es trifft gleichermaßen die in der gesamten Bundesrepublik lebenden Minderheiten wie Juden, Sinti und Roma, Türken und sonstige Ausländer. Viele davon sind politische Flüchtlinge, Asylbewerber und früher angeworbene ausländische Arbeitnehmer mit ihren Familien, die sich hier in einem für sie fremden Land aufhalten und ihren Lebensunterhalt oft unter mühevollen Umständen verdienen. Sie bringen zudem ihre eigene Sprache und Kultur mit und sind von daher nur schwer oder gar nicht in die Kultur des "Gastlandes" zu integrieren.

Fritz René Allemann vermutet, daß die vielfältigen Erscheinungsformen der "regionalistischen Revolte" nur ein Reflex auf die europäischen Einigungsbestrebungen sind. 1) Er versucht die auf den ersten Blick paradox anmutende These wie folgt zu erklären: "Der Drang zu einer engeren 'übernationalen' Zusammenfassung der (west)europäischen Länder scheint dem zur Autonomie kleinerer, bisher in einem nationalen Verband eingeschlossenen Einheiten geradewegs zu widersprechen. Aber der Widerspruch ist nur scheinbar. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß beide Erscheinungen verschiedene Ausdrucksformen derselben Krise sind: eben der Krise jenes Nationalstaates, der aus der französischen Revolution hervorgegangen und dessen Physiognomie durch die oft mißverstandene oder mißbrauchte Anwendung des demokratischen Mehrheitsprinzips, durch extremes Souveränitätsdenken, Irredentat-Ängste und den Ethnozentrismus des jeweils dominierenden 'Staatsvolkes' geprägt worden ist. Dieser Staats-Typus erscheint in den neuen Zusammenhängen eines globalen, von Weltmächten getragenen politischen Systems zunehmend als Anachronismus - unabhängig davon, welche schweren praktischen Rückschläge die aus dieser Erkenntnis geborenen Bemühungen um eine "supranationale" Integration Europas erlitten haben mögen". 2)

Wenn ein Nationalstaat "von oben her" erschüttert wird, verliert er auch "von unten her" gegenüber "seinen aus irgend einem Grunde eigenwilligen Regionen" an integrierende Kraft. 3) Daß sich aber aus regionalen Bewegungen oder nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen eigenständige Nationen herausbilden könnten, ist in naher Zukunft unwahrscheinlich. Zwei unterschiedliche Entwicklungen stehen dagegen: Zunächst hatte es z. B. seit den Siebziger Jahren in Spanien und Frankreich ernstzunehmende Bemühungen um Dezentralisierung oder Föderalisierung gegeben, die zumindest in einigen Punkten den Forderungen der auf Autonomie strebenden Separatisten gerecht wurden. Zum anderen zeichnen sich im Rahmen der europäischen Integration weitergehende und optimalere Möglichkeiten ab, sprachliche und kulturelle Minderheiten zu schützen als es in den engen Verfassungsrahmen der Mitgliedsländer möglich wäre. 4)

Ein kulturpluralistischer Ansatz ist eher in der Lage, kleinräumige Verhältnisse und regionale Entwicklungen in ihrem Selbstverständnis zu begreifen. Nach einem solchen Modell hätten Minoritäten die besseren Chancen, ihre politische Eigenständigkeit, ihre Eigentümlichkeiten und ihre Traditionen zu bewahren. Eigene souveräne Staaten anzustreben, wäre nicht nur deswegen kontraproduktiv, weil sie die Rechte und Eigenarten der anderen Nationalitäten gefährden könnten, sondern angesichts weitergehender und übergreifender internationalen Entwicklungen, die evtl. auch eigenständige regionale Bewußtseinsprozesse berücksichtigen, und souveräne Staaten in dem Zusammenhang ohnehin an Bedeutung verlieren.

Die regionalen Bewegungen und Minderheitsorganisationen, die sich zur "Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) zusammenschlossen, setzen deshalb auf die Einheit Europas, weil sie sich für die eigenständige Entwicklung ihrer Volksgruppen im Rahmen eines größeren Ganzen mehr Chancen erhoffen. Auch die seit einigen Jahren bestehende und ausgleichend wirkende wirtschaftliche Förderung über den EG-Regionalfond könnte

1) Fritz René Allemann, Aufstand der Regionen, in: Wilhelm Hennis u. a. (Hrsg.), Regierbarkeit, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 306 f.

2) Vgl. S. 307

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Thomas Steensen, Volksgruppen und Regionalsprachen aus europäischer Sicht, in: Nordfriesland, 16. Jg. (1982), H. 63/64, S. 111

unterentwickelten oder peripheren Regionen, unabhängig von nationalstaatlichen Fördermaßnahmen, effektiv helfen und ihnen somit bessere Entwicklungsmöglichkeiten verschaffen. Ein politisch und wirtschaftlich voll integriertes Europa, ein Europa mit selbstbewußten kulturell eigenständigen Regionen, gäbe unter diesen Voraussetzungen nicht nur sprachlichen, kulturellen oder ethnischen Minderheiten, sondern allen sozial und ökonomisch benachteiligten Bewohnern der abgelegenen Grenz- und Peripheriegebieten in Westeuropa einen günstigeren Rahmen ab.

d) Regionale Wirtschaftsentwicklung

Regionale Bewegungen, die in Europa politische Autonomie, wirtschaftliche Gleichstellung und kulturelle Selbstbestimmung anstreben, geht es um mehr als die den Minderheiten eigentümlichen kultur- oder sprachpolitischen Forderungen. Vor allem die in Peripherieräumen angesiedelten Bewegungen setzen sich unter Verwendung ethnischer Symbole gegen ihre wirtschaftliche, soziale und politische Unterprivilegierung angesichts des immer offensichtlicher werdenden Wohlstandes der Zentren in Industriestaaten zur Wehr. 1)

Den globalen Zusammenhang des Regionalismus stellt Klaus Jürgen Gantzel wie folgt dar: "Jede Gesellschaft besitzt ein nationales Zentrum, gebildet von einer Machtelite, die die intranationalen wie internationalen Beziehungen der Gesellschaft bestimmt. Die nationale Peripherie der Gesellschaft besteht aus jenen Bevölkerungsteilen, mit denen das Zentrum arbeitsteilig interagiert, jedoch unter asymmetrischen Bedingungen infolge eines relativ stabilen, zugunsten des Zentrums ungleichen Verteilung der Verfügungschancen über materielle und immaterielle Ressourcen." 2) Hinzu kommt die Marginalisierung von abgedrängten Bevölkerungsgruppen. Lebens-, arbeits- und soziopolitische Artikulations- und Integrationsbedingungen werden entzogen oder verweigert, "weil die betroffenen Gruppen nicht unmittelbar für Profiterzielung, Kapitalakkumulation, Unterstützung oppositioneller Eliten usw. 'verwertet' werden müssen, sondern dies vielmehr belasten würden; gerade ihre Ausgliederung sichert die Vorteile des Zentrums." 3)

Der Prozeß der zunehmenden innerstaatlichen Unterentwicklung von Regionen kann auch als "Provinzialisierung" bezeichnet werden. 4) Nach Gert Zang ist der dynamische Prozeß der ungleichen Entwicklung Folge der Durchsetzung und Entfaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Die "Provinz" in ihrer heutigen Form ist "nicht mehr die fast autarke, abgeschlossene, auf den regionalen Markt beschränkte Kleingesellschaft vorindustrieller Prägung, sondern die in vielfältiger Weise vom nationalen und internationalen Markt abhängige Region". 5)

Die ungleiche und abhängige Entwicklung der Regionen gewann erst in neuerer Zeit politisch an Bedeutung und wissenschaftlichem Interesse. Die Theorien über den Regionalismus orientieren sich dabei im wesentlichen an die Entwicklungstheorien der Dritten Welt. Dabei wurde versucht, diese auf das Zentrum-Peripherie-Gefälle innerhalb der Nationalstaaten anzuwenden.

Die gegenwärtigen Trends regionalistischer Herausforderungen in einigen Nationalstaaten Westeuropas sind Ausdruck fundamentaler ökonomischer und struktureller Veränderungen im System der internationalen Arbeitsteilung und der Produktion. 6) Das spektakuläre Wachstum der europäischen Wirtschaft in den letzten zwei Jahrzehnten hat allerdings nicht zum erwarteten Ausgleich der auch schon zuvor bestehenden Disparitäten geführt. 7)

1) Vgl. Jochen Blaschke, S. 7

2) Klaus Jürgen Gantzel, Zu herrschaftsoziologischen Problembereichen von Abhängigkeitsbeziehungen in der gegenwärtigen Weltgesellschaft, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Ffm 1978, S. 106 f.

3) Ebd., S. 107

4) Vgl. Gert Zang, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Provinzialisierung einer Region, Ffm 1978, S. 15

5) ebd., S. 18

6) Vgl. Friedrich von Krosigk, S. 40

7) Vgl. ebd.

Besonders die wirtschaftsschwachen und peripher gelegenen Küsten- und Grenzregionen standen im Blickfeld der Regionalpolitiker und führten in der Bundesrepublik im Rahmen der Raumordnungspolitik zu zahlreichen ausgleichenden Maßnahmen. Auch auf europäischer Ebene ist man seit einigen Jahren bestrebt, über besondere Regionalfonds unterschiedliche Entwicklungen armer und reicher Regionen Westeuropas unabhängig von der Politik der jeweiligen Nationalstaaten auszugleichen.

Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung in den unterentwickelten Regionen liegt erheblich unter denen der Zentren. Die Arbeitslosenrate ist ebenfalls sehr hoch. Darüber hinaus fehlen die wichtigen mobilisierenden Faktoren für die Erhaltung der ethnischen und sprachlichen Identität. Der moralische Zusammenhalt und die soziale Kontrolle im ländlichen Raum läßt nur wenig Spielraum für Proteste zu. 1) Es ist daher vereinfacht, von einer Koexistenz regionaler Unterentwicklung und regionalistischem Aufbegehrens gegen die Unterdrückung durch die Zentralmacht auszugehen. Denn Regionen wie Süditalien, der Westen Irlands und der Süd- und Nordwesten Frankreichs, die zu den Armutsregionen Europas zählen, blieben von regionalen Protest bislang unberührt. 2)

Sucht man nach einem gemeinsamen Kriterium für revoltierende Regionen in Europa, so ist dieses fast ausnahmslos in der "peripheren geographischen Position zum politisch administrativen Zentrum des sie übergreifenden Nationalstaates" 3) zu finden. Zwar ist beispielsweise im hochindustrialisierten Baskenland in Spanien der wirtschaftliche und soziale Entwicklungsstand wesentlich höher als im politischen Zentrum Spaniens, die wichtigen die Region bestimmenden Entscheidungen werden jedoch im fernen Madrid getroffen. 4)

Angesichts der disparitätischen Entwicklungen in Europa und der bisher vergeblichen Versuche, die Unterschiede auszugleichen, macht sich in den neueren sozialwissenschaftlichen Forschungen ein Perspektivenwechsel bemerkbar. Das integrationistische und zentrumsorientierte Fortschrittsdenken und die eine Gleichzeitigkeit unterstellende Gesellschaftsanalyse wird abgelöst von einer Orientierung, die von der Ungleichzeitigkeit regionaler Entwicklungen, von räumlicher Differenzierung und von einer Abhängigkeitsbeziehung Zentrum und Peripherie ausgeht. 5)

Vor allem die sogenannte Dependenztheorie macht auf die polarisierende Dominanz der wenigen ökonomischen und kulturellen Zentren in den westlichen Staaten aufmerksam, die die peripher gelegenen Regionen oder Länder der Dritten Welt in Abhängigkeit halten. Sie wendet sich damit gegen das Konzept der klassischen Integrationstheorie, die von der stärkeren Interdependenz einen Ausgleich der ökonomischen und kulturellen Entwicklungsunterschiede erhofft. 6)

Auf den westeuropäischen Raum bezogen versuchen unter anderem der französische Theoretiker der okzitanischen Bewegung Robert Lafont 7) und der amerikanische Soziologe Mi-

1) Vgl. Jochen Blaschke, S. 19

2) Vgl. Friedrich von Krosigk, S. 26 f.

3) Vgl. ebd., S. 27

4) Vgl. Rainer S. Elkar, Die Ausbreitung..., S. 42

5) Vgl. Dirk Gerdes, S. 309

6) Vgl. ebd.

7) Vgl. Robert Lafont, D'colonisier en France, 1971

Michael Hechter 1), die polarisierenden Folgen der Abhängigkeitsbeziehung zwischen Erster und Dritter Welt auf die hochentwickelten Industriegesellschaften Westeuropas zu übertragen. 2) Sie stellen die Metapher "Interner Kolonialismus", "Zentrum-Peripherie-Verhältnis" und "Ungleiche Entwicklung" nicht zuletzt deswegen auf, um die "Dynamik der Befreiungsbewegungen der Dritten Welt als agitatorisches Potential für den regionalistischen Widerstand zu nutzen". 3)

Hechter geht von einem eher historischen Modell der ungleichen Entwicklung aus. Die Dynamik der kapitalistischen Entwicklung beruhe demnach auf vorfindbare regionale Unterschiede. Diese führe zu Entwicklungsdifferenzen sowohl unterhalb der Nationalstaaten als auch dazu, daß die Zentren der Nationalstaaten ihre Machtmittel zur Stabilisierung der regionalen Abhängigkeit einsetzten. Das "soziale Gesamtsystem" nutze die fördernden ethnischen Symbole der "nationalen Identität" und versuche durch gezielte Sprachpolitik vom Zentrum aus die Beherrschten der Peripherie zu stigmatisieren. Die kulturelle Dominanz oder Hegemonie der Zentrale verhindere eine eigenständige regionale Sprach- und Kulturentwicklung. 4)

Lafont deutet den "internen Kolonialismus" ebenfalls unter kulturtheoretischem Vorzeichen. Die Regionen seien gezwungen, um ihre sozialen und ökonomischen Chancen zu verbessern, sich der Kultur der Zentrale anzupassen. Es könne dabei geschehen, daß regionale Eliten dann die Statthalterfunktion für das Zentrum ausübten. Es gehöre durchaus zur Herrschaftsstabilisierung, daß die urwüchsig entstandenen handfesten Strukturen des regionalen Kapitalismus aufrecht- und die mitunter kulturellen Differenzen beibehalten würden, sofern sie der Zentrale nicht schaden. 5)

Die zentral gesteuerten wirtschaftlichen Aktivitäten wirken sich in den Peripherieregionen folgendermaßen aus: Die Ungleichzeitigkeit peripherer Wirtschaftsräume wird durch den allgemeinen wirtschaftlichen Strukturwandel bewirkt. Das durch diesen Strukturwandel hervorgerufene Bewußtsein der Zurückgebliebenheit der Peripherieräume fordert wiederum eine, oft allerdings auf Wachstum ausgerichtete regionale Strukturpolitik heraus, verbunden mit der Ausweitung der dafür erforderlichen politischen Instrumente und bürokratischer Apparate. 6)

Die staatlich forcierte "Interregionalisierung der Produktion" peripherer Wirtschaftsräume äußert sich in der intensiven Rationalisierung und Konzentration der Wirtschaftsabläufe. Sie zieht vor allem die Auslagerung administrativer und betrieblicher Entscheidungskompetenzen aus der Region und die Veränderung der Beschäftigungsstruktur zu Lasten der handwerklichen und mittelständischen Produktionsbereiche nach sich. Im Falle abnehmenden Wachstums schlägt die zurückgehende Konjunktur in der Regel in Peripherieräumen heftiger durch als in den Zentren, die dann eher zu Innovationen und neuerlichen Kapitalbildung in der Lage sind. Eine an sich vorher lebensfähige Region sinkt gerade durch die erfolgte "Modernisierung" zur abhängigen Armutsprovinz herab. 7)

1) Vgl. Michael Hechter, *Internal Colonialism*, 1975

2) Vgl. Dirk Gerdes, S. 310

3) Jochen Blaschke, S. 8

4) Ebd.

5) Vgl. Rainer S. Elkar, *Die Ausbreitung...*, S. 42 f.

6) Vgl. Dirk Gerdes, S. 310

7) Vgl. ebd.

Die funktionale totale Eingliederung und "Durchkapitalisierung" der Region vom ökonomischen und politischen Zentrum aus macht sich vor allem durch folgende Strategien bemerkbar: Zum einen gibt es die sogenannte "passive Sanierung" alles Nicht-Integrationsfähigen nach dem Motto: "Wenn man nichts tut, dann lösen sich die Probleme von selbst". 1) Wer sich z. B. nicht mit einer unzureichenden Infrastruktur abfinden möchte, der muß eben aus der Region abwandern und dies sind vor allem jüngere qualifizierte Arbeitskräfte und sonstige Bildungswillige. Werden tatsächlich Strukturmaßnahmen eingeleitet, dann trifft dies oft einseitig industrielle Großanlagen, Supermärkte oder industriell betriebene Landwirtschaft. Diese zwingen deshalb viele kleinere Existenzen zum Aufgeben. Der Kaufmannsladen im Dorf, die Eckkneipe in der Stadt, der Handwerksbetrieb, der vielleicht noch ein seltenes Handwerk ausübt, oder die kleine Bauernstelle mit wenigen Hektaren, sie können angesichts dieser Entwicklung nicht mehr mithalten.

Zweitens werden periphere Standorte bevorzugt wegen der in Überzahl vorhandenen billigen Arbeitskräfte für eine minder qualifizierte Produktion oder für ökologisch bedenkliche Industrieanlagen. In Abwehr dieser Zielvorstellungen ließe sich eine Regionalbewegung noch am ehesten mit einem Protestpotential verbinden. 2) Dieses wurde in der Bundesrepublik besonders sichtbar an den Planungen und dem Bau von Kernkraftwerken, z. B. in Wyhl (nicht gebaut) oder in Brokdorf (gebaut). Auch an die Protestaktionen und die Diskussionen um die Wiederaufbereitungsanlage von Kernbrennstoffelementen und das atomare Entsorgungszentrum in Gorleben sei erinnert. Dabei stießen die Anliegen der Atomkraftgegner auf eine breite Resonanz bei der ansässigen Bevölkerung des bislang unberührten und beschaulichen Landkreises Lüchow-Dannenberg, die erhebliche Störungen und Strukturveränderungen befürchteten. Nach dem Bekanntwerden der Regierungspläne bildete sich regional und bundesweit eine breite Widerstandsbewegung aus, die Mitte 1980 mit der Besetzung des "Bohrloches 1004" und symbolischem Ausruf der "Republik Freies Wendland" ihren Höhepunkt erreichte. Kurze Zeit später wurde dann allerdings doch das "Dorf" von der Polizei geräumt.

Zum Dritten eignen sich landschaftlich attraktive Regionen besonders gut als Freizeitparadiese für erholungsbedürftige Städter aus den Zentren. Wenn diese darüber hinaus natürliche, kulturelle und folkloristische Besonderheiten wie reizvolle Orte, alte Häuser, gute Seeluft, Sandstrand, Berge, Seen, Wälder, Volksfeste, Trachten usw. aufweisen, sind diese ideal für die touristische Verwertung und Vermarktung. 3) Durch Fremdenverkehr entsteht aber ein steigender Bedarf an Dienstleistungsfunktionen, die von der einheimischen Bevölkerung allein nicht erbracht werden können. 4) Durch die Ausrichtung auf den Fremdenverkehr wird die wirtschaftliche und soziale Struktur der Touristenorte nachhaltig verändert. Qualifizierte Arbeitskräfte wandern ab, weil ihnen entsprechende Erwerbsmöglichkeiten nicht mehr angeboten werden. Dafür werden auswärtige Saisonkräfte umso mehr angezogen, die den erhöhten Bedarf an Dienstleistungsfunktionen abdecken. Des weiteren werden Hotels, Campingplätze, Appartements, Kur- und Freizeiteinrichtungen geplant und errichtet, die oft mit ziemlicher Sicherheit von auswärtigen Konsortien oder Abschreibungsfirmen projektiert

1) Vgl. Hans Glatz/Günter Scheer, Autonome Regionalentwicklung - eine neue Dimension des Regionalismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1981), H. 3, S. 333

2) Vgl. Robert Lukesch, Selbstorganisation und autonome Regionalentwicklung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1981, H. 3, S. 324

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Frederik Paulsen, Die peripheren Küstenregionen und die europäische Integration, in: Nordfriesland, Jg. 11 (1978), H. 42-44, S. 70

werden. Die Bodenpreise steigen nun durch den erhöhten Bedarf kräftig an. Der einheimische Anteil am Häuser- und Grundstücksbesitz geht zugunsten auswärtiger Bodenspekulanten oder großstädtischen Ferienwohnungsbesitzern zurück.

Die zunehmende Neigung gutverdienender Ärzte, Künstler oder Intellektueller, sich abseits von Ballungszentren in schönen Gegenden niederzulassen wie z. B. auf den nordfriesischen Inseln, belastet finanziell nicht nur übermäßig die örtlichen Gemeinden wegen bereitzustellender Infrastruktur, die zudem erheblich Landschaft und Natur zerstören, sondern verändert auch grundlegend das einheimische Sozialgefüge. Eine intakte Sozialstruktur zur Erhaltung der sprachlichen und kulturellen Identität ist gerade auf den nordfriesischen Inseln wichtig. 1) Es ist fast ein Wunder, daß auf ihnen sich die friesische Sprache, mit abnehmender Tendenz zwar, zumindest teilweise erhalten hat.

Werden diese geschilderten Entwicklungstendenzen nun mit dem Konzept des "internen Kolonialismus" konfrontiert, so ist durchaus von einer ungleichen regionalen Entwicklung und von einem "asymmetrischen Ausbeutungsverhältnis" Zentrum-Peripherie auszugehen. Die ungleichen Lebenschancen zwischen Stadt und Land äußern sich, wie Rainer S. Elkar ausführt, "in Unterschieden bei der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, bei den Einkommenserzielungschancen, bei der medizinischen Versorgung" 2) usw.

Die Theorie des "internen Kolonialismus" wird allerdings unscharf, wenn es allein an der kapitalistischen Ratio liegen sollte, daß Disparitäten sich verschärften und eindeutige Ausbeutungsverhältnisse zwischen Stadt und Land, zwischen Hauptstadt und Randregion sich einstellten. Marktwirtschaftlich und planwirtschaftlich organisierten Wirtschaftssystemen sind diesen gleichermaßen eigen. Zudem erweist sich die kapitalistische Wirtschaftsweise als sehr anpassungsfähig. Die Formel Kapitalismus gleich Zentralismus läßt sich danach nicht aufrechterhalten. Vor allem in Großstadtreionen zeichnet sich ab, daß neue Märkte in Unterezentren entstehen, die Kapital und Erwerbsmöglichkeiten aus den Zentren abziehen und so eine partielle Angleichung herbeiführen. 3)

1) Vgl. ebd., S. 70

2) Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 62

3) Vgl. ebd., S. 62

e) Alternative Regionalpolitik

Die moderne wirtschaftliche und damit verbundene technische Entwicklung, die schwerwiegend in ihren Folgen nicht nur Umwelt und Natur beeinflusst, sondern auch das traditionelle Sozialgefüge, Sprache und Kultur belastet, bedarf gegensteuernder Maßnahmen. Eine alternative Regionalpolitik darf sich negativen Auswirkungen nicht blindstellen, die wirtschaftlichen und technischen Eingriffen in Landschaft und Natur zu verdanken sind. Ökonomische Aktivitäten wären nur dann als "nicht-kolonialistisch" anzusehen, wenn die Bewohner des Entwicklungsgebietes sie selbst verantworteten, wenn sie in die regionalen Wirtschaftsabläufe eingebettet und diese in erster Linie dem regionalen Binnenmarkt zugutekämen. Erst nach Durchlauf aller Bearbeitungsstufen dürfte das regional hergestellte Produkt außerhalb der Region exportiert werden. 1)

Gegenüber den herkömmlichen Konzepten möchte die autonome Regionalentwicklung eine auf eigene Kraft, auf Selbstvertrauen beruhende Wirtschaftsstruktur durchsetzen. Den traditionellen Lebensweisen angepaßte Arbeits- und Produktionsformen sollen nach diesem Konzept, auch "Self-Reliance" genannt, reaktiviert und durch vorhandene eigene Ressourcen besser genutzt werden. Eigenständige und selbstgenügsame Wirtschaftsformen sollen sowohl vor äußeren zerstörerischen Einflüssen geschützt als auch durch einen autonomen und selbstbestimmten Austausch mit den Außenmärkten gewährleistet werden. 2)

Selbstbestimmte ökonomische Aktivitäten werden größtenteils dadurch erschwert, daß die auf regionaler Ebene stattfindenden wirtschaftlichen Aktivitäten von der zunehmenden staatlichen Planungs- und Bewilligungsbürokratie beeinflusst und die Planungsdaten und Entscheidungskriterien zentral definiert werden. 3) Die herkömmliche Regionalpolitik richtete sich fast ausschließlich auf die Nutzung der überregional gefragten Ressourcenelementen aus. Im ländlichen Raum sind es die genug vorhandenen billigen Arbeitskräfte, die unter Umständen die überreichlichen Bodenschätze oder andere Rohstoffe, und nicht zuletzt Produkte der Fischerei-, Land- und Forstwirtschaft, die ein über die Region hinausgehendes Verwertungsinteresse finden. 4)

Regionalanalysen verließen sich bisher auf ein unterschiedliches Bündel demographischer, ökonomischer und infrastruktureller Indikatoren und Kennziffern, um die relative Verarmung und Unterentwicklung von Regionen belegen zu können. Regionale Strategien, die ein autonomes Konzept verfolgen, betonen demgegenüber Standpunkte, die von geschlossenen und gewachsenen historisch legitimierten sprachlich-kulturell-ethnischen Siedlungsräumen ausgehen. 5) Darüber hinaus spielen folgende Fragen wirtschaftlicher Art eine Rolle: Wo werden die in der Region hergestellten Produkte vermarktet? Wem kommt der Ertrag zugute? Verbleibt der Erlös in der Region oder sind die Nutznießer woanders zu suchen? Wird in abgelegenen Regionen nur deswegen investiert, um mit billigen Arbeitskräften möglichst schnell

1) Vgl. Dirk Gerdes, S. 311; danach wäre es z. B. in der Milchwirtschaft besser, die Veredelung von Molkereiprodukten in der Region selbst vorzunehmen und sie nicht, wie vielfach aus vorgeschobenen Rationalitäts- und Kostengründen geschehen, irgendwelchen außerhalb der Region liegenden Meierei-, Käse- oder Butterzentralen zuzuführen.

2) Vgl. Hans Glatz/Günter Scheer, S. 336 f.

3) Vgl. Dirk Gerdes, S. 311

4) Vgl. Hans Glatz/Günter Scheer, S. 337

5) Vgl. Dirk Gerdes, S. 311

viel Gewinn zu machen? Wer hält Anteile am Kapitalbesitz und wer besitzt die Produktionsmittel? 1) Erst solche differenzierten Fragestellungen und Antworten werden dem wirtschaftlichen Konzept der autonomen Regionalentwicklung von Nutzen sein.

Doch auch die offizielle Regionalpolitik kann sich den ungelösten Problemen nicht verschließen, die sich aus "der räumlichen Differenzierung der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben". Sie beschäftigen gleichermaßen Theoretiker der quantitativen Regionalwirtschaftslehre und Praktiker der regionalen Wirtschaftspolitik. 2) Peter M. Schulze konkretisiert es wie folgt: "Die zunehmende inter- und intraregionale Arbeitsteilung im Zuge der Industrialisierung hat einerseits zu einer gewissen Verarmung bzw. Entleerung und andererseits zu einer übermäßigen Ballung von Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Wohlstand in den verschiedenen Regionen einer industrialisierten Volkswirtschaft geführt. Das Streben nach einer gesamtwirtschaftlich gewünschten Entwicklung und das Bemühen um eine 'gerechte' Verteilung des Volkseinkommens zwingt zu einer Erforschung der regional unterschiedlichen Entwicklungstendenzen und räumlichen Disparitäten." 3)

In der Raum- oder Regionalforschung wird inzwischen ebenfalls das Konzept der "endogenen Regionalentwicklung" diskutiert. Mit der "mythischen Kraft dieser neuen Begriffswelt" werden in Politik und Wissenschaft allerdings Hoffnungen geweckt und wünschbare Zukunftsbilder projiziert, die für eine regionalbezogene und realitätsnahe Entwicklungspolitik eigentlich nicht gerade förderlich sind. Auf der anderen Seite werden alternative Konzepte aber um so dringender benötigt, als "die Zielerreichung der bisherigen räumlichen Entwicklungspolitik bzw. der Raumordnungs- und Regionalpolitik mit guten Gründen skeptisch bis vernichtend beurteilt wird". 4)

Das Konzept der eigenständigen Regionalentwicklung beruht darauf, daß nicht nur wirtschaftliche Nutzungsräume betrachtet, sondern gleichzeitig die kulturelle Identität, ökologischen Lebens- und politischen Entscheidungsräume berücksichtigt werden. Ernst A. Brugger macht diesen Zusammenhang an folgender Skizze klar: "Dieses territoriale Gesamtverständnis von räumlicher Entwicklung entspricht zweifelsohne einem weitverbreiteten Drang nach vermehrt holistischer Lebensweise, insbesondere bei Jugendlichen. Als Regel ist individuelles Raumbewußtsein zu verzeichnen, welches funktionalen Gesetzen und Zwängen folgt: Mit zunehmender weltwirtschaftlicher Integration weitet sich der relevante Wirtschaftsraum und überschreitet jede institutionelle Grenze; großräumige ökologische Komplementärräume werden im Verlaufe des Urbanisierungsprozesses zunehmend wichtiger; und sozusagen als 'Gegenreaktion' wird die politische und kulturelle Raumorientierung wieder bewußt kleinräumiger: der Ruf nach Identität und Heimat wird zum Korrektiv für zunehmende Weltoffenheit und Interdependenz." 5)

Hinter der Regionalpolitik offizieller staatlicher Stellen verbergen sich oft genug handfeste ökonomische Interessen, die gegenüber der in der Region lebenden Bevölkerung durchaus

1) Vgl. Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein..., S. 62

2) Vgl. Peter M. Schulze, Zur Analyse regionaler Entwicklungskomponenten, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften (1980), H. 3, S. 271

3) Ebd.

4) Vgl. Ernst A. Brugger, "Endogene Entwicklung": Ein Konzept zwischen Utopie und Realität, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1984), H. 1/2, S. 1

5) Ebd., S. 6

konträr sein können. Regionale Förderung, aber auch ablehnender regionaler Protest, richten ihre Argumentation meist am Maßstab einer vermeintlichen Erhöhung des Wohlstands aus. Die Interessen der in der Region beschäftigten Arbeitnehmer sind andere als die in der Landwirtschaft oder die der Natur- und Umweltschützer. Im Prinzip haben Gegenbewegungen mehr ökonomische denn ethnisch bedingte Ursachen. Diejenigen, die sich gegen die offizielle staatliche Politik und gegen einen verordneten Zentralismus wenden, beziehen ihre argumentative Stärke gerade auf konkrete und einsichtig formulierte, auf die Region beschränkte Partialziele, welche in Widerspruch stehen zu den nivellierenden Allgemeinheitsansprüchen übergeordneter staatlicher Instanzen.

Die Diskrepanz zwischen optimalen großräumigen Wirtschaftsräumen und der Kleinräumigkeit kulturell-politischer Eigenständigkeit ist wahrscheinlich um so größer, je entwickelter und je integrierter die Volkswirtschaft ist. Es müßte eine Kongruenz "zwischen prozeßanalytisch und handlungsorientierten richtigen Raumgrenzen" gefunden werden. Das bedeutet, daß unterschiedliche Raumgrößen, -grenzen und -orientierungen so aufeinander zu kombinieren und abzustimmen wären, daß die weltweite internationale Wettbewerbsfähigkeit wechselseitig mit lokaler Identität verbunden werden könnte. 1)

Reaktionen regional betroffener oder benachteiligter Bevölkerungsgruppen sind nur dann wirksam und tragen zur Mobilisierung bei, wenn sich diese einerseits auf umfassende Kenntnisse regionalen Geschehens stützen und andererseits sichtbare und erkennbare allgemeingesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Zusammenhänge berühren, die auf die Region einwirken. Es läßt sich allerdings schlecht mit ethnonationalen Symbolen gegen die Eigendynamik anonymer Marktgesetze mobilisieren, selbst wenn überall damit geworben wird. 2)

Die Bewohner der Region fühlen sich ohnmächtig und hilflos ausgeliefert gegenüber Entscheidungen der ihnen anonym gewordenen "Mammutorganisation" Nationalstaat. 3) Dennoch wäre es möglich, erfolgreich Widerstand zu leisten, wenn die getroffenen politischen Entscheidungen der Zentren einem legitimierenden Rechtfertigungszwang unterliegen würden. 4) Auf der anderen Seite erhoffen die Bewohner von kleinräumigen, dezentral und föderativ strukturierten Entscheidungsbereichen besser von den modernen Entwicklungen partizipieren können, sofern diese nicht zu sehr in ihre festgefügteten Lebensweltstrukturen eingreifen.

Auch der "Beirat für Raumordnung" tritt für eine "selbstverantwortete Entwicklung im Rahmen der Raumordnung" ein. Ihre Träger sind in erster Stelle Menschen, "die in den jeweiligen Regionen leben und arbeiten. Sie tragen die Verantwortung dafür, ob und wie die in ihren Regionen insgesamt verfügbaren Ressourcen genutzt und erhalten werden. Sie können aber auch erwarten, daß ihnen aus dem überregionalen Zuwachs an volkswirtschaftlichem Kapital Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wenn die eigenen Anstrengungen und Potentiale aufgrund der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen

1) Vgl. Ernst A. Brugger, S. 7

2) Vgl. Dirk Gerdes, S. 313

3) Vgl. ebd., S. 315

4) Vgl. ebd., S. 313

nicht ausreichen, die Mindeststandards an gleichwertigen Lebensbedingungen zu erreichen, die in anderen Regionen bereits gegeben oder beschritten sind". 1)

Nach dem hier beschriebenen Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip sollen möglichst viele Aufgaben, die in der oberen Staatsebene angesiedelt sind, subsidiär nach unten hin verlagert werden. Nur wenn die Aufgaben von der unteren Ebene nicht mehr bewältigt werden können, tritt die nächsthöhere Ebene "solidarisch" ein. Brugger stellt es sich so vor: "Möglichst viele Funktionen in Planung und Realisierung sollen demnach auf Gemeinde- und Regionsstufe, möglichst wenige auf nationaler Ebene erfüllt werden. Dieser Vorrang kleiner und bürgernaher Netze bedeutet eine Einschränkung des Zentralstaates, der sich im wesentlichen auf die Bereiche der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Sicherheit, der Rechtsprechung, des solidarischen Ausgleichs in sozialer und räumlicher Hinsicht sowie auf Koordinationsaufgaben konzentriert." 2)

Um die eigenständige Entwicklung zu unterstützen, müßte ein föderalistisches Optimum gefunden werden, welche die "formale und faktische staatliche Kompetenz und Entscheidungsfähigkeit soweit wie möglich 'unten' verankert". Allein eine Delegation zentraler Macht nach unten ist unzureichend, da diese in der Durchdringung des Landes mit ihren traditionellen Machtstrukturen "deutliche Konflikte mit der Option eigenständiger Entwicklung" verursachen würde. Erst eine Dezentralisierung als Voraussetzung föderativer Strukturen, ermöglicht die "demokratische Artikulation regionaler Sorgen und Ziele sowie die Gestaltung einer darauf beruhenden Entwicklungspolitik". 3)

Die DGB-Gewerkschaften sehen die Regionalpolitik ebenfalls als eine notwendige Ergänzung zu ihren betriebsbezogenen Ansätzen an. Da für technologieorientierte Unternehmensgründungen bereits ein öffentliches Förderangebot existiert, könnte dieses brachliegende Feld gut für gemeinwirtschaftliche Aktivitäten genutzt werden. Die dadurch entstehenden Einrichtungen würden dann die Übernahme vieler Betriebe erleichtern, die gerade in peripheren Regionen von der Schließung bedroht sind. 4)

Die Gewerkschaften gehen davon aus, daß die Bewohner der Region grundsätzlich für ihre eigene regionale Entwicklung verantwortlich sind und für die optimale Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen sorgen müssen. Die regionalen Organisationen der Gewerkschaften sollen dabei nicht nur die Arbeitnehmerinteressen der in der Region ansässigen Unternehmen und Verwaltungen vertreten, sondern auch die kommunale und regionale Politik beeinflussen. Es sollte nach dem Grundsatz, "daß die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien in allen Regionen gleichwertig sein sollten", ein "regionaler Ausgleich auf möglichst hohem Niveau stattfinden" 1), was ja unbestritten mit dem obersten Ziel staatlicher Raumordnungsplanung über einstimmt. 2)

1) Empfehlung des Beirats für Raumordnung vom 18. März 1983, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1984), H. 1/2, S. 187 f.

2) Ernst A. Brugger, S. 12

3) Vgl. ebd., S. 12

4) Vgl. Gerhard Finking, Alternative Produktion in strukturpolitischer Sicht, in: WSI-Mitteilungen, 37. Jg. (1984), H. 8, S. 473

1) Vgl. Dieter Hockel, Für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Regionen, in: WSI-Mitteilungen, 37. Jg. (1984), H. 8, S. 483

2) So legen z. B. im § 2 der Landesentwicklungsgrundsätze für Schleswig Holstein vom 22. Sept. 1981 fest, daß das Land in allen Teilräumen so weiter zu entwickeln ist, daß es "in sei-

Auf mittlerer Sicht soll erreicht werden, "daß die gesamte Regionalpolitik auf der Basis regionaler Entwicklungskonzepte betrieben wird. Diese Konzepte sollten in der Region selbst entwickelt, auf den übergeordneten staatlichen Ebenen untereinander abgestimmt und schließlich in den Regionen selbst durchgeführt und kontrolliert werden. An der Konzipierung, Durchführung und Kontrolle sollten die Gewerkschaften im Rahmen qualifizierter Mitbestimmung beteiligt sein. Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung solcher Konzeptionen ist eine ausgebaute regionale Strukturberichterstattung, die teils in den Regionen selbst erarbeitet, teils durch Regionalisierung vorhandener sektoraler Strukturberichterstattung erstellt werden muß." 1)

Das Konzept "alternative Produktion" könnte nach Ansicht der Gewerkschaften auf regionaler Ebene als Ansatzpunkt genutzt werden für kommunale und regionale Planungen zur Energieversorgung, zum Umweltschutz und zur Stadtanierung. Es gäbe genügend Beispiele dafür, "daß z. B. die Nutzung von Überschußenergien, z. B. aus industrieller Abwärme oder Deponiegas, zur Gründung oder Ansiedlung von Unternehmen führen kann, die diese Energien verwenden, z. B. Unterglasbetriebe, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe". 2) Wenn diese Ansätze in den Problemregionen auch zur Regeneration aus eigener Kraft mittels technologisch fortgeschrittener Basis verhelfen könnten, so möchten mit ihnen die Gewerkschaften doch gerne Tendenzen entgegenwirken, die ihrer Meinung nach zum "Ableiten in eine Schattenwirtschaft mit vermindertem technischen und sozialen Niveau" führen würden. 3)

Das obige Argument zielt offensichtlich auf "Alternative Bewegungen", die z. B. in Landkommunen verstärkt ökologischen Landanbau betreiben möchten. Jost Herbig zufolge verbergen sich dahinter "akademisch gebildete Köpfe", die sich dem "Herrschaftsanspruch der zerstörerischen, zentralistischen Großtechnik das Ideal dezentraler menschengemäßer Lebens- und Arbeitseinheiten auf Grundlage 'sanfter' Techniken" entgegenstellen. 4) Herbig schätzt das Gewicht der "Alternativen Bewegungen" als gering ein, gesteht ihnen aber zu, daß sie nicht nur Teilziele wie Umweltschutz verfolgen, sondern auch "andere menschen- und naturgemäße Lebens- und Arbeitsformen auf Grundlage 'sanfter' dezentraler Technik" zu verwirklichen suchen. 5) Trotz der Erschütterung des Glaubens an eine Kontinuität des bisherigen

nen städtischen und ländlichen Bereichen als lebendiger Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum erhalten wird, die Belange des Umweltschutzes gewahrt werden, die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit in allen Teilen des Landes im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt zumindest gleichwertig sind und jeder Teilraum des Landes den ihm angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann"; in: Albert von Mutius (Hrsg.), Verfassungs- und Verwaltungsrecht in Schleswig Holstein, Kiel 1983, S. 219. Daß "Dieses Oberziel allen raumordnenden Handelns, nämlich die Erreichung gleichwertiger Lebensbedingungen in der gesamten Bundesrepublik, wissenschaftlich nicht ganz eindeutig zu begründen sei. (...) Denn dieses Ziel ist weder von der Raumordnung noch vom Grundgesetz erfunden, sondern ergibt sich einfach aus dem Menschsein, wurde deutlich akzentuiert in der Französischen Revolution, ist eine Errungenschaft nicht nur des Sozialstaats, sondern auch des Rechtsstaats"; in: Hans Gerhart Niemeier, Bundesbaugesetz - Bundesraumordnungsgesetz, in: Raumforschung und Raumordnung, 37. Jg. (1979), H. 6, S. 244 f.

1) Dieter Hockel, S. 485

2) Gerhard Finking, S. 473

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. Jost Herbig, Das Ende der bürgerlichen Vernunft, Ffm 1980, S. 273

5) Vgl. ebd., S. 281

Fortschritts während der (Öl)krise der siebziger Jahre, sieht er allerdings, daß die Utopie der Ökologie angesichts der weitgehend ungebrochenen "Dynamik technokratischer Restauration" wirtschaftlich keine wichtige Rolle spielen wird. 1)

Nach Herbig scheitert die "Alternative Bewegung" zudem daran, "daß sie eben jene Abhängigkeiten vermeidet, die den Siegeszug der offiziell geplanten Technik garantieren". 2) Was allerdings diese Gruppen auszeichnet, - anders als bei den traditionellen "pressure groups, die nur ihre Partikularinteressen im staatlichen Verteilungssystem verankert sehen wollen, um sie gewissermaßen als Bürgerrechte zurückzufordern", - daß sie ihr Leben selbst in die Hand nehmen möchten. 3) Das unterscheidet sie von den Gewerkschaften, die immer noch den Staat als etwas Absolutes ansehen und daher auch akzeptieren, daß über den konkreten Inhalt "gleichwertiger Lebensbedingungen" nur auf gesamtstaatlicher Ebene, also auf bundesdeutscher Ebene entschieden wird. 4) Die konkreten Lösungen, die die Alternativen entwickelt haben, sind nach Herbig zwar "nur begrenzt verallgemeinerbar, doch könnte die Art dieses Vorgehens allgemeine Bedeutung erlangen und diese Gruppen zur Vorhut einer umfassenderen Kulturrevolution machen". 5)

1) Vgl. ebd., S. 279

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. ebd., S. 281

4) Vgl. Dieter Hockel, S. 483

5) Jost Herbig, S. 281

III. Nordfriesland

Für die Friesen in Nordfriesland, die sich auf eine lange Freiheits- und Rechtstradition berufen, war es im Verlauf ihrer Geschichte schwer, sich als eigenständiges Volk zu betrachten oder sich als nationale Minderheit zu empfinden. 1) Sie konnten bis heute nur mühsam ihre eigene Kultur, ihre eigene Sprache, überhaupt ihre eigene Identität bewahren. Sind die Friesen ein eigenständiges Volk oder sind sie ein Stamm unter vielen deutschen Stämmen? 2) Die "Wahrheit" dürfte wohl, wie gesagt wird, eher in der Mitte liegen. Fest steht, daß die friesische Kultur einer wechselvollen Geschichte unterlag und in hohem Maße von äußeren Einflüssen abhängig war. Heute (1984) gibt es in Nordfriesland etwa 10.000 Menschen, die die friesische Sprache entweder sprechen oder verstehen können.

Nordfriesland ist eine peripher gelegene Küsten- und Grenzlandschaft am nördlichen Ende der Bundesrepublik Deutschland. Die Region weist eine vielfältige und heterogene Küsten-, Landschafts- und Bevölkerungsstruktur auf. Ohne die Wattflächen umfaßt das Gebiet in seinen Kreisgrenzen etwa 2041,15 qkm. Die Inseln und Halligen sind etwa 298,35 qkm groß. Das zwischen den Inseln und dem Festland liegende Watt ist mit ca. 1800 qkm bemessen. Da Nordfriesland größtenteils Agrargebiet ist, beträgt die landwirtschaftliche Fläche insgesamt 1572,36 qkm, davon Grünland 974,09 qkm, Ackerland 593,19 qkm und Wald 63,72 qkm. Nach dem Stand vom 31. März 1982 lebten im Kreis Nordfriesland 161.466 Einwohner, das sind 79,1 Einwohner pro qkm. 3)

Der Kreis Nordfriesland entstand durch eine Gebietsreform im Jahre 1970. In diesem Jahr wurden die Kreise Eiderstedt, Husum und Südtondern zusammengelegt. Vor dieser Reform war der Name "Nordfriesland" ein geographischer Begriff, welcher das Wohn- und Sprachgebiet der wahrscheinlich zwischen 700 und 1200 eingewanderten oder kolonisierten Friesen bezeichnete. Wie der Volksname "Friese" entstanden ist, darüber können nur Vermutungen angestellt werden. Während eine ältere Lesart annimmt, daß "der Friese" mit "der Freie" übersetzt wird, glaubt eine jüngere Ansicht, daß das Wort "Friese" von dem Wort "Vries" hergeleitet ist. Im Hochdeutschen bedeutet es "Rahmen", "Peripherie" usw. Friesen sind also die am Vries, am Rande, an der Küste des Festlandes wohnende Bevölkerung. 4)

1) Vgl. Wilfried Lagler, Zwischen Kieler und Bonner Erklärung. Zur Stellung der Nordfriesen im schleswig-holsteinischen Minderheitenrecht, in: Nordfriesisches Jahrbuch, Neue Folge, Bd. 18/19, S. 47 ff.

2) Dieser Streit spiegelt sich auch in den friesischen Vereinen in Nordfriesland wider. Neben dem neutralen und von allen friesischen Vereinen unterstützten "Nordfriisk Instituut" in Bredstedt sind es zwei größere Vereine, die sich um die Belange aller Nordfriesen kümmern. In der Stellungnahme zur Eigenständigkeit der friesischen Kultur nehmen sie konträre Positionen ein. Die eng mit der dänischen Minderheit zusammenarbeitende "Foriining for nationale Friiske" versteht die Friesen als nationale Minderheit mit einer eigenständigen Sprache und Kultur. Der "Nordfriesische Verein für Heimatliebe und Heimatkunde" betont dagegen ausdrückliche eine Zugehörigkeit der Friesen zur deutschen Kulturgemeinschaft und versteht sich als eine der deutschen Heimatvereine.

3) Angaben erfolgten nach dem offiziellen Zahlenspiegel 1983, der von Kreis Nordfriesland herausgegeben wird.

4) Vgl. Harald Thomsen, Das Friesentum Dithmarschens, in einem undatierten Zeitungsausschnitt vor 1945 (vorhanden im Archiv des Nissenhauses in Husum)

Friesen werden einerseits als äußerlich ruhig, steif und manchmal verschlossen, andererseits als bald tief bewegt, sentimental und rührselig geschildert. Es werden ihnen gleichermaßen die Tatkraft freier Bauern und Schiffern als auch die Passivität von Märtyrern zugeschrieben. Als scheinbar wesensmäßige Gegensätze, sind diese Zuschreibungen dennoch keineswegs ausgesprochen negativ. Ob sie tatsächlich das Wesen der Friesen treffen, mag dahingestellt sein. Es ist genauso leerformelhaft, vom typischen "Amerikaner" oder vom "Franzosen" zu sprechen. Es sei denn, es bezieht sich auf einen bestimmten Sprachträger oder als einen Inhaber einer bestimmten Staatsbürgerschaft.

Weil Hermann Lübke so etwas wie eine friesische Bewegung in Nordfriesland vermißt, die er als nichtexistent ansieht, hält er die Anstrengungen der Friesen, ihre Herkunftsprägung zu behaupten und zukunftsfähig zu halten, mehr für etwas Allgemeines, weniger für eine spezielle friesische Besonderheit. Er begründet das mit der wachsenden kulturellen und politischen Aktualität von regionalistischen Bewegungen in Europa und stellt dabei ein allgemeines Interesse an den Besonderheiten herkunftsprägter kultureller Lebenswelten fest. Dabei fragt sich Lübke allerdings, warum gerade dieses Interesse zunimmt bei der Modernität des sozialen und kulturellen Lebens, anstatt sich im allgemeinen Modernisierungsprozeß aufzulösen. 1)

Wolfram Zitscher versucht dieses Festhalten am Besonderen wie folgt zu erklären: "Dieses Bewußtsein von der Prägung des Menschen vor allem im Kindesalter durch seine - vor allem - kulturelle Umwelt, das heißt, durch Zeugnisse aus vergangenen Epochen, die bis vor wenigen Jahrzehnten zum unangefochtenen Bestand unseres Lebens gehörten, ist gewachsen. Zugleich aber mit der zunehmenden Zerstörung dieser Umwelt wird in jüngster Zeit eine Entwicklung, bis vor kurzem kaum bemerkbar, wirksam, die in das allgemeine Anwachsen der Sorgen um die Grundlagen dessen einfließt, was wir als unsere Individualität, unsere Besonderheit als Einzelmensch, kurz als 'Menschenwürde' zu bezeichnen versuchen." 2)

Wie weit allerdings die tatsächlich empirisch feststellbare Unterdrückung von ethnischen und sprachlichen Minderheiten der Regionalbewegungen durch "zwanghafte Selbstüberhöhung" kompensiert werden mag, wie weit sie auf rechtfertigungsbedürftige Weise etwas "Besonderes", etwas "Anderes" sein wollen 3), ist nicht das eigentliche Problem. Ausschlaggebender ist wohl eher der Verlust der persönlichen Identität, die auch durch die viel beschworene nationale kollektive Identität nicht mehr zurückzuholen ist. Auf eine solche können überdies die Deutschen, durch ihre arrogante Selbstüberschätzung ihres Deutschtums, sich spätestens mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr berufen. Ist es da ein Wunder, daß viele als Ersatz auf kleinräumige und überschaubare Welten zurückgreifen wollen? Warum sollten daher die Nordfriesen sich nicht wie überall um eine eigenständige friesische Identität bemühen?

In Nordfriesland ist Identitätsbildung in hohem Maße immer mit der Landschaft verbunden. Wolfgang Riedel, der mit folgenden Worten zwar weniger die friesische Kultur, sondern eher den kultivierten und menschlichen Eingriff in die Naturlandschaft meint, bringt diesen Tatbestand dennoch auf den Punkt: "Landschaftsbeschreibung heute ist immer auch Schilderung von Landschaftszerstörung. Landschaftswandel durch natürliche Vorgänge, allmählichen Kul-

1) Vgl. Hermann Lübke, S. 9 f.

2) Wolfram Zitscher, Heimat - inhaltsanalytische Reflexionen, in: Wolfgang Riedel (Hrsg.), Heimatbewußtsein, Husum 1981, S. 48

3) Vgl. Harm-Peer Zimmermann, S. 18, in einer Antwort auf den Beitrag von Hermann Lübke.

turlandschaftswandel, gelegentlich katastrophentypisch beschleunigt - das hat es seit Jahrtausenden gegeben. Der Landschaftswandel dieser Tage hat ein Maß an Wachstum und Schnelligkeit erreicht, das unerhört ist und unsere Erfahrungen übersteigt. Sichtbar und - diese Wirkungen sind oft viel gefährlicher - unsichtbar geschehen Wandlungen um uns herum, bahnen sich Höhepunkte und Schlußpunkte der Landschaftsentwicklung an. Waren bedeutende Veränderungen in Landschaftsstruktur und Landschaftsbild früher mehr oder weniger regional begrenzt, so haben Veränderungen und Schädigungen heute ein globales Maß erreicht. Neben die chemische Vergiftung der Umwelt ist die biologische Verarmung (Artenverlust) mit nachfolgender Instabilität der Ökosysteme getreten. Es gibt keine heiligen Inseln mehr, auch nicht mehr auf Borneo, auch nicht mehr in Ellhöft an der deutsch-dänischen Grenze." 1)

Im Landschaftswandel Nordfrieslands machen sich die Veränderungen seit Beginn der Industrialisierung in Deutschland vor allem die drei Faktoren Landwirtschaft, Küstenschutz und Fremdenverkehr bemerkbar. Doch noch immer geht von diesem Küstenstrich mit seinen Inseln, Halligen, Marschen, Deichen, dem Watt und den reetgedeckten Bauernhäusern der Ruf einer reizvollen und attraktiven Landschaft voraus, die viele Touristen und Fremde, manche Schöne und Reiche anlockt. Umweltschäden machen sich jedoch auch hier bemerkbar. Vor allem das Watt ist durch neue Eindeichungen, durch Meeresverschmutzung, durch einen möglichen Öltankerunfall vor der Nordseeküste, die Inseln und das Festland durch intensiv betriebene Landwirtschaft, durch Bebauung in Fremdenverkehrsgebieten usw. bedroht.

Die einstigen Freiheits- und Rechtstraditionen der Friesen sind durch die heutigen modernen demokratischen Rechts-, Politik-, Wirtschafts- und sonstigen Lebensformen inzwischen weitgehend außer Kraft gesetzt oder in ihnen integriert worden. Doch gewisse Bestandteile hielten sich hartnäckig bis in unsere heutige Zeit. Auch ein in der Vergangenheit nie angestrebtes eigenständiges und autonomes Nordfriesland ist angesichts der weltweiten allgemeinen und nivellierenden Einflüsse nur noch als unrealistische Utopie zu betrachten. Den Bewohnern Nordfrieslands ist es jedoch unbenommen, sich zu ihren alten friesischen Traditionen zu bekennen. Dazu sollte neben dem bewußten Festhalten an der friesischen Sprache vor allem eine kritische Auseinandersetzung mit der friesischen, dänischen und deutschen Geschichte gehören. Überlieferte Elemente der friesischen Kultur - Bauen, Wohnen, Arbeiten, Feste usw. - sollten behutsam und kritisch auf Erhaltungswertes überprüft und gegebenenfalls durchaus als bessere Lebensformen beibehalten werden.

1) Wolfgang Riedel, Heimat im Kräftefeld von Umwelt und Innenwelt, in: ders. (Hrsg.), Heimatbewußtsein, Husum 1981, S. 84

a) Zur Geschichte Nordfrieslands

Die Friesen siedelten sich in der Vergangenheit in den schwer erreichbaren immer wieder von Überschwemmung bedrohten Gebieten der Nordseeküste an. Oft genug unterlagen sie den Kämpfen mit den Naturelementen und mußten dem Meer weichen. Sie schützten sich, bauten Warfen und Deiche, die gemeinsam verteidigt werden mußten. Es prägte lange Zeit ihre Rechts- und Freiheitstradition, die sie, wenn auch defensiv, gegenüber der Obrigkeit in Schleswig und Kopenhagen behaupteten. Nordfriesland gehörte bis 1864 politisch teilweise zum Herzogtum Schleswig und teilweise zum dänischen Königreich. Die Insel Helgoland mit ihren friesischen Einwohnern, 1714 dänisch geworden, 1807 an Großbritannien abgetreten, wurde 1890 vom Deutschen Reich gegen die deutschen Kolonialbesitze Sansibar und Witu-land in Afrika ausgetauscht. Wie das Herzogtum Schleswig unterstand von 1721 bis 1864 auch das Herzogtum Holstein als Mitglied des dänischen Gesamtstaates dem dänischen König, der in Personalunion gleichzeitig Herzog von Schleswig und Holstein war.

Weil das friesische Gebiet an der Westküste Schleswig-Holsteins teilweise eine selbständige Rechtsenklave war und weil ihre isolierten und abgelegenen Wohngebiete im Winter nur schwer erreichbar waren, gelang es den Friesen bis in die heutige Zeit ihre eigenständige Sprache und Kultur zu bewahren. Zwar politisch nie selbständig, wurden doch ihre abweichenden Rechtsauffassungen und ihre Selbstverwaltung gegen geringe Abgaben und Verpflichtungen von ihren jeweiligen Landesherrn toleriert. Im Gegensatz zu den südlich der Eider wohnenden Dithmarschern mangelte es den Nordfriesen aber am Einigungswillen untereinander und am überörtlichen Zusammenhalt. Schuld daran mag die isolierte Lage ihrer Wohngebiete gewesen sein. Aber auch größere Land- und Menschenverluste, vor allem durch Überschwemmungen, die großen "Mandränken" im 14. und 17. Jahrhundert, mögen ihre eigenständige Artikulation verhindert haben. Im frühen Mittelalter bereits der dänischen Krone unterstehend, später den holsteinischen Grafen, dann teilweise wieder an des Herzogtum Schleswig und oder später wieder an den dänischen Gesamtstaat gebunden, standen sie, zu Beginn des hoffnungsvollen Selbstwerdungsprozesses während der Liberalisierungs- und Aufklärungsperiode Ende des 18. Jahrhunderts bis Mitte des 19. Jahrhunderts, zusehends im Spannungsfeld der nationalen Auseinandersetzungen zwischen Dänen und Deutschen.

Ernsthafte vor allem von den sogenannten "älteren Liberalen" ausgehenden und von der Romantik beeinflusste Bemühungen in Schleswig-Holstein wurden später jedoch wieder von den im Geiste der Aufklärung erzogenen "jüngeren Liberalen", die sich mehr der deutschgesinnten schleswig-holsteinischen Bewegung zuwandten, zunichte gemacht. Auch viele der führenden Nordfriesen fühlten sich eher dieser Bewegung zugehörig. Sie wünschten den Anschluß an die deutsche Kultur und ersehnten ein vereintes Deutschland herbei. Der größte Teil der nordfriesischen Bevölkerung nahm jedoch in den Auseinandersetzungen vor und nach 1848 eine eher abwartende passive Stellung ein. "Unpolitisch" wie sie waren, wollten sie ihre eigene Wege gehen und in Ruhe gelassen werden. Sie sympathisierten weder mit der "Eiderdänenpartei" in Kopenhagen, die am liebsten ganz Schleswig danisiert hätten, noch mit der "Schleswig-Holsteiner Partei".

Als in Dänemark die Partei der Eiderdänen an die Macht gelangte, eskalierte die Situation. Es kam zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den "Schleswig-Holsteinern", die von 1848 bis 1851 eine "Provisorische Landesregierung" konstituiert hatten, und dem dänischen Gesamtstaat. Der Konflikt dauerte bis 1864 an, in dem zum Schluß auch Preußen und Österreich kriegerisch eingriffen und Schleswig-Holstein vom Einfluß Dänemarks befreiten. Aller-

dings wurden von den Preußen bis 1867 schließlich die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein als preußische Provinz annektiert. Mit der Eigenständigkeit Schleswig-Holsteins war es damit vorbei. Das preußische Rechts- und Verwaltungssystem wurde übernommen und es hatte nun auch einen erheblichen Einfluß auf die Selbstverwaltungsstrukturen in Nordfriesland.

b) Zur Sprache Nordfrieslands

Die nationalen Auseinandersetzungen und der deutsch-dänische Krieg in Schleswig-Holstein polarisierten beide Seiten und bewirkten zudem einen erheblichen Rückgang der deutschen Sprache in Dänemark. Nach 1867 wurde in Nordschleswig von deutscher Seite aus versucht, die dort vorherrschende dänische Sprache zurückzudrängen. Hochdeutsch war zwar früher die Amts-, Kirchen- und Bildungssprache in ganz Schleswig-Holstein mit Ausnahme einiger Teile Nordschleswigs gewesen, die Umgangssprachen Friesisch und Jütisch blieben davon weitgehend unberührt. Nun trug der politische preußisch-deutsche Einfluß dazu bei, daß der deutsche Nationalismus auch in Nordfriesland stärker hervortrat. Die eher liberale Gesinnung in weiten Teilen Nordfrieslands wandelte sich spätestens nach dem ersten Weltkrieg in eine konservative Grundhaltung um.

Die friesische Sprache blieb davon nicht unberührt. Mit ihren unterschiedlichen Dialekten wird sie bis heute in Westfriesland in den Niederlanden und in Deutschland in einigen saterländischen Dörfern Niedersachsens und in Nordfriesland gesprochen. Friesisch, übrigens die einzige Minderheitssprache in der Bundesrepublik, zählt wie Englisch zur westgermanischen Sprachgruppe. Friesisch ist am häufigsten in Westfriesland mit 350.000 Sprechern verbreitet und ist dort Schrift- und Literatursprache. In Nordfriesland wird Friesisch höchstens noch von 10.000 Einwohnern gesprochen oder verstanden und ist mit sieben Hauptdialekten auf den Inseln Helgoland, Sylt, Föhr, Amrum und in einigen Gemeinden um Risum-Lindholm herum auf dem Festland verbreitet.

Als Schrift- und Literatursprache hat sich Friesisch in Nordfriesland nie recht entwickeln können, zumal ihre Sprecher immer zwei- oder mehrsprachig aufwuchsen. Friesisch wurde als Haus- und Familiensprache, weniger als Verkehrssprache gebraucht. Erst in jüngerer Zeit hat es literarische Versuche gegeben, vor allem dann, als, durch die Sprachwissenschaft beeinflusst, die Schreibweisen der einzelnen Dialekte festgelegt wurden. Das literarische Schaffen fand allerdings bisher wenig Resonanz in der friesischen Bevölkerung, da es an wirksamen öffentlichen Medien fehlte und am fruchtbaren geistigen Hintergrund mangelte.

Die Amts- und Kirchensprache in Nordfriesland war ursprünglich Latein, später Niederdeutsch. Erst ab dem 16. Jahrhundert setzte sich Hochdeutsch durch. Als Sprache der Hanse, als Handels-, Verkehrs- und Marktsprache blieb Niederdeutsch zwar weiterhin erhalten, besonders als Umgangssprache in der breiten Bevölkerung und als Verkehrssprache in der Handelsseeschifffahrt. Doch heute ist die niederdeutsche Sprache zur "plattdeutschen" Mundart, zum Dialekt herabgesunken. Weitgehend zurückgedrängt, ist sie als "Platt" auf dem "flachen" Land noch einigermaßen in Norddeutschland verbreitet.

Die Friesen "dachten" Friesisch und "schrieben" Hochdeutsch, die als feine Sprache der Bildungsschichten sogar im dänischen Sprachraum beliebt und sehr verbreitet war. Sprache war vor dem 19. Jahrhundert noch keine nationale Angelegenheit. Die Einheit Staat, Nation und Sprache wurde erst später im Rahmen von nationalen Auseinandersetzungen zusammengeschmiedet. Für die Verdrängung des Friesischen war eher die niederdeutsche Sprache verantwortlich, denn "Plattdeutsch" wurde hauptsächlich in der nichtgebildeten Bevölkerungsschicht gesprochen. Selbstverständlich drängte auch die Kirche, später die staatliche Schulpolitik die friesische Sprache zurück, besonders im südlichen Teil Nordfrieslands, in Eiderstedt, wo sie seit etwa 200 Jahren ausgestorben ist. Heute tragen andere moderne Einflüsse wie Zeitungen, Bücher, Hörfunk, Fernsehen, Fremdenverkehr usw. dazu bei, daß Friesisch, wenn überhaupt, nur noch im Familien- oder Freundeskreis gesprochen wird.

Daß der Erhalt und die Förderung friesischer Sprache eminent wichtig sind, wird es damit begründet, daß allein sie die friesische Wirklichkeit und den friesischen Alltag hundertprozentig wiedergeben kann. Übersetzt ins Deutsche werde Wesentliches verlorengehen. Die deutsche Sprache ist zwar unübertroffen, wenn es darum geht, allgemeine und technisch abstrakte Sachverhalte auszudrücken. In diesem Umfang ist eine Regionalsprache wie das Friesische dazu nicht in der Lage. Sie ist niemals eine Schriftsprache gewesen und über eine Haus- und Familiensprachen nicht hinausgekommen. Auf der anderen Seite bereitet es Übersetzern Mühe, Sachverhalte des friesischen Alltags in einer deutschen Übersetzung voll zu erfassen. Die Nuancen, die Farben gehen verloren, anstatt eines schillernden farbigen Bildes ist nur noch ein nüchternes Schwarz-Weiß-Photo zu sehen. 1)

Dennoch ist es falsch, sich die friesische Wirklichkeit als eine totale Einheit vorzustellen. Die Friesen in Nordfriesland wuchsen immer mit mehreren Sprachen auf. Für jeden Funktionskreis wurde die entsprechende Sprache verwendet. Für die normal erfahrbare Alltagswelt genügte die friesische Sprache vollauf. Drangen andere Wirklichkeitsbereiche ein oder wurde in eine andere Alltagswelt gewechselt, so in die der Seefahrt oder die des Handels, auf der Arbeit oder im Umgang mit den Badegästen. Auch wenn sie ganz oder vorübergehend in die Fremde zogen, verwendeten sie immer die der jeweiligen Kommunikation angemessene Sprache. Friesisch war zunächst die zuerst erlernte Muttersprache, Hochdeutsch wurde den Kindern erst in der Schule beigebracht, "Platt", also Niederdeutsch eigneten sie sich erst im Umgang mit anderen Dorfkindern auf der Straße an. Die hochdeutsche Sprache diente überwiegend zur Befriedigung der Bildungsansprüche und war Nordfriesland nach Ablösung des Niederdeutschen schon früh zur offiziellen Amts-, Schul- und Kirchensprache erhoben worden. In ihr lernten die Friesen lesen und schreiben, in ihr wechselten sie Briefe, wenn sie von ihrer Heimat getrennt waren.

Trotz vieler Befürchtungen, die friesische Sprache werde angesichts des modernistischen Einflusses und des universellen Lebensstils der westlich geprägten Einheitskultur zurückgedrängt oder müsse gar aussterben, hat sie sich bis heute erstaunlich lebendig gehalten. Trotzdem ist die friesische Sprache weiterhin bedroht, wenn weiter nichts geschieht. Trotz intensiver Sprachpflege ist abzusehen, daß in späteren Generationen niemand die friesische Sprache mehr spricht und sie nur noch in der Aufzeichnung als Tondokument zu hören ist.

Die friesische Sprache kann nur dann überleben und damit lebendig bleiben, wenn sie systematisch als Schrift- und Umgangssprache aufgewertet wird. Zwar wird Friesisch seit einigen Jahren in einigen Schulen, auf Föhr, auf Sylt und in den Dörfern Risum-Lindholm und Langenhorn in freiwilliger und ungenügender Form unterrichtet. Inzwischen gibt es zu diesem Zweck auch eine beträchtliche Zahl von Lehr-, Wörter- und Grammatikbüchern in den jeweiligen Dialekten. Auch liegt, besonders in den Sylter, Föhrer und Mooringer Dialekten, ein bescheidenes Angebot an friesischer Literatur vor. Es gibt Gedichte, Theaterstücke, Kinderbücher und Übersetzungen aus anderen Sprachen. Doch andererseits wird in medienpolitischer Hinsicht das Friesische immer noch stiefmütterlich behandelt.

Für eine positive Entwicklung der friesischen Sprache gibt es zudem eine Schwierigkeit, die kaum zu beseitigen ist: : Es fehlt eine einheitliche nordfriesische Sprache und Schreibweise. Friesisch zerfällt in sieben, mitunter stark differierende Dialekte. Ein Föhrer kann sich z. B. Mit einem Festlandsfriesen unter Umständen nur mit Mühen verständigen. Da greifen viele

1) Vgl. Bo Sjölin, Probleme der Mehrsprachigkeit, in: Nordfriesische Sprachpflege, (1982), H. 3, S. 7

untereinander in der Verständigung dann doch lieber auf das Hoch- oder Plattdeutsche zurück. Die wenigsten, die Friesisch sprechen, können es auch schreiben. Zwar ist das Schriftbild der einzelnen friesischen Dialekte inzwischen festgelegt und damit drucktechnisch vielfältigkeitsfähig, aber aussichtsreiche größere Publikationen in Friesisch sind nicht in Aussicht. Schriftliche Äußerungen sind wenig verbreitet und müßten zudem einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden. Eine einheitliche Sprech- und Schreibweise könnte da eher helfen.

Aber welcher der Dialekte hätte die größte Aussicht, zum Standardfriesisch erhoben zu werden? Keiner möchte seinen eigenen zugunsten eines anderen Dialekts aufgeben. Eine Schreibweise, die aus den verschiedenen friesischen Dialekten zusammengeworfen ist, erscheint ihm ebensowenig akzeptabel. Hilfreich zur Entscheidung dieses Dilemmas könnte ein pluralistischer Standpunkt sein, der das friedliche Nebeneinander aller Dialekte erlaubt. Dann bestünde irgendwann die Hoffnung, daß sich im Friesischen irgendwann von selbst einmal durch ständigen Umgang miteinander eine einheitliche Sprech- und Schreibweise herauszuschälen wird.

Was kann also getan werden, um eine breitere Basis gegen die rückläufige Entwicklung der friesischen Sprache herzustellen? Es müßten eigentlich alle, die in Nordfriesland leben und die sich den Friesen zugehörig fühlen, ermuntert werden, nachträglich die friesische Sprache in einem der Hauptdialekte zu erlernen und sich gleichzeitig mit den anderen gesprochenen Dialekten vertraut zu machen. Das ginge aber nur, wenn die friesischen Sprachen mehr als bisher, neben der Erstvermittlung durch die Eltern, bereits im Kindergarten, in der Schule ab dem 1. Schuljahr, in der Erwachsenenbildung, vielleicht in Form von Feriensprachkursen, in Presse, Rundfunk und Fernsehen bekannter gemacht und gepflegt würde. Optimal wären Radioprogramme, die in friesischer Sprache gesendet würden. Durch das Hören der Laute könnte sie einer größeren Öffentlichkeit zum Bewußtsein gebracht werden.

Auf europäischer Ebene hat man sich ebenfalls des Problems der Klein- und Minderheitssprachen angenommen. Die parlamentarische Versammlung des Europarats gab 1981 die Empfehlung 928 heraus, die "erzieherische und kulturelle Probleme im Zusammenhang mit den Sprachen und Minderheiten und den Dialekten in Europa" betraf. In einer weiteren 1981 verabschiedeten Entschließung des Europa-Parlaments zur "Gemeinschaftscharta der Regionalsprachen und -kulturen und einer Charta der Rechte der ethnischen Minderheiten" 1), in der dazu konkrete Schritte beschrieben werden, stellt Thomas Steensen für die Friesen folgendes heraus: "Auch für Nordfriesland kann diese Erklärung Bedeutung erlangen. Denn nicht alles, was darin als wünschbar genannt wird, ist in Nordfriesland schon verwirklicht. Die Berücksichtigung der Schulen und (Kindergärten!) etwa steckt trotz hoffnungsvoller Ansätze noch in den Kinderschuhen. Unterricht über nordfriesische Geschichte findet kaum statt. Und im Rundfunk wird die friesische Sprache weiterhin mit keiner Minute Sendezeit berücksichtigt". 2)

Die friesische Sprache ist in einigen Teilen Nordfrieslands zwar immer noch lebendiges Sprachgut, doch für die Weiterexistenz ist es dringend notwendig, daß diese an nachfolgende Generationen weitergegeben wird, wenn die Sprache nicht eines Tages "mit der letzten friesischen Mutter" aussterben soll. Nicht nur die friesische Sprache, auch andere Kleinsprachen, Dialekte und Mundarten in Deutschland Westeuropa haben mit den allgemein ä-

1) abgedruckt in Thomas Steensen, S. 111 ff.

2) vgl. ebd., S. 111 f.

ßen modernistischen Einflüssen zu kämpfen. Nicht nur die universale "amerikanische Einheitskultur", ebenso wirken Schule, Kino und Fernsehen, Freizeitgestaltung, Fremdenverkehr, überhaupt die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung auf die friesische Sprache und die friesische Bewußtseinsentwicklung ein. Diese Faktoren sind für die Sprache dominierender geworden als Familie, Nachbarschaft oder Arbeitsplatz. Zudem erschweren die wenig aussichtsreichen Lebens- und Arbeitsperspektiven im nordfriesischen Raum das bewußte Festhalten an der friesischen Sprachtradition. Qualifizierte Facharbeiter und Absolventen höherer Schulen wandern ab, da sie in ihrer Region nur wenige oder keine ausreichenden Möglichkeiten finden. Anderswo werden bessere Chancen in Studium und Beruf geboten.

IV. Schlußbemerkungen

Wie einst den abgeschlossenen räumlichen territorialen Einheiten die Aura des Unverwechselfähigen und Ursprünglichen anhaftete, - von der in ihrer lebenden Bevölkerung allerdings kaum bewußt wahrgenommen wird, es war ja ihre gewohnte, gelebte Welt, so verändert sich heute angesichts der Einflüsse der Weltgesellschaft auch die Region. Der vor allem nationalistisch sich gebende Staat ist ebenfalls angesichts der weltweiten Zunahme von Wirtschaft und Verkehr und angesichts der weitgehend angeglichenen politischen Systeme anachronistisch und obsolet geworden.

Zu verlockend war es für den in der Provinz oder mit der Nation fest verwurzelten Menschen, die durchschimmernde Transparenz der Außenwelt zu durchstoßen, aus der örtlichen Enge herauszubrechen, um so das Kleinräumige, das Muffige, das Begrenzte zu überwinden. Doch ein solcher Vollzug bedingt Entwurzelung, Vereinzelung und Entfremdung des Individuums angesichts der undurchschaubaren Lebens- und Wirtschaftswelt und angesichts des Vordringens des Staates in alle Lebensbereiche. Diese vom technischen Fortschritt begleitete Entwicklung beruht auf Tausch und den verdinglichten Beziehungen innerhalb der kapitalistisch verfaßten Gesellschaft. Die sichtbarer werdenden negativen Auswüchse veranlassen dennoch die Menschen, von Zuständen zu hoffen und zu träumen, in denen sich die vertraute Geborgenheit ihrer Kindheitswelt wieder zurückholen ließe.

Müssen die Betroffenen sich damit abfinden oder untätig zusehen, daß die regionalen Kulturen bröckeln und allmählich den Zentralen angeglichen werden? Fest steht, daß die allgemeine modernistische Entwicklung alle vorhandenen und die entgegen aller Erwartungen noch behaupteten Sprachinseln und Minderheitskulturen in höchstem Maße gefährdet sind. Von daher sind die Widerstände und Proteste gegen die allgemeinen Nivellierungstendenzen zu erklären. Dennoch lassen sich Regionalsprachen und Regionalkulturen nur dann fördern und vor Diskriminierung schützen, wenn gegenwirkende Maßnahmen im Rahmen eines pluralistischen Selbstverständnisses und dezentralistischer demokratischer politischer Strukturen erfolgen.

Vielleicht lassen sich dennoch vor diesem Hintergrund einer weltweiten, allerdings nicht überall durchgesetzten universalistischen Moral, möglicherweise gerade durch diese, Regionalkulturen und altüberlieferte Traditionen sich vor den zerstörerischen Wirkungen modernistischer Einflüsse retten oder bewahren. Nur ein auf universeller Grundlage beruhender Pluralismus sichert die Existenzmöglichkeiten unterschiedliche Kulturformen und andersartiger Lebensweisen. Nur unter der Voraussetzung, daß partikulare, oft rivalisierende Lebensweisen nebeneinander bestehen, ohne sich gegenseitig zu gefährden, würde sich die Utopie einer postmodernen Weltgesellschaft realisieren lassen.

Die Schönheit der Landschaft mag zwar schöne und reiche Leute zu einem vergnüglichen Badeleben anlocken. Die Kehrseite besteht jedoch darin, daß angesichts überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenraten und der durch den Fremdenverkehr bedingten kräftig angestiegenen Wohn- und Lebenshaltungskosten gerade junge Leute aus der Region abwandern. Es sollte keine immense Industrieansiedlungspolitik unter vordergründigen Arbeitsplatzgesichtspunkten forciert werden, die gegenteilige, nicht beabsichtigte Folgen in späterer Zeit hervorrufen würde. Es sollte keine die Region betreffenden Planungen von fernen Zentralen heraus gemacht werden, die letztenendes nur den Bedürfnissen der Bewohner in Ballungsgebieten zugute kommen. Die Betroffenen der Region sollten das Recht beanspruchen können, an allen Planungen vom frühestmöglichen Zeitpunkt an beteiligt zu werden. Hier muß eine wirksame Regionalpolitik ansetzen.

Die Friesen, auf denen der Blick in dieser Arbeit gerichtet war, können auf eine lange Rechts- und Freiheitstradition zurückblicken. Die Friesen waren in ihrer Geschichte vor allem durch zwei Faktoren bedroht: von Naturgewalten und vom historischen Geschehen. Die Friesen unterlagen, wie alle regionalen Kulturen, dem gesellschaftlichen Wandlungsprozeß. Sie waren gleichermaßen selbst dafür verantwortlich, wie auch Objekt äußerer Einflüsse. Die Zukunft für die Friesen ist offen und hängt auch im wesentlichen von der Zukunft der weltgesellschaftlichen Entwicklung ab.

V. Literaturverzeichnis

Theodor W. Adorno, Fortschritt, in: ders., Stichworte. Kritische Modelle 2, Ffm 1978, S. 29 ff.

Theodor W. Adorno, Auf die Frage: Was ist deutsch, in: ebd., S. 102 ff.

Theodor W. Adorno, Über Tradition, in: ders., Ohne Leitbild, Ffm 1981, S. 29 ff.

Günter Albrecht, Die "Subkultur der Armut" und die Entwicklungsproblematik, in: René König (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Köln und Opladen 1969, S. 430 ff.

Fritz René Allemann, Aufstand der Regionen, in: Wilhelm Hennis u. a. (Hrsg.), Regierbarkeit, Bd. 2, Stuttgart 1979, S. 279 ff.

Beirats für Raumordnung, Empfehlung vom 18. März 1983, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1984), H. 1/2, S. 187 f.

Daniel Bell, Die Zukunft der westlichen Welt, Ffm 1979

Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter der Reproduzierbarkeit, in: ders., Illuminationen, Ffm 1980, S. 136 ff.

Peter L. Berger/Thomas Luckmann, Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Ffm 1980

Udo Bermbach (Hrsg.), Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Texte und Materialien zur Räte-Diskussion, Opladen 1973

Udo Bermbach, Defizite marxistischer Politik-Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 1, S. 15 ff.

Jochen Blaschke, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, Ffm 1980, S. 7 ff.

Hermann Broch, Einige Bemerkungen zu Philosophie und Technik des Übersetzens, in: ders., Schriften zur Literatur, Bd. 2, Theorie, Ffm 1981, S. 61 ff.

Hermann Broch, Konstitutionelle Diktatur als demokratisches Rätssystem, in: ders., Politische Schriften, Ffm 1978

Hermann Broch, 'The City of Man'. Ein Manifest über Weltdemokratie, in: ebd.

Hermann Broch, Die Demokratie im Zeitalter der Versklavung, in: ebd.

Hermann Broch, Die Zweiteilung der Welt, in: ebd.

Ernst A. Brugger, "Endogene Entwicklung": Ein Konzept zwischen Utopie und Realität, in: Informationen zur Raumentwicklung, (1984), H. 1/2, S. 1 ff.

Hartwig Bülck, Das Recht auf Heimat, in: Schriften der Grenzakademie Sankelmark, (1954), H. 9, S. 3 ff.

Das Parlament, 10. Sept. 1983

Henning Eichberg, Balkanisierung für jedermann. Über Selbsterfahrung, Abkoppelung und nationale Identität, in: Nordfriesland, 16. Jg. (1982), H. 61/62

Rainer S. Elkar, Die Ausbreitung regionalistischer Bewegungen in Europa, in: ders. (Hrsg.), Europas unruhige Regionen, Stuttgart 1981, S. 10 ff.

Rainer S. Elkar, Regionalbewußtsein - Identität - Geschichtsbewußtsein, in: ders., (Hrsg.), Europas unruhige Regionen, Stuttgart 1981, S. 50 ff.

- Friedrich Engels*, Das Fest der Nationen in London, in: MEW, Bd. 2
- Fried Esterbauer*, Grundzüge der Formen und Funktionen regionaler Gliederung in politischen Systemen, in: ders. (Hrsg.), Regionalismus, Wien 1979, S. 44 f.
- Johann Gottlieb Fichte*, Schriften zur Revolution, Berlin 1971, S. 174 ff.
- Gerhard Finking*, Alternative Produktion in strukturpolitischer Sicht, in: WSI-Mitteilungen, 37. Jg. (1984), H. 8, S. 466 ff.
- Dieter Fröhlich*, Multilingualismus und der Aufbau der Nation, in: René König (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Köln/Opladen 1969, S. 472 ff.
- Johan Galtung*, Pluralismus und die Zukunft der menschlichen Gesellschaft, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Ffm 1971, S. 164 ff.
- Klaus Jürgen Gantzel*, Einführendes Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Herrschaft und Befreiung in der Weltgesellschaft, Ffm/NY 1975, S. 9 ff.
- Klaus Jürgen Gantzel*, Zu herrschaftsoziologischen Problembereichen von Abhängigkeitsbeziehungen in der gegenwärtigen Weltgesellschaft, in: Dieter Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Ffm 1978, S. 105 ff.
- Arnold Gehlen*, Die Seele im technischen Zeitalter, Reinbek 1976
- Arnold Gehlen*, Der Mensch, Wiesbaden 1978
- Dirk Gerdes*, Dimensionen des neuen Regionalismus in Westeuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1981), H. 3, S. 305 ff.
- Hans Glatz/Günter Scheer*, Autonome Regionalentwicklung - eine neue Dimension des Regionalismus, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1981), H. 3, S. 333 ff.
- André Glucksmann*, Die Meisterdenker, Reinbek 1979
- Rolf-Richard Grauhan*, Einführung: Lokale Politikforschung, in: ders. (Hrsg.), Lokale Politikforschung 1, Ffm/NY 1975
- Ina-Maria Greverus*, Kultur und Alltagswelt, München 1978
- Rudolf Grulich/Peter Pulte (Hrsg.)*, Nationale Minderheiten in Europa, Opladen 1975
- Jürgen Habermas*, Nachgeahmte Substantialität, in: Merkur, 24. Jg. (1970), S. 313 ff.
- Jürgen Habermas*, Der Universalitätsanspruch der Hermeneutik, in: ders., Kultur und Kritik, Ffm 1973, S. 264 ff.
- Jürgen Habermas*, Herbert Marcuse über Kunst und Revolution, in: ebd., S. 345 ff.
- Jürgen Habermas*, Zur Kritik an der Geschichtsphilosophie, in: ebd., S. 355 ff.
- Jürgen Habermas*, Machtkampf und Humanität, in: ebd., S. 371 ff.
- Jürgen Habermas*, Über das Subjekt der Geschichte, in: ebd., S. 389 ff.
- Jürgen Habermas*, Einleitung zur Neuausgabe. Einige Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln, in: ders., Theorie und Praxis, Ffm 1974, S. 9 ff.
- Jürgen Habermas*, Zwischen Philosophie und Wissenschaft: Marxismus als Kritik, in: ebd., S. 228 ff.
- Jürgen Habermas*, Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung, in: ebd., S. 307 ff.

- Jürgen Habermas*, Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Ffm 1976, S. 92 ff.
- Jürgen Habermas*, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Stichworte zur 'Geistigen Situation der Zeit', Bd. 1, Ffm 1979, S. 7 ff.
- Jürgen Habermas*, Die Moderne - ein unvollendetes Projekt, in: ders., Kleine Politische Schriften (I-IV), Ffm 1981
- Jürgen Habermas*, Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde., Ffm 1985
- Jürgen Habermas*, 'Dialektik der Rationalisierung'. Gespräch mit Axel Honneth, Eberhard Knödler-Bunte und Arno Widmann, in: Ästhetik und Kommunikation, 12. Jg. (1981), H. 45/46, S. 126 ff.
- Jürgen Habermas*, Die Kulturkritik der Neokonservativen in den USA und in der Bundesrepublik, in: Neue Gesellschaft, 29. Jg. (1982), H. 11, S. 1024 ff.
- Jürgen Habermas*, Gespräch mit Redaktion in der Studentenzeitschrift "Lichtblick" des philosophischen Seminar der Universität Hamburg, (1982), H. 8
- Jürgen Habermas*, Ungehorsam mit Augenmaß, in: Die Zeit, Nr. 29 vom 23. Sept. 1983
- Hans Haid*, Regionaler Traditionalismus und politischer Konservatismus Regionalkultur versus Zentralkultur, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, (1981), H. 3, S. 291 ff.
- Michael Hechter*, Internal Colonialism, 1975
- G. W. F. Hegel*, Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 209
- Jost Herbig*, Das Ende der bürgerlichen Vernunft, Ffm 1980
- Dieter Hockel*, Für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Regionen, in: WSI-Mitteilungen, 37. Jg. (1984), H. 8, S. 481 ff.
- Karl Otto Hondrich*, Sozialer Wandel als Differenzierung, in: ders. (Hrsg.), Soziale Differenzierung, Ffm/NY 1982
- Edmund Husserl*, Phänomenologische Psychologie, Den Haag 1962
- Husumer Nachrichten*, 10. Oktober 1983
- Ronald Inglehart*, Wertewandel und politisches Verhalten, in: Joachim Matthes (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa, Ffm/NY 1979
- Utz Jeggel*, Lebensgeschichte und Herkunft, in: Friedemann Maurer (Hrsg.), Lebensgeschichte und Identität, Ffm 1981, S. 11 ff.
- Peter Jirak*, Zukunft als Provinz, in: Frankfurter Hefte, (1978), H. 4, S. 108 ff.
- Arno Klönne*, Zurück zur Nation? Kontroversen zur deutschen Frage, Köln 1984
- Kreis Nordfriesland (Hrsg.)*, Zahlenspiegel 1982
- Friedrich von Krosigk*, Zwischen Folklore und Revolution: Regionalismus in Westeuropa, in: Dirk Gerdes (Hrsg.), Aufstand der Provinz, Ffm/NY 1980, S. 25 ff.
- Emil Küng*, Die großräumigen Zusammenschlüsse und die entgegengesetzten Entwicklungen, in: Universitas, 36. Jg. (1981), H. 4, S. 405 ff.
- Robert Lafont*, Décoloniser en France, 1971

- Wilfried Lagler*, Zwischen Kieler und Bonner Erklärung. Zur Stellung der Nordfriesen im schleswig-holsteinischen Minderheitenrecht, in: Nordfriesisches Jahrbuch, Neue Folge, Bd. 18/19, S. 47 ff.
- Wilfried Lang*, Der internationale Regionalismus, Wien/NY 1982
- M. Rainer Lepsius*, Nation und Nationalismus in Deutschland, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus in der Welt von heute, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 8, S. 12 ff.
- Dieter Löcherbach*, Nation und kollektive Identität, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 2, S. 188 ff.
- Thomas Luckmann*, Lebenslauf und Sprache, in: Joachim Matthes u. a. (Hrsg.), Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive, Nürnberg 1981, S. 55 ff.
- Hermann Lübbe*, Die große und die kleine Welt. Regionalismus als europäische Bewegung, In: Nordfriesland, 16. Jg. (1982), H. 61/62, S. 9 ff.
- Niklas Luhmann*, Die Weltgesellschaft, in: ders., Soziologische Aufklärung 2, Opladen 1975, S. 51 ff.
- Robert Lukesch*, Selbstorganisation und autonome Regionalentwicklung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1981, H. 3, S. 319 ff.
- Hugo C. F. Mansilla*, Entwicklung als Nachahmung. Zu einer kritischen Theorie der Modernisierung, Meisenheim 1978
- Herbert Marcuse*, Der eindimensionale Mensch, Neuwied/Berlin 1970
- Karl Marx*, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in MEW 1
- Karl Marx*, Zur Judenfrage, in: ebd.
- Karl Marx*, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: ebd.
- Karl Marx/Friedrich Engels*, Deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3
- Karl Marx/Friedrich Engels*, Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4
- Karl Marx*, Erster Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW 17, S. 543 ff.
- Karl Marx*, Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW 17, S. 336 ff.
- Karl Marx*, Zweiter Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW 17, S. 595 ff.
- Karl Marx*, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19
- Ulrich Menzel*, Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), S. 31 ff.
- Reinhold Messmer*, in: Tageszeitung, 21. Sept. 1983
- Thomas Mirbach*, Das "Projekt" der Moderne, in: PVS-Literatur, 25. Jg. (1984)
- Hans Mommsen*, Sozialismus und Nation, in: U. Engelhardt u. a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung, Stuttgart 1976
- Robert Musil*, Die Nation als Ideal und als Wirklichkeit, in: ders., Essays und Reden. Kritik, Reinbek 1983

- Albert von Mutius* (Hrsg.), Verfassungs- und Verwaltungsrecht in Schleswig-Holstein, Kiel 1983
- Hans-Gerhart Niemeier*, Bundesbaugesetz - Bundesraumordnungsgesetz, in: Raumforschung und Raumordnung, 37. Jg. (1979), H. 6, S. 244 ff.
- Lutz Niethammer*, Anmerkungen zur Alltagsgeschichte, in: Klaus Bergmann/Rolf Schörken (Hrsg.), Geschichte im Alltag - Alltag in der Geschichte, Düsseldorf 1982
- Friedrich Nietzsche*, Werke I
- Joseph S. Nye*, Pease in Parts. Integration and Conflict in Regional Organization, 1971
- Frederik Paulsen*, Die peripheren Küstenregionen und die europäische Integration, in: Nordfriesland, Jg. 11 (1978), H. 42-44, S. 66 ff.
- Edgar Reitz* zum Film "Heimat", in: Hans-Ulrich Pönack, Made in Germany, in: Tip, (1984), H. 16, S. 23
- Wolfgang Riedel*, Heimat im Kräftefeld von Umwelt und Innenwelt, in: ders. (Hrsg.), Heimatbewußtsein, Husum 1981, S. 82 ff.
- Helmut Schelsky*, Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders., Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf/Köln 1965
- Wolfgang Schivelbusch*, Geschichte der Eisenbahnreise, Ffm/Berlin/Wien 1979
- Lothar Schücking*, Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens. Von Bürgermeister X. Y. in Z., Berlin 1908
- Hans Friedrich Schütt*, Landesgeschichte im ideologischen Wandel, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 108 (1983), S. 11 ff.
- Alfred Schütz*, Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie, Ffm 1974
- Alfred Schütz/Thomas Luckmann*, Strukturen der Lebenswelt, Bd. 1, Ffm 1979
- Peter M. Schulze*, Zur Analyse regionaler Entwicklungskomponenten, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaftm (1980), H. 3, S. 1 ff.
- Bo Sjölin*, Probleme der Mehrsprachigkeit, in: Nordfriesische Sprachpflege, (1982), H. 3
- Manes Sperber*, in: Frankfurter Rundschau, 15. Okt. 1983
- Thomas Steensen*, Volksgruppen und Regionalsprachen aus europäischer Sicht, in: Nordfriesland, 16. Jg. (1982), H. 63/64, S. 111 ff.
- Rainer Tetzlaff*, "Weltgesellschaft": Trugbild oder Wirklichkeit? Eine Kategorie zur Analyse internationaler Beziehungen, in: Thomas Siebold/Rainer Tetzlaff (Hrsg.), Strukturelemente der Weltgesellschaft, Ffm 1981, S. 5 ff.
- Harald Thomsen*, Das Friesentum Dithmarschens, in einem undatierten Zeitungsausschnitt vor 1945 (vorhanden im Archiv des Nissenhauses in Husum)
- Ferdinand Tönnies*, Die Sitte, Ffm 1909
- Carl Friedrich von Weizsäcker*, Bedingungen des Friedens, in: ders., Der bedrohte Frieden, München/Wien 1981, S. 125 ff.
- Ludwig Wittgenstein*, Philosophische Untersuchungen, Ffm 1977

Gerhard Wurzbacher, Der Übergang zur personen- und organisationsbestimmten Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung, Stuttgart 1954

Gerhard Wuthe, Zum Problem sozio-ökonomischer Bedingtheit der Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1983), H. 20-21, S. 31 ff.

Gert Zang, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Provinzialisierung einer Region, Ffm 1978, S. 15 ff.

Harm-Peer Zimmermann, Heimatutopie und politischer Regionalismus, in Nordfriesland, 17. Jg. (1983). H. 65, S. 16 ff.

Wolfram Zitscher, Heimat - inhaltsanalytische Reflexionen, in: Wolfgang Riedel (Hrsg.), Heimatbewußtsein, Husum 1981, S. 35 ff.

VI. Anhang

A. Der Nationalismus

Seine Aggressivität erhält der Nationalismus durch eine eher emotionale denn rationale Ausprägung. Dieser emotional bedingte Nationalismus begreift sich als eine höherrangige und er versucht eine Politik durchzusetzen, die sich vereinnahmend oder sogar eliminierend gegenüber jeweils den anderen Klassen, Konfessionen, sprachlichen oder ethnischen Gruppen auswirkt 1). Es ist offenbar besonders die Gepflogenheit der Deutschen gewesen, Menschen anderer Gesinnung oder anderer Art in ihrem Wert zu mindern oder herabzusetzen. 2)

Es war das "Unglück" Deutschlands, von "jungen kriegslustigen Staaten" umgeben gewesen zu sein und jahrhundertlang keinen richtigen Staat gehabt zu haben. 3) Die Bibelübersetzung Luthers brachte zwar eine einheitliche hochdeutsche Schriftsprache, doch nach dem heftig geführten und menschenverlustreichen dreißigjährigen Religions- und Bürgerkrieg, Anfang des 17. Jahrhunderts, zerfiel das deutsche Reichsgebiet in unzählige souveräne Teil-, Zwerg- und Ministaaten. Nachdem Anfang des 19. Jahrhunderts der französische Kaiser Napoleon I. sich auch in deutsche Angelegenheiten einmischte und sich deutsche Gebiete bemächtigte, war schließlich im Jahre 1806 das Ende des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" besiegelt.

Nachdem das napoleonische Zeitalter im Jahre 1813 beendet war, entsprach es den Vorstellungen aller national oder revolutionär gesinnten Eliten, sich für einen einheitlichen deutschen Staat einzusetzen. Ob diese Nation nun "in Entwicklung begriffen" wurde oder erst in einem "nationalen Befreiungskampf" entstehen sollte, für die einheitliche deutsche Nation, repräsentiert im "deutschen Geist", wurde der "Begleitschutz" aller "Mächte der Geschichte und der Kultur" in Anspruch genommen. 4)

Das Streben des Bürgertums, in Deutschland liberale Prinzipien und Forderungen durchzusetzen, erreichte seinen Höhepunkt schließlich während der Revolutionsjahre 1848/49. In den Paulskirchenversammlungen wurde versucht, eine einheitliche Verfassung für eine größere staatliche Einheit herzustellen. Dieser Versuch mißlang gründlich und als "kleine Lösung" entstand nur ein loser Staatenverband. Gegen die "große Lösung", den Zusammenschluß Österreichs mit den deutschen Kleinstaaten, hatte zuvor die habsburgische Donaumonarchie interveniert. Die Aufgabe der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung, einen großen deutschen Nationalstaat zu konstituieren, war damit gescheitert.

Die endgültige deutsche Reichsgründung erfolgte nach dem gewonnenen deutsch-französischen Krieg erst 1871. Für Nietzsche stellte sich dieser Erfolg als eine Anmaßung da. Die Haltung, daß die Deutschen nun mehr sein wollten in der Welt, kritisierte er heftig und er sah im Sieg gegen Frankreich eher eine Niederlage des "Deutschen Geistes". 5) Der Siegestaumel und die damit aufkeimenden Großmachtsgelüste waren den Deutschen später in der Tat nicht gut bekommen. Denn es wurde ein derart übersteigertes Nationalgefühl im wilhelmini

1) Vgl. M. Rainer Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus in der Welt von heute, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 8, S. 12

2) Vgl. Hans Friedrich Schütt, Landesgeschichte im ideologischen Wandel, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 108 (1983), S. 36

3) Vgl. André Glucksmann, Die Meisterdenker, Reinbek 1979, S. 95

4) Vgl. ebd.

5) Vgl. Friedrich Nietzsche, Werke I, S. 137 ff.

schen Kaiserreich geweckt und verbreitet, das alles in den Schatten stellte, was an patriotischen Gefühlen in den Nachbarländern überhaupt vorhanden war.

Die Ende des 18. Jahrhunderts einsetzende Aufklärung in Deutschland und Frankreich, mit dem Höhepunkt der französischen Revolution von 1789, beseitigte zwar alle irrationalen Bindungen an "Thron und Altar", wurde aber durch einen nicht weniger irrationalen Nationalismus ersetzt. 1) Im Einklang mit dieser Art von Nationalismus entstanden andere irrationale Strömungen und Ideale wie beispielsweise der Deutschkatholizismus, die Sprachreinigungsbewegung und vor allem der Antisemitismus, die in dieser Zeit ausgiebig in der Öffentlichkeit vertreten und diskutiert wurden. 2) Die seit 1871 ausbreitende Überhöhung des Deutschtums, die Selbstüberschätzung und die Großmannssucht der Deutschen, ihre Eroberungsgelüste - bei Unterdrückung und Kaschierung der inneren sozialen Spannungen angesichts der stärker werdenden deutschen Arbeiterbewegung - eskalierten letztendlich im Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914. Dieser Krieg endete 1918 für die Deutschen katastrophal und führte darüber hinaus zum Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs.

Auch der nachfolgende Versuch, in der Weimarer Republik das politische Leben Deutschlands auf eine demokratische Grundlage zu stellen, ist historisch gescheitert. In der von Inflationsjahren und Wirtschaftskrisen geschüttelten jungen Republik gewannen die nationalen und konservativen Strömungen schließlich die Oberhand. Die 1933 erfolgte nationalsozialistische Machtergreifung unter Hitler war die erste entscheidende Stufe der Umstände, die zum zweiten Weltkrieg und schlimmer noch, zur Massenvernichtung der Juden in halb Europa führen sollten. Das Schicksal Deutschlands war damit besiegelt. Es lag nach 1945 völlig zerstört und ausgeblutet in Trümmern. Übrig blieb ein geteiltes Deutschland. Es entstanden im Jahre 1949 die beiden Teilstaaten "Bundesrepublik Deutschland" (BRD) und die "Deutsche Demokratische Republik" (DDR). Jeder der beiden deutschen Staaten mußte für sich in der Nachkriegszeit ab den 1950er Jahren mit entgegengesetzten Systemzielen um eine neue nationale Identität ringen.

In der Bundesrepublik entstand nach dem Vorbild Frankreichs und den Vereinigten Staaten von Amerika die sogenannte Staatsbürgernation. In einer solchen konstituieren sich alle im Staatsgebiet lebenden Menschen, auch die, die unterschiedlicher Nationalität sind, über eine Verfassung, die auf Gleichheitsrechte und auf der Legitimation politischer Entscheidungsträger durch demokratische Wahlen beruht. Die Außenabgrenzung des Staates ist mit dem Geltungsbereich der Verfassung identisch. Das Staatsgebiet der Bundesrepublik ist nach innen, wie in den USA, föderalistisch aufgebaut. 3)

Die Deutsche Demokratische Republik konstituierte sich als sogenannte Klassennation. Sie versteht sich als ein sozialistischer Staat, der 1949 aus dem sowjetisch besetzten Nachkriegsdeutschland hervorgegangen ist. Die DDR war in der Nachfolge Preußens besonders eifrig darauf bedacht, eine nationale Identität wiederzugewinnen. Deshalb geht sie in ihrer Ideologie offiziell von der dialektischen Einheit sozialökonomischer und ethnischer Faktoren aus, wobei jedoch dem Gesichtspunkt der sozialökonomischen Klassengesellschaft unter Führung des Proletariats das Primat zukommt. 4)

1) Vgl. Hans-Friedrich Schütt, S. 42

2) Vgl. Lothar Schücking, Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens, Von Bürgermeister X. Y. in Z., Berlin 1908, S. 7

3) Vgl. M. Rainer Lepsius, S. 23 ff.

4) Vgl. Gerhard Wuthe, Zum Problem sozio-ökonomischer Bedingtheit der Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, (1983), H. 20-21, S. 32 f.

In einem Vortrag vor der SED-Parteileitung beschrieb 1973 Hermann Axen, ein Politbüromitglied der SED, dieses Verhältnis wie folgt: "Ins Nationale gehen natürlich die ethnischen Elemente ein. Es sind dies bestimmte, sich aus dem geographischen Milieu und aus langer historischer Entwicklung ergebende Besonderheiten, die in der Sprache, in spezifischen Zügen der Lebensweise, der Sitten, der Gebräuche und Traditionen ihren Niederschlag finden. In diesem Zusammenhang sei an den von Friedrich Engels erbrachten Nachweis erinnert, wonach die Arbeit, die Produktionstätigkeit einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Menschheit und ihrer Sprachen hatte. Die ethnischen Besonderheiten dürfen nicht geringgeschätzt werden, aber sie kennzeichnen nicht das Wesen der Nation, ihre sozialökonomische, klassenmäßige Struktur. Das Bestimmende, das Wesen unserer Nation in der DDR ist der Sozialismus, der Klassen- und sozialökonomische Inhalt unserer Gesellschaft." 1)

Beide Teile Deutschlands entstanden höchst zufällig und sind ihren äußeren Merkmalen nach als "objektive Nationen" zu klassifizieren. Für das Staatsbewußtsein sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik ist dieses Merkmal heute völlig bedeutungslos geworden. In Deutschland ist nie eine Bewußtseins- oder Willensnation entstanden, die als staatliche Einheit ihre nationale Identität selbst erworben oder reflektiert hätte. Tiefgreifende Veränderungen in den Macht- und Gesellschaftsstrukturen, vor allem in den Jahren 1918, 1933 und 1945, haben die äußere Einheit und den Souveränitätsanspruch nicht unangetastet gelassen. 2)

Ist denn die Nation, in allen Fassungen und Definitionen, die ihr je gegeben worden sind, nur eine Schimäre oder Einbildung gewesen? Der österreichische Schriftsteller Robert Musil, der im Jahre 1919 diese Frage stellte, sprach sich für eine "Kulturnation" aus. Er plädierte, angesichts der damals noch nicht abgeschlossenen Versailler Verhandlungen, für eine großdeutsche Lösung, in der das Restösterreich und das Deutsche Reich eine Nation bilden sollten. Diese Konstruktion hielt Musil am geeignetsten für ein Erbe des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation". 3) Doch im Versailler Vertrag wurde schließlich über die Aufteilung Deutschlands und Österreichs anders entschieden.

Seit der erneuten Aufspaltung der "deutschen Nation", können sich nach 1945 beide deutsche Staaten weder auf eine "völkische Nation", welche ethnische Merkmale für sich anführt, noch auf eine deutsche "Kulturnation" berufen, welche in unserer Gegenwart nur noch die Merkmale einer weithin verbrauchten kulturellen Identität vorweist. Beide Staaten sind aufgrund ihrer gemeinsamen Vergangenheit mit dem Erbe undemokratischer Traditionen belastet. Der Staatsrechtler und maßgeblicher Mitgestalter der Weimarer Verfassung der 1920er Jahre, Hugo Preuss, bezeichnete einmal die Deutschen als ein Volk, "das sich vortrefflich eingliedert und unter obrigkeitlicher Leitung fast so handelt, als ob es seinen eigenen Gemeinwillen aufführte". 4)

Gerade in "neokonservativen" Kreisen und in der sie kritisierenden "Linken" lösten Fragen nach der "Identität der westdeutschen Gesellschaft" und Klagen über die sogenannte "gesellschaftlich-politische Sinnkrise in der Bundesrepublik" heftige Diskussionen aus. Die Argumente dieser Diskussion sind "in einer Zeit geistig-politischer Orientierungslosigkeit und

1) Zit. nach ebd., S. 33

2) Vgl. Dieter Löcherbach, Nation und kollektive Identität, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 2, S. 200

3) Vgl. Robert Musil, Die Nation als Ideal und als Wirklichkeit, in: ders., Essays und Reden. Kritik, Reinbek 1983, S. 1071

4) Zit. nach Dieter Löcherbach, S. 200

Sinnentleerung" geprägt von der Suche nach neuen Leitbildern und neuen Identifikationsmöglichkeiten. 1) Die "nationale Frage als Problem des 20. Jahrhunderts" wird hochstilisiert, dabei wird argumentiert, daß sie von noch größerer Bedeutung sei als die Klassenfrage des 19. Jahrhunderts. 2) Schlagwörter wie "Nationalbewußtsein", "Heimat", "Vaterland" und "Nation" sollen nun als Identifikationsangebote für gewisse Sinnkrisen erhalten.

Ein Nationalismus jedoch, egal ob er von konservativer oder von linker Seite in die öffentliche Diskussion gebracht wird, spielt real im Leben und in der Politik der Bundesrepublik derzeit keine Rolle mehr. Allerdings könnte die verstärkte Suche nach nationaler Identität und ihre besondere Betonung - bei zunehmender Ausländerfeindlichkeit und gefährlich überhandnehmenden Neonazismus in einer von Krisen geschüttelten Gesellschaft - erneut ins Fahrwasser des autoritären und totalitären Nationalismus führen. 3)

Während es "seit jeher" klar war, daß vom Konservatismus "fließende Übergänge zum Nationalismus" zu erwarten sind, die auf stärkere "Wertschätzung national-traditionaler Gefühle und Ideen" und auf "vaterländisch-preußische Tugenden" beruhen 4), verwundert es nicht, daß vereinzelt bundesdeutsche Linke der Entfremdung, Überfremdung und der kalten industriekapitalistisch-technischen Rationalität einen "nationalen Wärmestrom" entgegensetzen wollen. Dabei wird das Problem der ungelösten deutschen Einheit in Zusammenhang mit der Friedens- und Ökologiebewegung ebenso hervorgehoben wie die Sehnsuchtserwartung nach einer harmonischen heilen Welt, mit Hilfe derer ein allgemeiner Frieden im Einklang mit der Natur hergestellt werden soll. Völkische, mythische und romantische, aus dem letzten Jahrhundert stammende Wertvorstellungen überlagern, wenn auch schwächer ausgeprägt, ebenfalls die Szene der Grünen-, Öko- und Alternativ-Parteien.

Festzuhalten ist, daß die Nation weder einen Wertzustand an sich ist, noch eine eindeutige Ordnung des sozialen Lebens darstellt. Sie ist auch nicht naturwüchsig, sondern historisch entstanden. Die Nation ist Veränderungen unterworfen und bleibt an reale Machtkonstellationen gebunden. Es greift zu kurz, sie anhand objektiver Merkmale wie gemeinsame Sprache und Kultur zu bestimmen. Es ist auch zu einfach, die Nation nur als Kommunikationsgemeinschaft 5) zu bezeichnen, in der die nationale Identität nicht auf die gleichartige Mentalität ihrer Träger, sondern auf einem Interaktionssystem komplementärer Rollen beruht. 6) Ein abstraktes systemtheoretisches Modell ist wenig geeignet, die konstitutive und demokratische Rolle historischer Subjekte bei der Entstehung und Entwicklung von Nationen zu erklären.

Hinzu kommt, daß ein politisches System, welches bestimmte Funktionen und Leistungen zu erfüllen hat, nicht notwendigerweise mit einem bestimmten Staatsgebiet übereinstimmen muß. Die vier zentralen Selbsterhaltungsaufgaben eines politischen Systems - infrastrukturelle Erschließung des Staatsgebiets, Identitätsfindung, Partizipation und Distribution 7) - lassen sich auch in einem nichtnationalen Rahmen lösen. Sie können entweder auf eine internationale Systemebene oder auf ein dezentrales und pluralistisches Föderalsystem übertragen werden. Der Bereich des Politischen muß demnach nicht mehr mit den zentralen Staats-

1) Vgl. Arno Klönne, Zurück zur Nation? Kontroversen zur deutschen Frage, Köln 1984, S. 7 f.

2) Vgl. ebd., S. 8

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. ebd., S. 10

5) Vgl. Karl W. Deutsch (Mithg.), Nation-Building, New York 1963

6) Vgl. M. Rainer Lepsius, S. 13

7) Vgl. Dieter Löcherbach, S. 189

institutionen zusammenfallen oder den Regeln des souveränen Nationalstaates folgen. Der konstitutive Rahmen des Zusammenlebens von Menschen wird vielmehr von der gesellschaftlichen Selbstorganisation an allgemeinen Willensbildungsprozessen und Entscheidungsregeln bestimmt. 1)

In der marxistischen Theorie galt die Nation als eine abgeleitete Rahmenbedingung des kapitalistischen Wertgesetzes. Da die Nation ihr zufolge nicht "naturwüchsig" entsteht, ist sie von daher schon keine ethnographische Kategorie. Für Karl Marx und Friedrich Engels war die bürgerliche Gesellschaft der wichtigere Begriff. Sie umfasse das "gesamte kommerzielle und industrielle Leben einer Stufe" und gehe insofern über den bloßen Staat oder der Nation hinaus. Andererseits sei es wiederum die bürgerliche Gesellschaft, die sich nach außen hin als Nationalität geltend machen und nach Innen als Staat gliedern müsse. 2) Die Nationalität sei die Fessel des Individuums, welche durch die kapitalistische Produktion gleichzeitig erzeugt und aufgehoben werde. 3) Die Nation in der Rolle des Staates sei eine Erscheinungsform des größer gewordenen gemeinsamen Marktes. Die bisher über den eng begrenzten regionalen Markt hinaus entwickelte Warenproduktion dränge auf einen erweiterten Markt, der im Interesse der Bourgeoisie, über die feudale Stufe hinaus, nur von einem größeren Nationalstaat abgesichert werden könne. 4)

Marx und mit ihm Engels legten in ihrem Versuch, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft theoretisch zu überwinden, den Hauptaugenmerk auf die wirklichen Bewegungsgesetze der Gesellschaft. Der Nationalstaat spielte in ihrer Theorie eine untergeordnete und für die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft eher hemmende Rolle. 5) Das Nationalbewußtsein rechneten sie jener illusionären Gemeinschaftlichkeitsideologie zu, die in Wirklichkeit jedoch durch die Klassengegensätze der Gesellschaft bestimmt werde. Sie gestanden allerdings zu, daß das Nationalbewußtsein seiner realen Basis entsprechend auf stammes- oder familienmäßige Bindungen und auf gemeinsame Herkunft oder Sprache beruhen würde. 6)

Marx und Engels beurteilten historisch die Wichtigkeit der Nationalität nach dem Kriterium der vollständigen Einteilung der Welt in Nationen oder Völker und ob diese in der Lage seien, einen rationalen Staat zu gründen oder nicht. Als "nichthistorisch" bezeichneten sie dagegen den "Haufe der Tschechen, Serben, Gallier, Bretonen, Basken", die, um zu überleben, sich jenen anderen Nationen angeschlossen, denen es auf nationaler Grundlage gelang, einen eigenen rationalen Staat zu konstituieren. Als "Abfälle" sozusagen, die "unerbittlich vom Gang der Geschichte zu Boden getreten werden", könnten nur solche Völker Nationen bilden, die zivilisiert seien und die als Träger der Zukunft unter den Bedingungen der modernen Welt einen Staat aufbauten und zu verteidigen wüßten. 7)

Die tatsächliche Entwicklung widerlegte allerdings dieses Urteil. Denn bereits nach dem ersten Weltkrieg zerfiel das Habsburger Reich in seine österreichischen, ungarischen, italieni-

1) Vgl. Udo Bermbach, Defizite marxistischer Politik-Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 1, S. 13

2) Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3, S. 36

3) Vgl. Hans Mommsen, Sozialismus und Nation, in: U. Engelhardt u. a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung, Stuttgart 1976, S. 661

4) Vgl. ebd., S. 660

5) Vgl. ebd., S. 674

6) Vgl. ebd., S. 660

7) Zit. nach André Glucksmann, S. 104

tschechischen, slowakischen und kroatischen Bestandteile. Den Slowaken und Kroaten war es jedoch nicht vergönnt, ihren zeitweilig eigenständigen Status weiterhin zu behaupten. Im Jahre 1917 zerbrach nach der russischen Revolution das große Zarenreich in die Nationen der Polen, Finnen, Esten, Letten, Litauer, Ukrainer, Georgier und Armenier. Eine eigenstaatliche Entwicklung dieser Nationalitäten kam jedoch nicht zustande, da sie später, bis auf Polen und Finnland, in die Union der Sowjetrepubliken zurückgeholt wurden. Marx¹ und Engels Fehleinschätzung sollte hinsichtlich der Weiterentwicklung der europäischen Nationen aber nicht überbewertet werden, denn wie schon erwähnt, spielte die Nation in ihrer Theorie nur eine untergeordnete Rolle. 1)

Marx und Engels hofften, daß sich mit der Herrschaft des Proletariats weltweit eine kommunistische Gesellschaft etablieren würde. Der alte und naturwüchsige, aber historisch rückständige Nationalegoismus könne ihrer Ansicht nach allein durch das Proletariat und nicht durch den bürgerlich-kapitalistisch geprägten Kosmopolitismus überwunden werden. 2) Wie schon infolge der Entwicklung der Produktivkräfte bei der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft die Besonderheiten einzelner Nationen verlorengingen, würden in der kommunistischen Gesellschaft erst recht alle nationalen Absonderungen und Gegensätze verschwinden. Engels schrieb dazu 1845: "Die Proletarier sind der großen Masse nach schon von Natur ohne Nationalvorurteile, und ihre ganze Bildung und Bewegung ist wesentlich humanitarisch, antinational. Die Proletarier allein können ihre Nationalität vernichten, das erwachende Proletariat kann die verschiedenen Nationen fraternisieren lassen." 3) Wenn es im "Kommunistischen Manifest" von 1848 dann allerdings hieß, daß das Proletariat sich zur "nationalen Klasse" und sich selbst als "Nation" konstituieren muß 4), so stand hier das Prinzip der "Staatsnation" in Vordergrund und nicht irgendeine "ethnische Nationalität". 5)

Der Weg zur künftigen sozialistischen Einheit verläuft nach Marx und Engels zweifellos über einen Zentralstaat. Dieser könne jedoch nur eine Zwischenetappe sein auf dem Weg von der feudalen Herrschaft im Mittelalter zur "glänzenden" Zukunft der kommunistischen Weltgesellschaft. Die die Ländern übergreifende Handelsfreiheit, der Weltmarkt und die Gleichförmigkeit der industriellen Produktion erzeugten schließlich jene Lebensverhältnisse, in der nationale Identitäten nur noch im ideologischen Sinne eine nützliche Funktion innehätten.

Auch andere Marxisten glaubten fest daran, daß es für die Nation in einem länderübergreifenden kommunistischen Gemeinwesen kein Platz mehr gäbe. Kautsky definierte z. B., wie Marx und Engels auch, daß die Nation als ein Kind der Warenproduktion sei, welche zwar auf

1) Vgl. Hans Mommsen, S. 660; anscheinend befürchteten Marx und Engels, daß sich mit dem damals vollziehenden nationalen Differenzierungsprozeß die erhoffte revolutionäre Entwicklung vertagen würde, wie es Engels in einem Brief vom 22. Febr. 1882 an Bernstein einmal formulierte. Mommsen vermutete, daß ihre abschätzige Beurteilung, ihre gar böswillige Reaktion auf den tschechischen und kroatischen Nationalismus nur mit ihrer klaren Gegnerschaft zum zaristischen Rußland zu begründen war. Die Emanzipationsbewegung der west- und südslawischen Völker der habsburgischen Monarchie hätte ihrer Ansicht nach nur dem europäischen Einfluß des Zarismus in die Hände gearbeitet.

2) Vgl. ebd.

3) Friedrich Engels, Das Fest der Nationen in London, in: MEW, Bd. 2, S. 614

4) Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 479

5) Vgl. Hans Mommsen, S. 665

einer gemeinschaftlichen Sprache beruhe, aber ansonsten die Grundlage der gesellschaftlichen Produktion darstelle. Da die Nation aus dem Interesse des Handels an einheitliche Binnenmärkte entstanden sei, sei mit dem Übergang zum frei ausgehandelten Arbeitsvertrag auch der Arbeiter daran interessiert, sich am nationalen Leben zu beteiligen. Daher wäre es der reine Selbstmord, würde das Proletariat eine gegenüber der Nation feindliche Politik betreiben. 1)

Kautsky hielt dennoch nicht an die Nation als eine an der Existenz des Kapitalismus gebundene Erscheinung fest. Der Arbeiter müsse für die internationale, nicht für die nationale Kultur eintreten. Er fiel jedoch hinter Marx und Engels zurück, wenn er in seiner sozialistischen Utopie der Kulturmenschheit meinte, daß bei dem "schmerzlosen Ineinanderaufgehen" der Nationen, die bei jeder weiteren wirtschaftlichen Fortentwicklung vonstatten gehe, nur wenige Weltsprachen übrigblieben und die meisten Nationalsprachen zu Dialekten hinabsänken 2), ja, daß die Menschen in der Weltnation nur noch eine Sprache sprechen würden, hinter der die Sprachen der kleineren Nationen schließlich zurücktreten müßten. 3) Auch Lenin, der mit der Sowjetrepublik nach der russischen Oktoberrevolution von 1917 versuchte, einen sozialistischen Staat zu verwirklichen, setzte auf einen zentralistischen Großstaat, der für ihn den gewaltigen Schritt vorwärts von der mittelalterlichen Kleinstaaterei zur künftigen sozialistischen Welteinheit bedeutete. 4)

Aber nicht alle Marxisten teilten das Konzept, wonach mit der kapitalistischen Entwicklung, als ein unumkehrbarer Prozeß, die weltweite Integration einhergeht. Besonders der österreichische Sozialist Otto Bauer sah, daß soziale Gruppenbildungen nicht nur der Gleichartigkeit von Interessenlagen, sondern auch der historischen Identität der Lebensform entsprangen. In einem Stufenprozeß könne der Prozeß der Nationenbildung konkret nachgezeichnet und in die vier Typen der Schicksals-, Kultur-, Verkehrs- und Sprachgemeinschaft unterschieden werde. 5)

Bauer erkannte in seiner praktikableren Nationalitätstheorie die nationale Identität als selbständigen geschichtlichen Faktor an. Eigenständige nationale Faktoren träten durch den gesellschaftlichen Wandel nicht etwa zurück, sondern bewirkten eher weitere regionale Differenzierungen. Der Sozialismus würde gerade nicht "die Auflösung nationaler Eigenart zugunsten einer kosmopolitischen Struktur bringen, sondern die soziale Verwirklichung der Nation und die volle Entfaltung der nationalen Kultur erst gewährleisten". 6) Hinter dieser Auffassung stand die Einsicht, daß nur in begrenztem Umfang ökonomische und soziale Veränderungen historisch gewachsene Strukturen beseitigen oder nivellieren könnten. 7)

Für das Bürgertum im letzten Jahrhundert war die nationale Identität solange vernünftig, als diese das bindende Element in ihrer Forderung zur Durchsetzung des demokratischen Staates symbolisierte. In ähnlicher Form gewann in den letzten Jahrzehnten der Nationalismus in den sogenannten Entwicklungsländern, vor allem in Verbindung mit den sozialrevolutionären Zielen der Befreiungsbewegungen, an Substanz. Habermas gibt aber zu bedenken, daß

1) Vgl. ebd., S. 668 f.

2) Vgl. Hans Mommsen, S. 669

3) Vgl. ebd., S. 674

4) Vgl. André Glucksmann, S. 103 f.

5) Vgl. Hans Mommsen, S. 673 f.

6) Zit. ebd., S. 672; ist es ein direktes Bauer-Zitat?

7) Vgl. ebd.

der Nationalismus die Gefahr eines unerwünschten Partikularismus beinhalten könnte. Er befürchtet, das nationale Bewußtsein einzelner Dritte-Welt-Länder ohne universalistisch angelegte Infrastrukturen in einen erneuten Partikularismus zurückfallen würden. 1)

Diese Warnung ist insofern berechtigt, als heute der Nationalstaat zur Lösung existentieller Probleme der Menschheit seine kritische Grenze erreicht hat. Für die Bewältigung einer Reihe von Problemen, vor allem in den Bereichen der Sicherheit, der Ökologie, des demographischen und sozialen Wandels sowie der Ausländer- und Asylantenpolitik, ist dieser entweder zu klein und daher irrelevant, oder zu groß und daher zu schwerfällig geworden. Beide Bestrebungen, einerseits regionaler Partikularismus, andererseits supranationaler Zusammenschluß, sind nur komplementäre Symptome der gleichen Entwicklung.

Mommsen betrachtet zwar auch die Nation oder Nationalität als eine Erscheinung geschichtlichen Ursprungs, die getragen ist "von wechselnden Solidaritätsprozessen, die dem Bedürfnis der Individuen nach der Artikulation ihrer geschichtlichen Identität entspringen. Es gibt daher keine sozialwissenschaftlich festlegbaren Kriterien für die Existenz der Nation oder den Anspruch auf Nationsbildung. Nationalität ist eine der wechselnden Formen menschlicher Vergesellschaftung." 2) Dennoch sieht Mommsen in der weiteren Entwicklung der Nationen, wie dies durch den heutigen Verlauf der Nationsbildung in der Dritten Welt bestätigt wird, daß sie nicht in Richtung nationaler Vereinheitlichung, sondern vielmehr eher in Richtung nationaler Differenzierung verläuft.

Wie die Gegenwart zeigt, erweist sich die Marx'sche Prognose der weltgeschichtlichen Entwicklung im Kern immer noch als zutreffend. Mommsen bringt es wie folgt auf den Punkt: "Die revolutionierenden Wirkungen des Industriekapitalismus haben exakt die vorausgesagten nivellierenden Wirkungen im planetarischen Umfang gehabt und zu einer Polarisierung zwischen industrialisierten Nationen einerseits und unterentwickelten Ländern andererseits geführt, die, wenn nicht zusätzliche politische Faktoren einwirkten, den herrschenden Industrievölkern das Monopol zur Durchsetzung ihrer ökonomischen Interessen gegenüber der sogenannten Dritten Welt eingeräumt hätte. Fehlerhaft war die Marx'sche Prognose deshalb, weil er die Geschwindigkeit des kapitalistischen Ausbreitungsprozesses über der Erde überschätzte und die Gegenwirkungen vernachlässigte, die den autochthonen und in der Regel national motivierten Interessen der historisch zu-rückgebliebenen Länder entspringen." 3)

An der historischen Entwicklung der Dekolonisierung läßt sich zeigen, daß gewisse Stufen - und dazu gehört die Ausbildung nationaler Einheiten in weltweitem Maßstab - nicht übersprungen werden können. Die Übernahme westlich geprägter industrieller Strukturen hat in den Entwicklungsländern den Prozeß einer eigenständigen Nationsbildung nur beschleunigt. Nur in begrenztem Umfang führten Versuche der Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität durch Übertragung an transnationale Institutionen, wie z. B. der EG, der NATO oder der UNO dazu, daß die jeweiligen nationalen Eigenständigkeiten zum Abklingen gebracht würden. Im Gegenteil, sogar im nationsgefestigten Europa erfahren viele Nationalbewegungen eine Renaissance, die vor kurzem noch für historisch erledigt gehalten wurden. 4)

1) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Ffm 1976, S. 111

2) Hans Mommsen, S. 675 f.

3) Ebd., S. 658

4) Vgl. ebd., S. 674 f.

Dennoch tragen die durch die historische Erfahrung negativ aufgeladenen und im störenden nationalistischen Fahrwasser schwimmenden Begriffe wie "Nation" oder "Nationalismus" heute wenig zur positiven friedlichen Weltentwicklung bei. Sie sind auch nicht in der Lage, die eher gegenläufigen Tendenzen der Integration und Differenzierung staatlicher Gebilde zu erklären. Gerade für Deutsche kann die Nation nicht mehr das höchste aller Güter sein. Ein nationaler Patriotismus sollte nur dann eine gewisse Geltung beanspruchen, wenn dieser sich seiner europäischen oder weltpolitischen Verantwortung bewußt ist. 1)

In der allgemeinen Weltentwicklung lassen sich zur Zeit zwei gegensätzliche Tendenzen erkennen. Auf der einen Seite entstanden in Europa und Amerika immer größer werdende souveräne Einheiten, die sich nach dem zweiten Weltkrieg in zwei unterschiedliche Bündnis-systeme oder Blöcke gruppierten. Auf der anderen Seite bildeten sich, bedingt durch die Entkolonialisierung und dem Rückzug der europäischen Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika, immer mehr unabhängige und souveräne Staaten in der Dritten Welt heraus. Gerade diese Entwicklung trug in den letzten 30 Jahren zum großen Schub unabhängiger Nationalstaaten bei. Die UNO zählte im Jahre 1983 immerhin 157 Mitgliedsstaaten und es dürften mit Sicherheit in Zukunft noch einige hinzukommen. 2)

Die sogenannte "Erste Welt" umfaßt das liberalkapitalistische Staatensystem der westlichen Welt mit den Vereinigten Staaten von Amerika an der Spitze. Die USA nimmt trotz der erstarkenden Europäischen Gemeinschaft immer noch die Vormachtstellung gegenüber den unbedeutender werdenden westeuropäischen Nationalstaaten ein. Auf der anderen Seite stehen die Länder der "Zweiten Welt" des sozialistischen Osteuropas, angeführt vom Vielvölkerstaat Sowjetunion. Zwischen beiden Systemblöcken gruppieren sich als quasi neutrale Staaten die in "Entwicklung" begriffenen Länder der "Dritten Welt", die jedoch mehr oder weniger stark einem der beiden großen gegensätzlichen Blöcke zuneigen.

Wenn heute in Westeuropa regionale Bewegungen oder autonome Bestrebungen vorhanden sind, die teilweise sogar eigene unabhängige Nationalstaaten anstreben wollen, erscheinen diese in der heutigen Zeit sich als anachronistisch, unzeitgemäß, rückständig oder sogar illusorisch zu erweisen. Trotzdem ist nicht auszuschließen, daß sich die Landkarte Europas wieder ändern könnte. Überall klagen Vertreter sprachlicher, ethnischer, religiöser und kultureller Minderheiten dort ihre Rechte ein, wo diese überdeckt oder erstickt zu werden drohen. Aus den unterschiedlichsten Gründen begnügen sich Katalanen, Basken, Bretonen, Okzitanier, Korsen, Schotten, Waliser und nordirische Katholiken nicht mehr mit ihrem derzeitigen Status. Sie bestehen auf autonome, von Zentralstaaten abgekoppelte Verwaltungseinheiten. Manche Bewegungen, wie die der Basken oder Korsen, sind sogar bereit, die angestrebte Separation mit Gewaltmitteln erzwingen zu wollen.

Eine an diese Tendenzen ansetzende Theorie, die sowohl die kleinräumigen Besonderheiten regionaler Bewegungen und nationaler Minderheiten als auch die multikulturellen Eigenarten der Länder der Dritten Welt berücksichtigen will, muß, wenn sie nicht in Gefahr laufen will, vereinnahmend darüber zu bestimmen, wer als eigenständige Volksgruppe zu gelten hat oder nicht, von einem pluralistischen Modell ausgehen. Auch wenn eine Volksgruppe sich nur ihrem Selbstverständnis entsprechend als eigenständig versteht, so hätte sie anhand eines solchen politischen Theorieansatzes immerhin bessere Chancen, ihre über lange Zeit historisch gewachsenen und traditionsbestimmten Eigentümlichkeiten zu bewahren.

1) Vgl. Gerhard Wuthe, S. 34

2) Vgl. "Das Parlament" vom 10. Sept. 1983

Eine politische Lösung aber, in der für regionale Volksgruppen und nationale Minderheiten eigene unabhängige und souveräne Nationalstaaten angestrebt werden, wird dem nicht gerecht. Denn dann herrscht hinsichtlich der Besonderheiten und Eigenarten gewöhnlich wieder das Prinzip der Ausschließlichkeit vor. Die Rechte andersgearteter Ethnien werden allein deswegen unterdrückt, weil sie in Konkurrenz zu den anderen ethnischen Gruppen stehen. Mit anderen Worten: es setzt sich dank des Mehrheitswahlrechts immer die stärkere, meist größere Volksgruppe durch. Dabei wird der unterlegenen Minderheit die Majoritätsentscheidung der Mehrheit aufgedrückt.

Angesichts weltweiter integrativer Anstrengungen auf der einen Seite und der Rückbesinnung und Bewußtwerdung regionaler Eigentümlichkeiten auf der anderen Seite, sind die historisch gewachsenen Nationalstaaten Europas, zumindest was ihre Souveränität angeht, ohnehin fragwürdig geworden. Wenn sie ihre Souveränitätsrechte nach dem Zusammenschluß der Nationalstaaten im integrierten Europa nach und nach an höhere (oder an untere) Ebene(n) abgeben würden, dann hätte es für sprachliche, kulturelle und ethnische Minderheiten sowie Regionalkulturen eher bessere Chancen. Da zudem manche der sozial oder ökonomisch benachteiligten Minderheitsvolksgruppen in peripheren, oft über mehrere Staaten verteilten Rand- oder Grenzgebiete leben, hätten diese in einem föderalistisch gegliederten Europa, in einem Europa der Regionen bessere Möglichkeiten, einerseits ihre Rückständigkeit auszugleichen, andererseits ihre eigenständige nationale Kultur zu erhalten und fortbestehen zu lassen.

Literaturverzeichnis

Udo Bermbach, Defizite marxistischer Politik-Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 1, S. 13 ff.

Das Parlament, 10. Sept. 1983

Karl W. Deutsch (Mithg.), Nation-Building, New York 1963

Friedrich Engels, Das Fest der Nationen in London, in: MEW, Bd. 2

André Glucksmann, Die Meisterdenker, Reinbek 1979

Jürgen Habermas, Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Ffm 1976, S. 92 ff.

Arno Klönne, Zurück zur Nation? Kontroversen zur deutschen Frage, Köln 1984

M. Rainer Lepsius, Nation und Nationalismus in Deutschland, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus in der Welt von heute, in: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 8, S. 12 ff.

Dieter Löcherbach, Nation und kollektive Identität, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 2, S. 188 ff.

Karl Marx/Friedrich Engels, Deutsche Ideologie, in: MEW, Bd. 3

Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4

Hans Mommsen, Sozialismus und Nation, in: U. Engelhardt u. a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung, Stuttgart 1976

Robert Musil, Die Nation als Ideal und als Wirklichkeit, in: ders., Essays und Reden. Kritik, Reinbek 1983

Friedrich Nietzsche, Werke I

Lothar Schücking, Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens. Von Bürgermeister X. Y. in Z., Berlin 1908

Hans Friedrich Schütt, Landesgeschichte im ideologischen Wandel, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 108 (1983), S. 11 ff.

Gerhard Wuthe, Zum Problem sozio-ökonomischer Bedingtheit der Nation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (1983), H. 20-21, S. 31 ff.

Teil einer Seminararbeit, die Juni 1984 an der der Universität Hamburg im Fach Politikwissenschaft entstanden ist. Überarbeitete und korrigierte Fassung: Februar 1993. Neu durchgesehen und korrigiert: Januar 2018

B. Staat, bürgerliche Gesellschaft und Räte-demokratie

Das Wesen nichtentfremdeter Menschen verweist auf ein Ganzes. Das darf aber nicht mit der Totalität der äußersten Entfremdung in einem faschistischen System verwechselt werden. Die Vereinnahmung des Menschen in eine das Ganze beanspruchende Totalität kann nicht deshalb, weil es in der Geschichte der Menschheit einmal möglich war, zum Vorbild einer künftigen Gesellschaftsverfassung dienen. Ein solches Konzept würde in allem der Vorstellung einer gerechteren und besseren Gesellschaftsordnung widerstreben. Dem Totalitätsanspruch eines staatlichen Systems, in dem alles, was ihm nicht gemäß ist, abgeschnitten, unterworfen, unterdrückt, mundtot gemacht oder einfach in Konzentrationslager geschickt wird 1), muß eine Form menschlichen Zusammenlebens entgegengesetzt werden, die bereit ist, die Besonderheiten und die Vielfalt der menschlichen Lebens- und Alltagswelten in sich aufzunehmen. Von daher wird hier ein den politischen Gedanken der direkten Demokratie 2) verteidigendes Rätemodell diskutiert.

Das Postulat einer guten und gerechten Gesellschaftsverfassung kann sich aber nur entfalten, wenn die Voraussetzung eines "universellen Kommunikationssystems" vorhanden ist, das ausnahmslos für alle Menschen gilt. Darin muß ein Allgemeinheitensprinzip enthalten sein, das eine jede wissenschaftliche Theorie für sich beansprucht. Dieser Allgemeinheitensanspruch darf jedoch nicht mit dem vorgenannten Totalitätsanspruch verwechselt werden. 3)

Der Gedanke des allgemeinen Staates, dem sich seiner Idee nach alle Besonderheiten, Individuen, Familien, Stände, zu unterwerfen haben, geht auf Hegel zurück, der in seiner Philosophie, als "modernes Gesetz", nur die "allgemeine Person" kennt. Hegel möchte einen Gerichtshof einsetzen, vor dem nur der Mensch gilt und nicht, weil dieser Jude, Katholik, Protestant, Deutscher oder Italiener ist. 4) Der Staat wird als das Allgemeine und die Gesellschaft als das Partikulare begriffen. Die eigentliche Bestimmung des Politischen liegt in der Herstellung allgemeiner Verbindlichkeit sowie auf Bewahrung der Einheit des Ganzen. 5)

Der Staat ist also von seiner Idee her "die absolute Macht auf Erden". Nur ein gegen andere Staaten souveräner Staat besitzt jene Selbständigkeit, die für die Identitätsausbildung der im Staat lebenden Subjekte erforderlich ist. 6) Der Staat als "Machtausdruck seiner Idee" 7) ist nach Hermann Broch für den Schutz derjenigen Bevölkerungsteile zuständig, welche das volle Bürgerrecht in ihm zugesprochen bekommen. Entsprechend seiner Funktion nach garantiert der Staat den Schutz der Bürger im Inneren und nach außen. Im Inneren gewährleistet er als Polizeistaat mit einem dafür ausgerüsteten Machtapparat dem bürgerlichen Leben Ruhe und Ordnung. Nach außen hin wappnet er sich als Militärstaat gegen die von anderen Staaten ausgehende Bedrohung. Der Staat kann dabei zu seinem Schutz evtl. sogar präventiv

1) Vgl. Peter Jirak, Zukunft als Provinz, in: Frankfurter Hefte, (1978), H. 4, S. 108

2) Vgl. Udo Bermbach (Hrsg.), Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Texte und Materialien zur Räte-Diskussion, Opladen 1973

3) Vgl. Udo Bermbach, Defizite marxistischer Politik-Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 1, S. 13

4) Vgl. G. W. F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 209

5) Vgl. Udo Bermbach, Defizite..., S. 20

6) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Ffm 1976, S. 92 ff.

7) Vgl. Hermann Broch, Konstitutionelle Diktatur als demokratisches Räte-system, in: ders., Politische Schriften, Ffm 1978, S. 11

und aggressiv vorgehen, um durch Vergrößerung des Staatsgebiets seine strategische Position zu verbessern.

Als "Machtmaschine" entwickelt der Staat wie jede Maschine eine bestimmte "Eigenlogik" und gerät "mitsamt seiner Aufgabe zum absoluten und einzigen Selbstzweck". Im "absolut gerechten Staat" werden alle Bürger zu "absolut gehorsamen Gliedern der Staatsmaschine". Jeder Staat strebt also zum Totalitarismus 1). Wer die staatliche Macht akzeptiert, muß wissen, daß letztendlich jeder "gesunde Staat" diktatorisch ist. 2) Am deutlichsten wird das am Beispiel jener westlichen Demokratien, denen es während des Zweiten Weltkrieges sehr rasch und gründlich gelang, sich auf einen Kriegstotalitarismus umzustellen. Nur so konnten die Westmächte, zusammen mit dem schon vorher volltotalitären Sowjetrußland, den Sieg über das volltotalitäre Deutschland erringen. 3)

Seine allmächtige Stellung erhielt der Staat erst mit Beginn der Neuzeit im 16. Jahrhundert, nachdem die Kirche mit seinen religiösen Weltdeutungen die Einheit der Welt nicht mehr verbürgen konnte. Die vermittelnde Funktion im gesellschaftlichen Leben übernahm jetzt der Staat. Er mußte das friedliche Zusammenleben der Staatsbürger sichern und die individuellen Interessenorientierungen miteinander in Einklang bringen. Er mußte die territoriale Einheit bewahren und feindliche Übergriffe von außen abwehren. Denn entsprechend der Staatsauffassung, in der politisches und staatliches Handeln zusammengedacht wird, liegt die Bestimmung des Politischen im Allgemeinheitsanspruch, in der Herstellung einer allgemeinen Verbindlichkeit und in der Bewahrung der Einheit des Ganzen. Politisches Handeln greift damit einheitsstiftend in die verschiedenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbereiche ein, welche sich im weiteren Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung differenzieren und verselbständigen. 4)

Während Hegel bei der Darstellung seiner Staatstheorie noch vom System der europäischen Nationalstaaten ausging, ist bei den heutigen ost-westlichen Weltmachtkonstellationen die Souveränität der Staaten nach außen hin bereits anachronistisch geworden. Das ist selbst dann der Fall, wenn die innere Souveränität nicht durch Klassenstrukturen begrenzt und die ökonomisch erzwungenen Vergesellschaftung nicht durch politische Planungsprozesse ausgehöhlt worden wären. 5) Trotzdem verändert sich der Gegensatz zwischen universalistischen "Ich- und Gemeindestrukturen" und "partikularer staatlicher Identität" nicht, da die Ungleichheit im Staat als "Organisationsform einer Klassengesellschaft" mit dem universalistischen Anspruch unvereinbar ist. Weiter hat diese Organisationsform eine "Selbstbehauptung souveräner Staaten gegeneinander" zur Folge, die wiederum dem universalistischen Gedanken widerstrebt. 6)

Die einheitsstiftende Funktion des Politischen in der Rechtfertigung des Staates hatte Marx als Ideologie zurückgewiesen. Denn gerade die Differenzierung in die getrennten Sphären von Staat und Gesellschaft schränken die politischen Handlungsmöglichkeiten der Individuen ein. Im Staat wird der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital ideologisch befestigt. Der

1) Vgl. Hermann Broch, Die Zweiteilung der Welt, in: ders., Politische Schriften, Ffm 1978, S. 279

2) Vgl. Hermann Broch, Konstitutionelle..., S. 11

3) Vgl. Hermann Broch, Die Zweiteilung..., S. 280

4) Vgl. Udo Bernbach, Defizite..., S. 20

5) Vgl. Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 109

6) Vgl. ebd., S. 103

Staat wird zudem als Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie also, gegenüber dem Proletariat angesehen. Demnach bedeutet politisches Handeln in der bürgerlichen Gesellschaft die scheinhafte Verallgemeinerung eines partikularen Klasseninteresses. Die eigentliche Bestimmung des Politischen, die Allgemeinheit wird damit verfehlt. 1)

Solange die heutige spätkapitalistische Gesellschaft immer noch Klassenstrukturen aufweist, muß nach Habermas "die staatliche Organisation Teilinteressen gegenüber Gesamtinteressen privilegiert zur Geltung bringen. Das politische System bleibt abhängig von Imperativen eines Wirtschaftssystems, das die Ungleichverteilung von Produktionsmitteleigentum, also von Macht und Reichtum institutionalisiert hat. Wie sehr sich auch das kapitalistische Wirtschaftssystem inzwischen entwickelt und im Rahmen der entfalteteten Konkurrenz auch verändert hat, an einem Grundtatbestand hat sich nicht soviel geändert: auch heute bilden sich die gesellschaftlichen Prioritäten des staatlichen Handelns weithin naturwüchsig und nicht als Ausdruck der verallgemeinerungsfähigen Interessen der Gesamtbevölkerung. Ähnliches gilt für die Staaten des bürokratischen Sozialismus, wo die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bei einer politischen Elite liegt." 2)

Nach der liberalen und massendemokratisch ausgeprägten Rechtsphilosophie Hegels kann der konstitutionell-monarchistische Ständestaat kein "wirklicher" oder "wahrer" Staat, bestenfalls ein "bloß existierender" sein. 3) Wenn Marx vom "wahren" Staat spricht, meint er eine "Politik", die den allgemeinen Stand befähigt, "wirklich allgemein, d. h. Stand jeden Bürgers zu sein". 4) Dieser "wahre" Staat, das künftige "Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft" 5), ist die Demokratie, die Inhalt und Form zugleich ist und in der die Verfassung als Selbstbestimmung des Volkes erscheint. 6) Die Verwirklichung einer solchen Demokratie setzt allerdings die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise voraus. 7)

Die demokratische Teilhabe in einem "wirklich vernünftigen Staate", bedeutet nun nicht, daß alle Individuen an ihr teilhaben, sondern daß Einzelne in Vertretung aller "innerhalb der Sozietät an der Beratung und Beschließung über die allgemeinen Angelegenheiten" mitwirken. 8) Allerdings bleibt das Allgemeine ein Abstraktum, wenn es nicht im Zusammenspiel in und über das konkrete einzelne Individuum verwirklicht wird.

Der Widerstreit zwischen allgemeinem Interesse und einzelner Privatinteresse und die daraus entstehende Spaltung zwischen politischem Staat und bürgerlicher Gesellschaft 9) bleibt solange bestehen, wie mit der Absonderung der Individuen die konventionelle Staatsethik nicht einer auf Prinzipien der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit begründeten Universal-moral weicht. Solange diese jedoch auf den "moralisch und rechtlich normierten Verkehr der Privatleute untereinander" beschränkt bleibt, trägt nach Ansicht von Habermas der bürgerli-

1) Vgl. Udo Bermbach, Defizite..., S. 20

2) Jürgen Habermas, Können komplexe..., S. 108 f.

3) Vgl. ebd., S. 108

4) Vgl. Karl Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in MEW 1, S. 253

5) Vgl. Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, S. 28

6) Vgl. Karl Marx, Kritik des Hegelschen..., S. 231

7) Vgl. Udo Bermbach, Defizite..., S. 21

8) Vgl. Karl Marx, Kritik des Hegelschen..., S. 322

9) Vgl. Karl Marx, Zur Judenfrage, in: MEW 1, S. 355 f.

che Nationalstaat von Anbeginn an den charakteristischen Widerspruch zwischen Mensch und Staatsbürger in sich. 1)

Der identitätsauflösenden Widersprüchlichkeit bürgerlicher Existenz kann nur dadurch begegnet werden, "daß das Postulat demokratischer Teilhabe generalisiert und damit die Trennung von Staat und Gesellschaft hinfällig wird". 2) Die Verfassung in der Demokratie ist "nicht nur an sich, dem Wesen nach, sondern der Existenz, der Wirklichkeit nach in ihrem wirklichen Grund den wirklichen Menschen, das wirkliche Volk, stets zurückgeführt und als sein eigenes Werk gesetzt. Die Verfassung erscheint als das, was sie ist, freies Produkt der Menschen." 3) Erst das demokratische Prinzip gibt dem Staat seine vernünftige Form. 4) Als ein materiales Element muß es der abstrakten Idee des politischen Staates entgegengesetzt werden. 5)

Entsprechend dem Demokratieverständnis lehnt sich das Freiheitsbedürfnis des Individuums gegen die totalitäre Tendenz auf, die "jeder Staatsmaschinerie notwendig innewohnt". Daher muß die Demokratie versuchen, den Staat abzutun, was fast einer anarchistischen Sichtweise entspricht. Die sozialistische Idee der klassenlosen, staatsüberwindenden Gesellschaft hat ebenfalls in dieser Überlegung ihren demokratischen Ursprung. Da aber ein Zustand ohne Staat undenkbar ist, muß die Demokratie, wenn sie wirkungsvoll bestehen will, einen Kompromiß eingehen und sich im ihr feindlichen Element des Staates konkretisieren. Die Demokratie ist im Grunde genommen ein Zwittergebilde, da theoretisch zwar ein volltotalitärer Staat möglich ist, nicht jedoch ein volldemokratischer Staat. 6) Gegenüber dem Totalitarismus läßt sich die Demokratie nur negativ, in seiner antithyrannischen Funktion bestimmen. 7)

Mit Hilfe der Mehrheitsentscheidung stellt der demokratische Staat als ein Kompromißgebilde die Verbindung zwischen den vereinzelt autonomen Individuen her. 8) Die Mehrheits-

1) Vgl. Jürgen Habermas, Über das Subjekt der Geschichte, in: ders., Kultur und Kritik, Ffm 1973, S. 391

2) Vgl. Udo Bermbach, Defizite..., S. 20

3) Karl Marx, Kritik des Hegelschen..., S. 231

4) Vgl. ebd., S. 321

5) Vgl. Udo Bermbach, Defizite..., S. 19

6) Vgl. Hermann Broch, Die Zweiteilung..., S. 279

7) Vgl. ebd., S. 278

8) Interessant in diesem Zusammenhang sind zwei typische Äußerungen publizistischer Art: Während der Südtiroler Bergsteiger Reinhold Messmer in einem Interview eine Aussage zur Vereinzelung der Individuen macht, weist der Schriftsteller und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels Manes Sperber noch kurz vor seinem Tode im Jahre 1983 auf die notwendige Verbundenheit der Individuen untereinander hin. Wenn Messmer allein einen Achttausender Berg im Himalaya bestieg, empfand er diese Tat als reinen Anarchismus, als gelebte Freiheit und erläutert es so: "Das heißt, ich mache mir in jeder Sekunde meine eigenen Gesetze, meine eigenen Überlegungen, bin allein für mich verantwortlich. Ich bin mein eigener Gesetzgeber und Richter." Das Alleinsein empfand er als eines der wesentlichsten Probleme der Menschen: "Mit dem Alleinsein - ich bin der Meinung, daß jeder Mensch allein ist und sich irgendwo Surrogate konstruiert, Familie, Gesellschaft mit anderen, Kinder, etc., um das Alleinsein zu ertragen. Das Soziale, ist schon ein Zudecken", in: "Tageszeitung" vom 21. Sept. 1983. Als Gegenposition dazu nimmt Sperber an, daß "die unvermeidliche Vergesellschaftung ein ebenso sicheres Schicksal der Menschen ist, wie der Tod" und "nur dank

entscheidung hat als bindendes Element aber nur dann Bestand, wenn in ihr ein Allgemeinheitsanspruch, ein universalistisches Element enthalten ist. Es müssen bestimmte minimale Voraussetzungen erfüllt sein, wenn auch an von Minderheiten respektierte Mehrheitsentscheidungen festgehalten werden und somit die Mehrheitsregel ihre legitimierende Kraft behalten soll. Habermas: "So darf es keine geborenen Minderheiten geben, beispielsweise auf Grund gespaltener kultureller Überlieferungen und Identitäten. Ebenso wenig darf die Mehrheit irreversible Entscheidungen treffen. Der Wert der Mehrheitsregel muß sich an der Idee messen lassen, wie weit sich die Entscheidungen von den idealen Ergebnissen eines diskursiv erzielten Einverständnisses oder eines präsumptiv gerechten Kompromisses entfernen." 1)

Die Verwirklichung des demokratischen Prinzips im Staat auf Grund einer Mehrheitsentscheidung entspricht aber dem Prinzip der Diktatur, und zwar der Diktatur der "Majorität über die Minorität". 2) Diese Konstellation wohl mag Marx im Sinn gehabt haben, als er den Begriff "Diktatur des Proletariats" prägte. Eine so verstandene Diktatur ist aber für Broch keine "usurpatorische", sondern Frucht eines demokratischen Wahlgangs, vom Wähler im voraus als legal anerkannt: "Wenn die Gewalt aber imperativ in die Hände einzelner Volksteile - ganz gleichgültig ob diese die numerische Majorität besitzen oder nicht - gelegt wird, so wird sich der andere Volksteil - wieder gleichgültig, ob er zahlenmäßig über- oder unterlegen ist - mit vollem Rechte in seiner Freiheit geschmälert, in seiner Würde als Mensch beleidigt fühlen." 3)

Nur wenn die andere Meinung respektiert und toleriert wird, egal, ob sie auf einer Mehrheits- oder Minderheitsentscheidung beruht, kann dies zu einem friedfertigen Verhalten untereinander führen. Der Freiheitsgedanke darf in keiner Form, auch in den Fällen sozialistischer Umgestaltungsversuche nicht, vergewaltigt werden. Broch fordert, daß das demokratische Gerechtigkeitsprinzip nicht nur für den staatlichen Zielzustand zu gelten hat, sondern daß für jede Entwicklungsstufe ein Maximum politischer und individueller Freiheit gewährt werden muß. Nur in dieser Form kann es eine ruhige, zielsichere und fruchtbare Entwicklung geben. 4)

Bis hierher müßte es klar sein, daß die bürgerliche Freiheit nicht verbindet, sondern den Menschen vom anderen Menschen absondert. Nach Marx ist das Menschenrecht der Freiheit das des Rechts auf Absonderung. Es ist das Recht des auf sich selbst beschränkten Individuums. Das Privateigentum ist die Nutzenanwendung des Rechts auf Freiheit. 5) Es ist der abgesonderte, vereinzelt und egoistische Mensch, der als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft ein "auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist". Aus dieser Sicht heraus wird der Mensch nicht mehr als Gattungswesen aufgefaßt. Das Gattungsleben selbst, damit ist die Gesell-

seiner Bezogenheit auf andere erlangt der Mensch die Einheit und Ganzheit als Individuum - dank der Bezogenheit auf jene, die vor ihm da waren, auf alle, die mit ihm die Gegenwart teilen, und schließlich auf jene, die ihn überleben werden", in: "Frankfurter Rundschau" vom 15. Okt. 1983.

1) Vgl. Jürgen Habermas, Ungehorsam mit Augenmaß, in: Die Zeit, Nr. 29 vom 23. Sept. 1983

2) Vgl. Hermann Broch, Konstitutionelle..., S. 14

3) Vgl. ebd.

4) Vgl. ebd.

5) Vgl. Karl Marx, Zur Judenfrage, S. 364

schaft gemeint, erscheint als ein dem Individuum äußerlichen Rahmen, seine ursprüngliche Selbständigkeit wird beschränkt. "Das einzige Band, das sie zusammenhält, ist die Naturnotwendigkeit, das Bedürfnis und das Privatinteresse, die Konservation ihres Eigentums und ihrer egoistischen Person." 1)

Diese unlösbare Differenz, einerseits der abgesonderte individuelle Privatmensch, andererseits der aufs Allgemeine verpflichtete Staatsbürger zu sein, wird besonders deutlich am Schicksal der Juden in Deutschland, wie sie in der theoretischen Publizistik und in der tatsächlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit bis hin zu ihrer fast totalen Auslöschung während des Dritten Reichs behandelt wurden. Hegel stellt das jüdische Element der in Deutschland lebenden Juden als ein Fall des Besonderen dar, das dem allgemeinen Staatsgedanken zuwiderläuft. Der Jude muß sich dem Staat einfügen und sich in ihm integrieren lassen, er muß bereit sein, den "Juden" in sich zu töten. Im Gegenzug muß der Deutsche alles Jüdische in sich entfernen, um das allgemeine Gesetz zur Wirkung und den Staat der Moderne zur Entfaltung kommen zu lassen. 2)

Alle Bemühungen und Versuche, das Besondere im Judentum zu eliminieren oder die Juden in die Allgemeinheit des Staates zu assimilieren, sind theoretisch wie praktisch gescheitert und verzeichneten später die bekannten verheerenden Folgen, besonders in Deutschland. Es ist kein Zufall, daß gerade im neuentstandenen Kaiserreich ab dem Jahre 1871 die Antisemitismusbewegung einsetzte, die auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht abebbte, sondern nach der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933 im Gegenteil ihren traurigen Höhepunkt erreichte. Von der nur verbalen Gegnerschaft bis zur realen "Endlösung" während des Zweiten Weltkrieges, war es dann nicht weit. Abgesehen von den Leiden und Opfern, die der Zweite Weltkrieg mit sich brachte, lag es allein an der verbrecherischen Verantwortung der nationalsozialistischen Machthaber und ihrer Helfershelfer, daß mindestens drei Millionen europäische Juden in Konzentrationslagern und in den Gaskammern der Vernichtungslager systematisch ausgelöscht wurden.

Es liegt im Wesen, in der Religion und im "Messianismus" des Judentums begründet, daß sich die nach der Diaspora in alle Länder verstreuten Juden nicht in die ihnen fremden Kulturen integrieren ließen. Das Volk der Juden stellt den lebenden Beweis dafür dar, daß Volk, Nation und Staat nicht einfach gleichgesetzt werden können. Die Juden galten seit ihrer Vertreibung vor fast 2000 Jahren als ein Volk ohne sichtbaren Staat. Ihre Einheit konnten sie erst in der Negation der Einheit anderer Nationen finden. 3)

Deshalb bildeten die Juden in der Vergangenheit immer einen "Anti-Staat" oder wie Fichte, ein Zeitgenosse Hegels, es formulierte, einen "Staat im Staate". Der Jude wurde immer wieder durch eine ihm letztlich feindlich gegenüberstehende Umwelt zur Auswanderung gezwungen, insofern er nicht bereit war, das jüdische Element in sich zu eliminieren. Ebenso wenig durfte der Jude sich politisch emanzipieren. Fichte war allenfalls bereit, in Notfällen mit Juden sein letztes Brot zu teilen, ihnen aber keinesfalls Bürgerrechte zu geben. Als Lösung fiel ihm kein besseres Mittel ein, als ihnen allen "in einer Nacht die Köpfe abzuschneiden, um andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sei". Um sich vor ihnen zu schützen, konnte er sich wiederum kein anderes Mittel vorstellen, als "ihnen ihr gelobtes

1) Ebd., S. 366

2) Vgl. André Glucksmann, Die Meisterdenker, Reinbek 1979, S. 98

3) Vgl. ebd., S. 99

Land zu erobern, und sie alle dahin zu schicken". 1) Im Dritten Reich hatten die Nationalsozialisten mit allem Ernst noch den Plan verfolgt, die Juden nach Madagaskar auswandern zu lassen, doch am Ende erwiesen sich die Verbrennungsöfen von Auschwitz als "effektiver" und "rationaler" als das Einleiten der dazu erforderlichen diplomatischen Schritte. 2)

Marx sah wie Hegel die im "Bürgergeist" der Deutschen steckende Versuchung, sich wie die Juden zu vereinzeln und ihre Besonderheiten zu pflegen. Zur Lösung der Judenfrage schlug Marx vor, daß die Juden ihre jüdische Identität ebenso auslöschten wie in der Schleswig-Holstein-Frage die Dänen sich den Deutschen unterwerfen sollten. Auch daß Marx und mit ihm Engels, die Existenzberechtigung der "südslawischen Völkerruinen" bestritt und ihre Beseitigung forderte, entsprang nicht etwa dem "Exzeß einer überschäumenden Privatmeinung" der Denker, sondern entsprach der allgemeinen "bürgerlich-kapitalistischen Logik", die noch heute die gesellschaftliche Entwicklung mit den Begriffen "Fortschritt", "Produktivität" und "Wachstum" auf einen Nenner bringen möchte. 3)

Im Gegensatz zu Hegel aber bringt Marx die Lösung der Judenfrage mit den Kategorien des Privateigentums der bürgerlichen Gesellschaft zusammen: "Der Eigentümer wird enteignet, damit die Gesellschaft ihren Zusammenhalt findet, das Private wird ausgetrieben, damit die Welt wieder eine allen allgemeine ist, also kommunistisch - die Welt der 'assozierten Produzenten'". 4) Das heißt, mit der Beseitigung des Privateigentums würden auch ihre Träger - verkörpert im Juden(tum) - an Bedeutung verlieren.

In seiner Schrift "Zur Judenfrage" verdeutlichte Marx, daß der Jude sich auf jüdische Art zu emanzipieren habe. Der Jude eigne sich nicht nur die Geldmacht an, sondern durch ihn - oder ohne ihn - werde das Geld zur Weltmacht und der praktische Judengeist zum praktischen Geist der christlichen Völker. Die Juden seien insoweit emanzipiert, als die Christen selbst zu Juden geworden seien. 5) Als Jude fühlte sich Marx nach deutscher Art emanzipiert und wollte sich von der angeblich jüdischen Art der Emanzipation - die er mit der Emanzipation des Bürgertums gleichsetzte - freimachen. In der Schrift "Kritik der politischen Ökonomie" prangerte Marx das Geld als die Weltmacht an, das als "das Kapital", als praktischer "Judengeist" auf einem grenzüberschreitenden Weltmarkt alle christlichen Völker unterwerfe. Als Vergleich führte er die Rede vom Juden als dem ewig Flüchtigen in der Welt an, der nie zur Ruhe kommt. Indem Marx den Juden und das Geld in eins setzt, machte er beides für die grenzüberschreitenden Aktionen des Kapitals auf dem Weltmarkt verantwortlich. 6)

Marx erkannte, daß die Emanzipation des Bürgertums aber noch nicht vollständig ist. Erst die klassenlose, grenzüberschreitende und gemeinschaftsbildende Welt könne das wahre Wesen des Menschen enthüllen. Entsprechend diesem Weltzustand gelte sowohl das allgemeine als auch das besondere Wesen eines jeden Menschen. Die politische Emanzipation des Bürgertums bezeichnete er als vorletzte Stufe der möglichen menschlichen Emanzipation. 7)

1) Vgl. ebd. S. 101, zit. wird Johann Gottlieb Fichte, Schriften zur Revolution, Berlin 1971, S. 174 ff.

2) Vgl. ebd.

3) Vgl. Henning Eichberg, Balkanisierung für jedermann. Über Selbsterfahrung, Abkoppelung und nationale Identität, in: Nordfriesland, 16. Jg. (1982), H. 61/62, S. 21

4) Vgl. André Glucksmann, S. 105

5) Vgl. Karl Marx, Zur Judenfrage, S. 373

6) Vgl. André Glucksmann, S. 106

7) Vgl. Karl Marx, Zur Judenfrage, S. 356

Der Nationalstaat war nach Marx nur deshalb entstanden, weil dieser sich eines wesentlichen Gedankens des Christentums zu eigen machte, nämlich den des allgemein und absolut geltenden Gedankens des Monotheismus. Daher sei allein die Emanzipation des Staates von der Religion und die freie Religionsausübung im Staat noch nicht die Emanzipation des "wirklichen Menschens" von der Religion. 1)

Die christliche Religion ist also die Voraussetzung der bürgerlichen Gesellschaft. Mit ihrer Hilfe vollende sie sich im Staat. Marx schrieb: "Das Judentum erreicht seinen Höhepunkt mit der Vollendung der bürgerlichen Gesellschaft; aber die bürgerliche Gesellschaft vollendet sich erst in der christlichen Welt. Nur unter der Herrschaft des Christentums, welcher alle nationalen, natürlichen, sittlichen, theoretischen Verhältnisse dem Menschen äußerlich macht, konnte die bürgerliche Gesellschaft sich vollständig vom Staatsleben trennen, alle Gattungsbande des Menschen zerreißen, den Egoismus, das eigennützige Bedürfnis an die Stelle dieser Gattungsbande setzen, die Menschenwelt in eine Welt atomistischer, feindlich sich gegenüberstehender Individuen auflösen." 2)

Der "Dualismus zwischen dem individuellen und dem Gattungslieben, zwischen dem Leben der bürgerlichen Gesellschaft und dem politischen Leben" war Marx zufolge religiös bedingt. Die Religion sei der Geist der bürgerlichen Gesellschaft, da sich in ihr die gleichzeitige Trennung und Entfernung des Menschen vom Menschen ausdrücke. Der Mensch verhalte sich in seiner wirklichen Individualität religiös gegenüber dem jenseitigen Staatsleben als seinem wahren Leben. Religion stelle den Geist der bürgerlichen Gesellschaft dar. Die vom religiösen Geist besessene bürgerliche Gesellschaft trenne den Menschen vom Menschen und entferne sie voneinander. 3)

Die politische Demokratie sei dann christlich zu nennen, wenn in ihr jeder Mensch als ein souveränes und höchstes Wesen gelte. Der Mensch sei aber, wie Marx weiter ausführte, noch kein "wirkliches Gattungswesen". Der Mensch sei "in seiner unkultivierten, unsozialen Erscheinung", in seiner "zufälligen Existenz", so wie er "geht und steht", verdorben durch die ganze Organisation unserer Gesellschaft. Der Mensch sei in sich selbst verloren, veräußert und unter die Herrschaft unmenschlicher Verhältnisse gegeben. Was unter dem Postulat des Christentums ein Traum oder Phantasiegebilde sei, werde innerhalb der Demokratie sinnliche Wirklichkeit, Gegenwart und weltliche Maxime. Die Souveränität des Menschen sei dann nicht mehr die eines fremden, vom wirklichen Menschen unterschiedenen Wesens. 4)

Der von Marx aufgeworfene Gegensatz von Staat und bürgerlicher Gesellschaft leitet zur weiteren Frage über, wie die im sogenannten "Staat" zusammengefaßte "Zwangs"-Einheit "Gesellschaft" so zwanglos organisiert werden kann, daß dabei weder aus technischen, noch aus kommunikativen Gründen unter die erreichten Grade gesellschaftlicher Ausdifferenzierung zurückgegangen werden kann. Wie können unter dieser Voraussetzung weitergehende individuelle und kollektive Freiheitsräume geschaffen oder zumindest bewahrt werden? Unter diesen hier gestellten Leitfragen gewinnen bestimmte Konzepte wieder an Bedeutung, die unter den Überbegriffen Autonomie und Selbstverantwortung vernünftiger Individuen 5)

1) Vgl. ebd., S. 361

2) Ebd., S. 376

3) Ebd., S. 360

4) Vgl. ebd., S. 360 f.

5) Vgl. Theodor W. Adorno, Auf die Frage: Was ist deutsch, in: ders., Stichworte. Kritische Modelle 2, Ffm 1978, S. 103

allgemein das Prinzip der Dezentralisation und der gesellschaftlichen Selbstorganisation gegenüber den blinden Abhängigkeiten und der unreflektierten Vormacht des Nationalen durchsetzen möchten. 1)

Damit ist jedoch immer noch nicht die Frage beantwortet, wie die Befreiung der Menschen aus dem Joch der antagonistischen kapitalistischen Klassengesellschaft konkret möglich ist. Als Privateigentümer seiner Ware Arbeitskraft ist der Lohnarbeiter zwar formal frei - die notwendige Bedingung für seine freie Veräußerung auf dem Arbeitsmarkt -, aber sein entfremdetes Wesen ist innerhalb der kapitalistischen Produktion damit nicht aufgehoben. Auch die Sozialisierung der Produktion macht aus Lohnarbeitern noch keine freien, über sich selbst verfügenden Menschen, weil die Freiheit des Menschen einfach höher anzusetzen ist als die Freiheit des Proletariers. Die Befreiung der Menschen wird erst dann möglich sein, wenn der Staat entpolitisiert, wenn der Staat wieder in die Gesellschaft zurückgenommen wird. 2)

Wie aber kann der Mensch befreit, wie kann der Staat in Gesellschaft wieder zurückgenommen werden? Marx selber versuchte, in Anschauung der Ereignisse der Pariser Commüne 1871, den Aufbau einer derartig verfaßten Gesellschaft für die Zukunft zu entwerfen. Dabei empfand er den Pariser Aufstand als die historische Konkretion seiner eigenen Theorie und er sah, daß das sogenannte "Räte-Modell" der Commüne, "faktisch anarchistischen Vorstellungen" 3) nahestehend, weitgehend mit seinem eigenen Modell der proletarischen Selbstorganisation übereinstimmt. Die Pariser Ereignisse waren für Marx "die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige Macht", an Stelle der "Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt". 4)

Natürlich war Marx sich im Klaren darüber, daß die Arbeiterklasse die "fertige Staatsmaschine" nicht einfach in Besitz nehmen und dann für eigene Zwecke in Bewegung setzen konnte. 5) Doch der Aufstand der Pariser Commüne war für seine Theorie der kommunistischen Gesellschaft deswegen bedeutungsvoll, weil er für ihn die Konkretion des historischen Augenblicks darstellte. Die Commüne war für ihn einerseits die "positive Form der Revolution" und andererseits die bestimmte "Negation des bürgerlich-repräsentativen Zentralstaats in Frankreich". 6)

In der nur kurze Zeit geltenden Verfassung der Pariser Commüne galt nicht wie bisher üblich das Zensuswahlrecht, sondern das allgemeine Wahlrecht. Die bisher auf Zeit gewählten Abgeordneten konnten jederzeit abgesetzt werden. Das imperative Mandat ersetzte die Gewissensfreiheit der Abgeordneten und statt der Gewaltenteilung wurde die zugleich beschließende und vollziehende Körperschaft eingeführt. Justiz und Verwaltung waren nicht mehr unabhängig, sondern direkt den Commünemitgliedern verantwortlich. Die Parteien wurden

1) Vgl. ebd.

2) Vgl. Udo Bermbach, Defizite..., S. 15 u. S. 28; Hermann Broch, Konstitutionelle..., S. 15. Daß die Freiheit des Menschen höher anzusetzen sei als die Freiheit des Proletariers, veranlaßt Broch zur Bemerkung, daß alles Kulturgut, das die Menschen durch Jahrhunderte hindurch geschaffen und produziert haben, zum ungeschmälerten sozialisierten Gemeingut aller bestimmt werden muß.

3) Vgl. ebd., S. 21

4) Karl Marx, Erster Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW 17, S. 543

5) Vgl. Karl Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW 17, S. 336

6) Vgl. Udo Bermbach, Defizite..., S. 21

abgeschafft, die staatlichen Organe entbürokratisiert. Es gab keine gestaffelten Löhne mehr, sondern es wurde ein einheitlicher Durchschnittsverdienst für alle festgelegt. Das Berufsheer wurde abgeschafft und dafür eine Volksmiliz organisiert.

Grundprinzip der Pariser Commüne war die Dezentralisation anstelle der Zentralisation der Gesellschaft. Zum bestimmenden Organisationsprinzip gehörte nicht wie bisher die Einheit der Nation, sondern die Selbstverwaltung der Produzenten. 1) Die Verfassung der Commüne war für Marx deswegen ideal, weil sie seiner Auffassung nach bereits weitgehend jener Assoziation des "Kommunistischen Manifest" von 1848 glich, "worin die Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". 2)

Dennoch fällt ein schwerwiegender Schatten auf dieses Modell: denn der Organisationsentwurf der Räte Demokratie ist ohne das bürgerliche Gegenmodell des repräsentativen Parlamentarismus nicht denkbar. Es wurden vielmehr in negativer Umkehr nur die seit langem bestehenden Forderungen an das parlamentarische System radikalisiert. Somit entbehren diese einer eigenständigen und positiv gesetzten Begründung. Der wesentliche Moment des Scheiterns der Pariser Commüne von 1871 mag sicherlich auch auf diesen Umstand zurückzuführen sein. 3)

Spätere Versuche, den Rätegedanken zu realisieren, mißlangen nach dem ersten Weltkrieg in den Jahren 1918 und 1919 sowohl in Deutschland als auch in Österreich. Zwar wurde in der Sowjetunion nach der geglückten sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 das räte demokratische Prinzip erstmals zur Grundlage des Regierungssystems erhoben. Doch wurde dieses Prinzip später zugunsten des Einparteien-Systems wieder aufgegeben, während die Produktion auf sozialistischer Basis - wenn auch unter vielen nicht gerechtfertigten Opfern - beibehalten wurde.

Lange Zeit verließ sich die marxistische Theorie darauf, daß nach der Abschaffung der Klassengesellschaft, nach Wegfall des Zwangsmoments "Staat", aufgrund sich "ausbildender kollektiver Sozialisierungsmuster, die moralische Selbstbindung des Individuums gleichsam automatisch hergestellt" wird. 4) In Rußland hatte die leninistische Revolutions- und Parteientheorie in der Praxis nach 1917, da hier das ordnungspolitische Konzept offenblieb, später fatale Folgen, weil in ihr die zentralistische Organisationsstruktur des kapitalistischen Staates übernommen und in allen osteuropäischen autoritär-etatistischen Ländern des "realen Sozialismus" zur Lösung der Transformationsprobleme für dringend notwendig und unentbehrlich gehalten wurde. 5)

Seit den 1968er Jahren stellte sich die Frage des Räte systems angesichts der vielfältigen Erscheinungen der Ökologie-, Alternativ-, Friedens- und Regionalbewegungen wieder neu. Da das Politikverständnis dieser Bewegungen oft unkonventioneller Art war, hätte der Rätegedanke in diesen Zusammenhängen wieder eine aktuelle Bedeutung gewinnen können. Doch es zeichnete sich in den ökologischen oder grünalternativen Bewegungen ebenfalls ab, besonders bei denen, die sich zu Parteien zusammenschlossen, daß auch sie sich in den Netzen

1) Vgl. Karl Marx, Bürgerkrieg..., S. 338 ff.; ders., Erster Entwurf..., S. 543 ff.; ders., Zweiter Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW 17, S. 595 ff.

2) Vgl. Karl Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4

3) Vgl. Udo Bermbach, Defizite..., S. 22

4) Vgl. ebd.

5) Vgl. ebd. S. 23

der parlamentarischen Demokratie verfangen haben. Es sei denn, es gelänge ihnen, auf den frisch eroberten institutionellen Ebenen neue Qualitäten zu entwickeln und durchzuhalten. Das würde aber bedeuten, daß die bisher basisfern auf einer hohen staatlichen Ebene getroffenen politischen Entscheidungen und Maßnahmen jetzt auf einer unteren Ebene vor Ort entsprechend dem Rätegedanken entschieden und durchgesetzt würden. Dieses entspräche auch der Idee der Zurückverlagerung des Staates in die Gesellschaft.

Da die Vision der Räte Demokratie noch nicht ausgeträumt ist und er in Zukunft in funktionierender Form vielleicht doch noch eine Rolle spielen könnte, soll an dieser Stelle ein solches Modell ausführlich dargestellt werden. Hermann Broch entwarf bereits 1919 unter dem Eindruck der österreichischen Rätebewegung eine scharfsinnige Version des Rätegedankens. 1) Wenn seine Vorstellungen auch nie ernsthaft diskutiert wurden, zumal die historische Entwicklung in Österreich und Deutschland eine andere Richtung nahm, so verweist meiner Meinung nach sein Räte Modell durchaus auf eine praktikable, gerechtere, repressionsfreie und vielleicht bessere Gesellschaftsverfassung.

In Brochs Räte Modell ist ein Zwei-Kammer-System vorgesehen, das die Ebenen Staat und Gesellschaft gleichermaßen berücksichtigt. Als erste Kammer dient weiterhin ein demokratisch gewähltes Parlament, das auf der politischen Ebene das Zusammenleben der Menschen im Staat ordnet und entsprechend seiner Idee die politische Verfassung und die Form der staatlichen Institutionen bestimmt. Die zweite Kammer ist dagegen die nach dem demokratischen Räteprinzip organisierte Institution. Als Hauptaufgabe sieht die Räte Kammer die überbetriebliche Regelung der wirtschaftlichen Produktion und die gerechte Verteilung des Erwirtschafteten unter der Bevölkerung vor. Sie stellt vor allem die für die Reproduktion der Menschen notwendigen Lebensmittel bereit. Broch sieht es als eine absolute Notwendigkeit an, den ökonomischen vom politischen Bereich abzutrennen und beide jeweils anders entsprechend ihrer eigenen Gegebenheiten zu organisieren.

Es bleibt zwar die Aufgabe des Parlaments, die Richtung der wirtschaftlichen Gesetzgebung vorzuzeichnen und ihre Ausführung an die Räte Kammer zu delegieren. Ihr Wirken darf danach aber kein Gegenstand der politischen Debatte mehr sein. Durch die Festlegung der Grundrichtung durch das Parlament wird die Räte Kammer so doch noch Ausdruck der Staatsidee, da sie parlamentarisch durch Diktat der Mehrheitsentscheidung zustande gekommen ist. Dasselbe Problem für die Legitimität des Räte systems bestünde, wenn statt durch das Parlament die Majoritätsentscheidung durch einen Volksentscheid gefällt werden würde.

Der sozialistische Gedanke als ein die Wirtschaftsordnung bestimmendes Prinzip würde in einem Räte system so noch am ehesten zum Tragen kommen. Der Sozialismus würde sich angesichts der knappen Güter und Ressourcen, die die Erde und die Natur hergibt, für eine möglichst gerechte Produktion und Verteilung besser eignen. Im Zusammenhang mit dem Räte system könnte sich der Sozialismus als Modus darstellen, in der die menschliche Wohlfahrt noch am besten garantiert wird.

Andererseits findet aber die Demokratie, als Rahmen des sie beseelenden Freiheitsprinzips, im Kapitalismus die natürlichere, wenn auch nicht vorbehaltlos notwendige Wirtschaftsform vor. Die Form der Demokratie hält Broch deswegen für das Zusammenleben der Menschen geeignet, weil in ihr ein immanenter Gerechtigkeitsprinzip gleichermaßen eigen ist,

1) Vgl. für das folgende Hermann Broch, Konstitutionelle..., S. 11 ff.

zwar weniger naturgegeben und eher einem Kollektivismus zuneigend, ihm aber aus ethischen Gründen als unerlässlich erscheint. 1)

Bei der Verteilung knapper Güter geht es nach Broch in sozialistischen Ländern im Prinzip gerechter zu als in demokratischen. Als Theorie hätte der Marxismus niemals derartig die Massen ergreifen 2) und zur Grundlage gesellschaftlicher Praxis werden können, wenn der wirtschaftliche Einsatzwille in einem solchen System nicht gleichzeitig vom Gerechtigkeitsprinzip beflügelt worden wäre. 3) Das Ideal der Planwirtschaft bestünde gerade darin, jedem ebenso gezielt und rationell Nahrung und Unterkunft freizügig ebenso zur Verfügung zu stellen wie die freie Benutzung des Straßennetzes und eine Reihe anderer öffentlicher Dienstleistungen, die in fortgeschrittenen Zivilisationen schon längst kostenlos genutzt werden. 4)

Langfristig gesehen könnten auch andere Aufgaben, wie die der Kultur, Kirche, Ehe oder Schule, allmählich aus der Kompetenz der staatlichen Gesetzgebung herausgenommen und in die Rätekommission verlagert werden. Dort säßen als Delegierte die wirklich Betroffenen und die wirklichen Fachleute und nicht etwa rhetorisch versierte Politiker einer Partei. Aktionäre oder Rentenbezieher als Träger des Kapitalismus wären ausgeschaltet, da sie, anders als tätige Unternehmer oder Selbständige, nicht aktiv in der Produktion tätig sind oder werktätige Arbeit verrichteten.

Theoretisch wäre die Aufgabe des Parlaments eigentlich erfüllt, falls die Volksvertreter den Beschluß faßten, die Rätekommission neben sich zu setzen und entsprechend ihrer Parlamentsmehrheit sich im weiteren darauf beschränken, die notwendigen Direktiven für die Arbeit der Räte zu erteilen. Unter gesicherten und stabilen Verhältnissen sei es sogar denkbar, daß die Parlamentsabgeordneten nur ein einziges Mal nach der Wahl nur zusammenträten, um dann, wenn diese Aufgabe erfüllt wäre, sich bis zu den nächsten Neuwahlen beurlauben zu lassen. 5)

Sollte eines Tages - gemäß dieser utopischen Hoffnung - der Parlamentarismus vielleicht zugunsten des Räteystems abdanken, so würden mit Sicherheit vorerst beide Formen, zur gegenseitigen Kontrolle, nebeneinander bestehen bleiben. In Großbritannien existieren z. B. in Monarchie und Demokratie zwei unterschiedliche, aber miteinander vereinbare Systeme. Setzten damals in der absoluten und diktatorischen Monarchie die Anhänger des Parlamentarismus die völlige Demokratisierung des politischen Herrschaftssystems zum Ziel - die Einmannherrschaft wollten sie dadurch völlig überflüssig machen -, so beabsichtigen die Verfechter des Räteprinzips die völlige Entpolitisierung der Menschheit. Erst wenn der politische Staat ganz von der apolitischen Idee der Räteverfassung durchdrungen würde, könnte dieser sich zur Gesellschaft freier Menschen umgestalten lassen. 6)

Brochs Gedanke der Räteverfassung entsprach den damaligen den Forderungen der Sozialdemokratie, die mit der angestrebten sozialistischen Idee allerdings gleichzeitig die parlamentarische Demokratie aufrechterhalten wollten. Er sah aber, daß Terror, Vergewaltigung,

1) Vgl. Hermann Broch, 'The City of Man'. Ein Manifest über Weltdemokratie, in: ders., Politische Schriften, S. 84

2) Vgl. Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW 1, S. 385

3) Vgl. Hermann Broch, 'The City of Man', S. 82

4) Vgl. ebd., S. 83

5) Vgl. Hermann Broch, Konstitutionelle..., S. 21

6) Vgl. ebd., S. S. 22 ff.

Bürgerkrieg usw., die als Auswüchse der Umgestaltung der Gesellschaft gewöhnlich mit einhergehen, einzig durch den innewohnenden Gerechtigkeitsgedanken der Demokratie verhindert werden konnte. Nur wenn das Proletariat an diesem Prinzip festhalte, könne es vor physischer, psychischer, ökonomischer und kultureller Verarmung bewahrt werden. Wer dagegen Revolution "um der Revolution willen" betreibt oder in dem Räteystem unbedingt wieder das politische Prinzip hineinpflanzen möchte, nimmt "aus einer kindischen Ungeduld heraus" eine ungeheure "Blutschuld" auf sich, die dadurch letztlich die Würde des Menschen antastet. 1)

Weil zu viele Opfer und Entbehrungen mit der Durchsetzung von Prinzipien um irgendeines Menschenglückes willen verbunden sind, lehnt Broch die totalitäre Lösung, also einen Sozialismus ohne Demokratie ab. Während der Menschheit um des Zukunftsbildes der klassenlosen Gesellschaft willen die entsetzlichsten Opfer zugemutet werden, ja angeblich sogar zugemutet werden dürfen, verlangt das demokratische Ideal, dem ja gleichfalls ein (von der klassenlosen Gesellschaft gar nicht einmal so weit entferntes) Zukunftsbild enthalten ist, daß vorrangig die unmittelbare Wohlfahrt der Menschen vor einer aufgeschobenen künftigen Erreichbarkeit angestrebt werden sollte. So notwendig es ist, Ideale anzustreben, diese rechtfertigen bei den ihnen innewohnenden und vollkommen undurchsichtigen Unbekanntheitsfaktoren keinesfalls, daß der Menschheit deswegen die entsetzlichsten Opfer auferlegt werden sollen. Bei Beachtung dieser Grundregel wäre die demokratische Utopie des Räteystems die sehr realitätsnähere. Gegenüber der Radikalität beider anarchistischer Extreme vergessen die Anhänger der Demokratie allzuoft - und das ist ihre Schwäche -, daß sie gleichfalls eine Radikalität vertreten, nämlich die "Radikalität der Mitte". 2)

Obwohl die Welt durch den kapitalistisch-kommunistischen Gegensatz in zwei Blöcke aufgeteilt ist, herrscht in ihr doch ein merkwürdig einheitlicher Aspekt vor. Der Mensch wird, gleich ob er unter kapitalistischer oder kommunistischer Herrschaft lebt, Opfer seiner eigenen Institutionen. Die Wirtschaft, egal ob sie unter kapitalistischer oder unter sozialistischer Leitung steht, gibt nun mal nicht mehr her als was in ihr an Ressourcen enthalten ist. Auch die Wirtschaft drängt, wie der Staat, ins Institutionelle oder sie versucht einen autonomen Status zu behaupten. Sodaß der Mensch, selbst bei besserer Verteilung der Wirtschaft, ihr verklavt bleibt. Beide Systeme fördern Institutionen und Haltungen, die der Mensch, gleich ob kapitalistisch oder kommunistisch beeinflußt, ins Totale oder Totalitäre zu steigern versucht. Der Mensch ordnet sich immer jenem Zentralwert unter, der ihm eine gewisse "seelische Sicherheit" verspricht.

Die hier angesprochenen Gegensätze beruhen anscheinend auf einem irrationalen Expansionsbedürfnis, das auch im mächtigsten aller Institutionen, im Staat selbst steckt. "Die Irrationalität des Rationalen, d. h. die Irrationalität der rational gedachten Institutionen", stellt Broch zufolge eines der hartnäckigsten aller menschlichen Sinnlosigkeiten dar, wenn der Vernunft rationale Gründe entgegengesetzt werden sollen. Es fehlt eine jegliche Instanz, welche die Institutionen zügeln oder zur Vernunft bringen könnte. Es ist ja gerade die Tragik, daß selbst nationenübergreifende Organisationen, wie der frühere Völkerbund oder die heu-

1) Vgl. ebd., S. 22

2) Vgl. Hermann Broch, Die Demokratie im Zeitalter der Versklavung, in: ders., Politische Schriften, S. 173

tigen Vereinten Nationen (UNO), nicht in der Lage sind, kontrollierend in das politische Weltgeschehen einzugreifen. 1)

Das Dilemma der Menschheit besteht also darin, daß sie zwischen den beiden Polen, einerseits dem Kapitalismus mit der totalen Freiheit der in ihr vereinzelt Individuen und andererseits dem Kommunismus steht. Er schwebt innerhalb der freiheitseinschränkenden Sicherheit des Einzelnen und dem Allgemeinen. Zwei Anarchien gegenüberstehend, strebt der Mensch nach doppeltem: individueller Freiheit und institutioneller Sicherheit. Beide entsprechend den Systemen zugeordnete Staatsauffassungen, die demokratische oder die totalitäre, können zwar gute Gründe für die Gestaltung der politischen Praxis oder zur Regelung des menschlichen Zusammenlebens anführen. Aber ein "gutes Stück ruhigen irdischen Glückes" sei erst erreicht, wenn es zumindest für kurze Zeit gelingen könnte, beide konträren Gestaltungsmöglichkeiten in Balance zu halten. 2)

Literaturverzeichnis

Theodor W. Adorno, Auf die Frage: Was ist deutsch, in: : ders., Stichworte. Kritische Modelle 2, Ffm 1978, S. 102 ff.

Udo Bermbach (Hrsg.), Theorie und Praxis der direkten Demokratie. Texte und Materialien zur Räte-Diskussion, Opladen 1973

Udo Bermbach, Defizite marxistischer Politik-Theorie, in: Politische Vierteljahresschrift, 24. Jg. (1983), H. 1, S. 13 ff.

Hermann Broch, Konstitutionelle Diktatur als demokratisches Rätssystem, in: ders., Politische Schriften, Ffm 1978

Hermann Broch, 'The City of Man'. Ein Manifest über Weltdemokratie, in: ebd.

Hermann Broch, Die Demokratie im Zeitalter der Versklavung, in: ebd.

Hermann Broch, Die Zweiteilung der Welt, in: ebd.

Henning Eichberg, Balkanisierung für jedermann. Über Selbsterfahrung, Abkoppelung und nationale Identität, in: Nordfriesland, 16. Jg. (1982), H. 61/62

André Glucksmann, Die Meisterdenker, Reinbek 1979

Jürgen Habermas, Über das Subjekt der Geschichte, in: ders., Kultur und Kritik, Ffm 1973, S. 389 ff.

Jürgen Habermas, Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: ders., Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Ffm 1976, S. 92 ff.

Jürgen Habermas, Ungehorsam mit Augenmaß, in: Die Zeit, Nr. 29 vom 23. Sept. 1983

G. W. F. Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts, § 209

Peter Jirak, Zukunft als Provinz, in: Frankfurter Hefte, (1978), H. 4, S. 108 ff.

Karl Marx, Kritik des Hegelschen Staatsrechts, in MEW 1

Karl Marx, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: ebd.

Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4

1) Vgl. ebd., S. 174

2) Vgl. ebd., S. 172 f. Karl Marx, Zur Judenfrage, in: ebd.

Karl Marx, Erster Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW 17, S. 543 ff.

Karl Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW 17, S. 336 ff.

Karl Marx, Zweiter Entwurf zum "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW 17, S. 595 ff.

Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19

Teil einer Seminararbeit, die Juni 1984 an der der Universität Hamburg im Fach Politikwissenschaft entstanden ist. Überarbeitete und korrigierte Fassung: Februar 1993. Neu durchgesehen und korrigiert: Januar 2018